

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die schlagzeilene Notizen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Inserate und Veranlassungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf L. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Donnerstag, den 21. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Ein Gedenktag der Schweizerischen Arbeiterkass.

Zürich, den 18. Oktober.

Am 21. Oktober sind es 20 Jahre, daß in der Schweiz nach vorausgegangenem heftigen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit die Volksabstimmung über das eidgenössische Fabrikgesetz stattfand, welche durch ein mit 54 844 Unterschriften versehenes Referendumsbegehren gefordert ward; am 21. Oktober 1877 wurde das Fabrikgesetz mit 181 204 gegen 170 857, also mit einer Mehrheit von 10 347 Stimmen angenommen. In nicht erfreulicher Weise stand der industriellste Schweizerkanton, Zürich, der erst ein Jahrzehnt vorher als Bahnbrecher der schweizerischen Demokratie eine friedliche und erfolgreiche politische Revolution durchgeführt hatte, mit 26 492 Nein gegen 26 443 Ja auf Seite der Verwerfenden; zu denselben gesellten sich ferner die Kantone Freiburg, die beiden Appenzeln, St. Gallen, Tessin, Waadt, Wallis und Genéve, nur Neuchâtel allein von den westlichen Kantonen brachte eine Mehrheit für das Fabrikgesetz auf. Die inner-schweizerischen katholischen Kantone mit ihrer unbedeutenden Industrie und sodann die weiteren, mehr agrarischen wie industriellen Kantone Bern, Baselland, Aargau, Thurgau u. s. w. brachten mehr oder weniger bedeutende Mehrheiten für das Gesetz auf, desgleichen der Kanton Baselstadt und der industrielle Kanton Glarus. Es ist zweifellos, daß viele Fabrikarbeiter, irreführt von den Phrasen und der Demagogie der Fabrikantenpresse, gegen das zu ihrem Schutze erlassene Fabrikgesetz stimmten und daß der größte Theil der annehmenden Bürger der Landwirtschaft angehörten, so daß man mit recht sagen kann, der Bauer hat das Fabrikgesetz gerettet. Wenn vor drei Jahren im Kanton Zürich das Arbeiterinnen-Kassengesetz mit dem Fünftundentag mit 45 909 gegen 12 531 Stimmen Annahme fand und man diese Zahlen mit denen des Kantons Zürich vor 20 Jahren bezüglich des Fabrikgesetzes mit dem Fünftundentag vergleicht, so kann man daraus mit großer Befriedigung ersehen, daß in den letzten zwei Jahrzehnten die sozialpolitische Einsicht und Reife bedeutende Fortschritte gemacht hat.

Das so heftig bekämpfte Fabrikgesetz war auch für die Schweiz zur Nothwendigkeit geworden. Alle die schweren Leiden der Arbeiterklasse, über die die soziale Forschung in allen Ländern berichtet und die besonders für England so überaus anschaulich in Marx' „Kapital“ geschildert sind, mußte auch die schweizerische Arbeiterkass erdulden. Im Kanton Zürich ist die Seidenindustrie Jahrhunderte alt. Die Kapitalisten saßen in der Stadt Zürich, deren Bürger die ganze Landschaft wie feudale Rittersitze beherrschten und ausaugten, ihre Arbeiter waren zumeist draußen in den Dörfern des Kantons, wo sie neben etwas Landwirtschaft die Verarbeitung von Seide hausindustriell betrieben. Die stadtyürcherischen Seidenherren verboten ihren förmlichen Leibeigenen bei hoher Strafe die Annahme anderweitiger Seidenarbeit. Die Pfarrer in diesen Dörfern klagten am Ende des vorigen Jahrhunderts übereinstimmend über die schlechte Bezahlung dieser Arbeiter, die wahre Hungerlöhne erhielten und damit kaum die bitterste Noth von sich fernzuhalten vermochten. In den Fabriken, insbesondere in den Spinnereien, wurde ohne Unterbrechung Tag und Nacht gearbeitet; die Arbeiter lösten einander je nach 12 Stunden, mittags und nachts ab oder es wurde auch von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends und dann der größte Theil der Nacht durchgearbeitet. Im zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts wurde vielfach die Nachtarbeit abgeschafft und dafür von 5 Uhr morgens bis 9 und 10 Uhr abends gearbeitet. Die Arbeitsdauer war eine ungebührlich lange, sagt Dr. Schuler, 14 Stunden waren gewöhnlich, selbst angesehene Beamte befristeten eine 15stündige Tagesarbeit. Dabei waren die Löhne niedrig. Kinder und Frauen verdienten 25 bis 80 Rappen (20 bis 64 Pf.) per Tag, sehr selten mehr, und Spinner 1,20 bis 1,80 Fr. Der Jahresverdienst eines Spinnereiarbeiters wurde 1827 auf durchschnittlich 224 Fr. (180 M.) berechnet. Die Behandlung der Leute war vielfach eine höchst rohe und despotische.

Im Jahre 1815 wurden in der Schweiz die ersten behördlichen Maßnahmen zum Schutze der menschlichen Arbeitskraft getroffen. Die Kantone Zürich und Thurgau erließen Verordnungen, wonach Kinder vor dem 10. Altersjahre nicht in die Fabrik aufgenommen werden durften und die Eltern verpflichtet wurden, ihre Kinder den Schul- und Religionsunterricht besuchen zu lassen. Die „jungen Leute“ sollten nicht mehr als 12 bis 14 Stunden täglich beschäftigt und die Arbeit im Sommer nicht vor fünf, im Winter nicht vor sechs Uhr morgens begonnen werden. Die Fabrikanten sollten über die guten Sitten der Arbeiter wachen — dagegen wurde zur Ueberwachung der Verordnung niemand bestellt, so daß sie auf dem Papier stehen blieb. Trotzdem brachte sie die Fabrikanten in die höchste Aufregung. Noch größer war diese Aufregung im Jahre 1837, wo durch eine neue Verordnung die tägliche Arbeitszeit der Kinder vor dem vollendeten 15. Altersjahre auf 14 Stunden „beschränkt“ und die Nachtarbeit derselben verboten wurde. Fabrikanten-Petitionen an die Regierung drohten mit Massenentlassung ihrer Arbeiter, wenn die neue Verordnung nicht zurückgenommen würde, und sie waren wohl auch davon die Urheber, daß 136 Arbeiter aus den beiden Industrie-dörfern Wülflingen und Töz an die Regierung Eingaben gegen das Verbot der Nachtarbeit richteten, indem sie fälschweg behaupteten, daß die Nachtarbeit für Moralität,

Gesundheit und geistige Entwicklung der minderjährigen Arbeiter durchaus nicht schädlich, sondern — nützlich sei.“ Die Regierung hörte aber weder auf die Fabrikanten noch auf die Arbeiter und ließ die einmal erlassene Verordnung in Rechtskraft bestehen.

In den folgenden Jahrzehnten entschlossen sich auch andere Kantone, so der Aargau, Basel-Stadt, Glarus, St. Gallen, Baselland und Schaffhausen zum Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der schulpflichtigen Kinder wie der jugendlichen und theilweise auch der erwachsenen Arbeiter. So schuf der Kanton Glarus bereits 1848 den Dreizehntundentag für alle Arbeiter, der 1864 auf 12 und 1872 auf 11 Stunden herabgesetzt wurde; 1859 setzte der Kanton Zürich die tägliche Arbeitszeit auf 13, an Sonnabenden auf 12 Stunden fest. Es muß aber mit der Ausführung der Arbeitszeitvorschriften schlecht bestellt gewesen sein, denn nach Dr. Schuler arbeiteten im Kanton Zürich noch 1855 49 von 79 Spinnereien 14 Stunden, unter 13 keine und Glarus ließ noch 1859 die Kinder bis 14 und der Thurgau bis 13 Stunden anhalten.

So arbeiteten die Kantone der Bundesgesetzgebung vor. Am bedeutendsten hierfür war aber der 1872 durch die Landsgemeinde eingeführte Fünftundentag im Kanton Glarus, der übrigens auch nicht ohne Opposition durchgegangen war. Gegen die Fühler der organisierten Arbeiterschaft und ihre bürgerlichen Freunde wandte sich an der Landsgemeinde ein Fabrikant mit dem Einwand, daß die Reduktion der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden zweifellos eine Verminderung der Produktion um 8 1/2 pCt. und eine Vertheuerung des Produkts um 11 bis 12 pCt. bedinge und daß aus einem Geschäft, das soviel theurer produzieren müsse, als es anderwärts geschehe, kein Gewinn mehr erwachsen könne. Die durch Karl Marx so berühmt gewordene letzte Stunde Seniors spunkte also auch an der Glarner Landsgemeinde, die Unternehmerweisheit vermochte jedoch der Mehrzahl der Bürger nicht zu imponiren.

Wie recht sie daran gethan hatten, wurde ihnen zwei Jahre später von zwei kapitalistischen Vereinigungen in Glarus bezeugt, als nämlich 1874 die Bundesbehörden die Handelskommission und den Börsenverein in Glarus anfragten, wie sich in ihrem Kanton der Fünftundentag bewährt habe, erhielten sie die ermutigendsten Antworten. Die Handelskommission konstatierte die günstigsten Wirkungen und erklärte schließlich: „Der Widerstand, den unser Fabrikgesetz anfänglich, besonders bei den Herren Fabrikanten gefunden, hat allmählig der Einsicht Platz gemacht, daß ihre Interessen dadurch bei weitem nicht so verletzt worden sind, wie sie im Anfang befürchteten. Manche Industrielle würden die alte Ordnung der Dinge nicht mehr zurückwünschen.“ Und der Börsenverein antwortete: „... Gleichwohl ist man hierorts grundsätzlich mit der Einführung der Maximal-Arbeitszeit von 11 Stunden einverstanden.“

Der gesetzliche Normal-Arbeitszeit von 11 Stunden hatte sich also im eigenen Lande in der Praxis bewährt und dagegen war mit allen Unglückspropheten und anderen Dingen nicht aufzukommen. Die organisierten Arbeiter — der damalige Arbeiterbund zählte freilich nur 6000 Mitglieder — wollten allerdings weiter gegangen wissen; sie forderten in einer umfangreichen Eingabe an die Bundesbehörden, welcher der Arbeiterbund des Kantons Glarus einen vollständigen Entwurf für ein eidgenössisches Fabrikgesetz angehängt hatte, den Fünf- und für die Vorabende von Sonn- und Festtagen den Fünftundentag, sie fanden jedoch bei den Bundesbehörden kein Gehör und mußten schließlich nach der Volksabstimmung froh sein, daß der Fünftundentag gesiegt hatte.

Das Fabrikgesetz ist am 1. Januar 1898 zwanzig Jahre in Kraft, und man darf heute sagen, daß es in jeder Beziehung wohlthätig gewirkt hat, so wohlthätig, daß es der Bundesrath mehrere Male in dem Sinne erweitern konnte, daß er seine Anwendung auf kleinere Betriebe herab, die 3 Arbeiter (graphische Gewerbe), 2 Arbeiter (Müller) und 6 Arbeiter, worunter jugendliche, oder wenn mit Motor gearbeitet wird, beschäftigten, ausdehnen konnte. Auf diese Ausdehnung ist es wohl zum Theil, aber eben nur zum Theil und nicht ganz, zurückzuführen, wenn sich die Zahl der dem Gesetze unterstellten Fabrikarbeiter von 134 862 im Jahre 1882 vermehrte auf 200 199 im Jahre 1895 und die Zahl der Pferdekkräfte von 44 auf 76 pro 100 Arbeiter, absolut von 69 500 auf 152 700. Doch mit dem Fünftundentag die Grenze der Arbeitszeitverkürzung nicht erreicht wurde, zeigt die amtliche Fabrikstatistik von 1895, wonach nur noch 57 pCt. aller Fabrikarbeiter den Fünftundentag, 43 pCt. dagegen eine kürzere Arbeitszeit bis auf 8 1/2 Stunden herab haben; dabei entfällt aber ein sehr großer Theil der 57 pCt. allein auf die Textilindustrie. Seit einem Vierteljahrhundert kämpft die organisierte und klassenbewußte Arbeiterschaft der Schweiz für den gesetzlichen Fünftundentag, möge ihr die nächste Zukunft die Erreichung dieses Zieles bringen.

Vor sieben Jahren unternahm der inzwischen verstorbene Geheim-Regierungsrath Dr. König, der Mitarbeiter des ebenfalls gewesenen Handelsministers v. Verlepsch war, eine Informationsreise in die Schweiz, wo er sich bei den Behörden, den Fabrikinspektoren, Industriellen, Sozialpolitikern u. A. Anknüpfung und Material darüber holte, wie sich das Fabrikgesetz bewährt habe. Auf Grund dieser umfassenden Informationen erklärte er in seiner bekannten Schrift über die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes: „Von fast allen Industriellen, auch von denjenigen, welche das Fabrikgesetz nur für ein nothwendiges Uebel halten und dasselbe wegen seiner Be-

schränkung der Freiheit der Arbeitgeber und der Arbeiter nicht lieben, wird anerkannt, daß nachtheilige Wirkungen des Fabrikgesetzes für die Industrie nicht eingetreten seien und daß insbesondere weder die Produktion abgenommen noch ein Steigen der Kosten stattgefunden habe.“ Eine Opposition gegen das Fabrikgesetz ist in den Kreisen der Fabrikanten in der That nicht vorhanden, aber etwas anders ist es in der Frage der Weiterbildung des Gesetzes. Da regt sich der Unternehmerrgeist sehr dagegen und es müssen deshalb die Weiterentwicklung des Fabrikgesetzes die Arbeiter in nicht minder heftigen Kämpfen erziehen, als sie vor 20 Jahren geführt wurden. Aber sie werden den Sieg erzingen, wenn sie ihre Organisationen mächtig gestalten und es an intensivster und umfassendster Agitation und Aufklärung nicht fehlen lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 20. Oktober.

— **Neue Militärforderungen in Sicht.** Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Wie wir hören, dürften nach Erledigung der Marineforderungen im Reichstage größere Kredite für Zwecke, die mit der Bewaffnung des Heeres zusammenhängen, gefordert werden.“

Solche Mittelbewilligungen verdienen leider im Zeitalter des Militarismus immer Glauben.

— **Wer ist die Regierung Belgiens?** Diese Frage spielt bekanntlich in den Prozessen gegen die Genossen Stenzel (Hamburg) und Feldmann (Langenbielau) eine nicht unerhebliche und uninteressante Rolle. Die Beledigung eines ausländischen Landesherren ist nach § 103 nur auf Antrag der „auswärtigen Regierung“ strafbar. Wer Regierung ist, bestimmt sich nach den staatsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Grundgesetzen des Staats, dessen Landesherr beleidigt sein soll. Das Hamburger Gericht nahm trotz des Protestes Stenzel's und seines Verteidigers an, der vom belgischen Gesandten in Berlin gestellte Strafanzug sei ausreichend, ohne daß es darauf ankomme, ob der Gesandte im Auftrage seiner Regierung handle. Es bedarf keines besonderen Nachdenkens, um zu erkennen, daß nach dem Staatsrecht keines Kulturlandes ein Gesandter die „auswärtige Regierung“ darstellen kann. Ueberhaupt liegt in dieser — selbstredend auch von einigen Juristen vertretenen irrigen entgegengesetzten — Anschauung in logischer Folge auch die Unterstellung, der Gesandte sei der Vormund seines Königs. Ein Gesandter ist der Nachfolger der altdeutschen Sendboten, Gesand, d. h. jener Boten, die als Dienstmänner Aufträge ihrer Herren an deren überbrachten. Die Nachfolger dieser altdeutschen Gesandten sind das schlechtbezahlte Gesandte, aber auch die anders gestellten Gesandten. Staatsvertreter sind beide nie gewesen. Nach Artikel 64 der belgischen Verfassung ist ähnlich wie in Preußen ein Regierungszustand des Königs nur dann gültig, wenn er von einem verantwortlichen Minister gegengezeichnet ist; die Artikel 25, 29, 68 und 126 derselben Verfassung lassen vielleicht die Deutung zu, daß auch ohne Mitwirkung des Königs die Minister in ihrer Gesamtheit die „Regierung“ Belgiens darstellen. Einem Zweifel kann es aber nicht unterliegen, daß der Gesandte Belgiens Regent oder Regierung Belgiens nicht ist. Infolge der Prozesse Feldmann und Stenzel werden nun zwei Senate, also 14 Mitglieder des Reichsgerichts, in Bewegung gesetzt, um zu ergründen, wer die Regierung Belgiens ist. Wieleicht beantworten die Herren dabei auch gleich die Frage: Wer ist die Regierung in Deutschland?

— **Zum Hamburger Leopold-Prozess** beschäftigt der dortige „General-Anzeiger“ die Meinung, daß der Prozeß durch eine Anregung von deutscher Seite entstanden sei. Das Blatt schreibt: „Dem politischen Redakteur dieses Blattes ist von einem Beamten einer belgischen Behörde, die unmittelbar mit der Sache befaßt war, schon vor längerer Zeit die bestimmte Mittheilung gemacht worden, daß der Strafanzug der belgischen Regierung überaus unangelegen kamme und daß die durch die Presse gegangene Meldung, der Strafanzug sei auf das Drängen von deutscher amtlicher Seite gegen die Wünsche der belgischen Regierung gestellt worden, auf voller Wahrheit beruhe.“

Unser Gewährsmann knüpfte daran die Versicherung, daß die Angelegenheit besonders eifrig von zwei deutschen Polizeibeamten betrieben worden sei, deren Ehrgeiz darin gipfle, eine belgische Ordensauszeichnung zu erhalten.

Diese Behauptungen hielt unser aus bester Quelle schöpfender Gewährsmann, der auch den Namen des einen der beiden Polizeibeamten nannte, mit voller Bestimmtheit aufrecht, als ihm bei nochmaliger Rücksprache der Sachverhalt seiner eigenen Erzählung entsprechend wiederholt vorgehalten wurde.“

— **Der Entwurf eines Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit** wird jetzt im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Der Gesetzentwurf besteht aus 189 Paragraphen. Der erste Abschnitt enthält einige allgemeine Vorschriften, der zweite behandelt die Vormundschaftsachen, der dritte die Annahme an Kindesstatt, der vierte den Personenstand, der fünfte die Nachlaß- und Theilungssachen, der sechste das Schiffspfandrecht, der siebente Handelsachen, der achte Verdingen und Güterrechtsregister, der neunte den Offenbarungseid, Unteruchung und Verwahrung von Sachen und Pfandverkauf, der zehnte die gerichtlichen und notariellen Urkunden. Der erste Abschnitt enthält die Schlußbestimmungen; § 175 setzt fest, daß das Gesetz gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft tritt, § 189 bestimmt: Durch Landesgesetz können Vorschriften zur Ergänzung und Ausführung dieses Gesetzes, mit Einschluß der erforderlichen Uebergangsvorschriften, auch insoweit erlassen werden, als dieses Gesetz Vorbehalte für die Landesgesetzgebung nicht enthält.

— **Eine Kaiser-Begegnung.** In Wiesbaden trafen der deutsche Kaiser und der Kaiser von Rußland zusammen. Die beiden Kaiser, so berichtet der Telegraph, umarmten und küßten sich und die Volkmenge soll viele Hochs gerufen haben. Irgeud welche politische Bedeutung kann niemand diesem Zusammenreffen beimessen.

Die „Post“ wendet sich gegen unsere Darlegungen, die wir in Anknüpfung an die Mitteilungen der Münchener „Allg. Zeitung“ über den Stand der Militär-Strafprozess-Reform gemacht haben. Die Meinung, sagt die „Post“, daß der Widerstand gegen diese Reform beim Kaiser liege, dürfte doch nicht richtig sein, vielmehr trage der Widerspruch Bayerns gegen den einheitlichen obersten Militärgerichtshof die Schuld.

Der Widerspruch Bayerns hätte längst in einer Form überwunden werden können, sagt doch die „Post“ selbst, daß eine Entscheidung des Bundesrats über diesen Widerspruch hinausführen müßte.

Nichts ist mehr dazu anzusetzen, daß deutsche Volk irre zu führen, als der Versuch, Bayern mit aller Schuld an der Verschleppung der Reform zu belasten.

Die Hauptsache ist: Wo bleibt die Reform? Wie lange will man sich mit allerlei Ausflüchten über die Wünsche des Volkes hinwegsetzen? —

Ziegler und Bassalle. In der letzten Versammlung des „Freisinnigen Vereins Franz Ziegler“ zu Breslau wurden drei ungedruckte Briefe Ziegler's verlesen, deren interessantester, datiert vom 1. April 1888, teilweise mitgeteilt und in dem folgende, von Herrn Eugen Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung“ mit Verhagen abgedruckte Stelle sich finden soll:

„Eine kurze Bekanntschaft lebt mit seit Jahren mit Bassalle an, dessen Geist ich ebenso hoch halte, als ich ihn sittlich nicht anerkennen kann. Sie wissen recht gut, daß ich distret bin, sonst könnte ich über den Mißbrauch der armen Arbeiter etliche Enthüllungen machen.“

So lange der hier erwähnte angebliche Brief nicht authentisch vorgelegt wird, und zwar so, daß jeder Zweifel der Echtheit ausgeschlossen ist, können wir diesen angeblichen Auszug nicht für richtig halten.

Ziegler kann nicht wohl von einer kurzen Bekanntschaft mit Bassalle gesprochen haben, denn er verkehrte jahrelang mit ihm, und zwar gerade in den kritischen Jahren und Rand mit Bassalle — bei welchem Schreiber dieses ihn wiederholt traf — bis zu Bassalle's Tode auf herlich-freundschaftlichem Fuße. Und noch lange nach 1888, bis zum Ausscheiden Ziegler's aus der politischen Öffentlichkeit — halte Schreiber dieses wiederholt Gelegenheit, mit Ziegler zu verkehren, und stets sprach dieser von Bassalle in herzlich-freundschaftlicher Weise. Anzunehmen, daß dies Heuchelei gewesen sei, scheint uns bei Ziegler's Charakter doch ausgeschlossen. —

Der Majestätsbeleidigungs-Paragraph scheint doch für manche Menschen eine recht nützliche Einrichtung zu sein. Selbst zur Befriedigung von Machegehrlichkeiten, zur Erpressung und allen möglichen Zwecken muß der vielerwähnte Gesetzesparagraph erhalten. Wie die weltliche „Niederländische Zeitung“ mitteilt, erhielt ein Geistlicher in der Stadt Hannover folgende Schriftstücke:

P. P.

In einer für Sie und Ihrer Partei sehr wichtigen Sache muß ich Sie sprechen und erwarte Sie Sonntag Abend 7 1/2 Uhr in Hannover vor Café Robby.“

Hannover, 29. 8. 87.

P. P.

Ich traf Sie in Hannover nicht. Um kurz zu sein, theile ich Ihnen folgendes mit:

Ich bin beauftragt, Sie wegen Majestätsbeleidigung zu denunzieren. Sie haben S. M. unseren hochseligen Kaiser Wilhelm in einer Gesellschaft „...“ genannt, ebenso titulierten Sie den Fürsten Bismarck. Im übrigen nennen Sie S. M. den hochseligen Kaiser Wilhelm nie anders als „...“ Sie werden nun wohl wissen, was Sie als ein Mann in Ihrer Stellung zu erwarten haben, wenn diese Sache anhängig gemacht wird; erschwernend für Sie wirkt noch Ihre Zugehörigkeit zu der Weissenpartei, deren sehr thätiges Mitglied Sie ja sind, außerdem Ihre Verhältnisse bei der Zeitschriftenarbeit. Bemerkend möchte ich noch, daß meine Auftraggeber bereit sind, diese Ihre (I) Aussage vor Gericht zu beschwören.

Was Sie zu thun gedenken, um diese für Sie schlimme Sache aus der Welt zu schaffen, wollen Sie in Form eines Inzerates im „Hannov. Cour.“ am nächsten Donnerstag unter F. V. mit nicht verächtlichen Worten einsehen lassen.“

Die genannte Zeitung bemerkt hierzu, daß die Briefe mit Rollen Schriftstücken geschrieben und daß der benutzte Briefbogen des ersten in Gelle zur Post gegebenen Briefes am Kopfe in Druck die Worte „Haus der Abgeordneten“ (I) trägt. Da der Pastor auf die beiden Schreiben nicht geantwortet hat, so ist der dunkle „Ehrenmann“ bis jetzt leider unbekannt geblieben. —

Herrn Schwollers gerechte Strafe für seine Nekrologrede ist nicht angefallen. Da wir schon lange nicht mehr die sozialpolitischen Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.“ lesen, können wir erst einem anderwärtigen Blatte das folgende Zitat aus der „Nordd. Allgem. Ztg.“ entnehmen:

„Kaum konnten wir voraussehen, daß die Ausführungen des neuen Nekrolog so durchaus den Auffassungen entsprechen würden, die seit Jahren an dieser Stelle unseres Blattes vertreten wurden.“

Nicht geschieht ihm! —

Religion und Wahrhaftigkeit sind keineswegs immer mit einander im Bunde. Ein klassisches Zeugnis für diese Thatsache giebt die nachfolgende Verordnung, welche der Breslauer Fürstbischof erlassen hat:

„Mit tiefstem Schmerze habe ich aus den Mittheilungen der staatlichen Behörden ersehen müssen, daß in den Schwurgerichts-Bezirken Oppeln und Ratibor seit längerer Zeit eine auf gegenseitige Eideshülfe gegründete und geradezu bandenmäßig organisierte Gesellschaft besteht, welche darans abzielt, mit dem verbrecherischen Mittel des Meineides bei eingeleiteten Untersuchungen — namentlich durch den Mißbrauch — oder bei schwebenden Prozessen Wahrheit und Recht zu untergraben und die Rechtsordnung und Rechtssicherheit auf das äußerste zu gefährden. Wie hätte ich wohl ahnen können, daß es in meiner Diözese und namentlich unter meinen oberschlesischen Diözesanen, deren tiefste Frömmigkeit und Religiosität ich wiederholt kennen gelernt habe, Personen geben könne, bei denen das Bewußtsein von der Heiligkeit des Eides so tief gesunken oder vielmehr völlig geschwunden wäre und welche die Warnung der heiligen Schrift ganz vergessen hätten: „Es soll kommen das Strafgericht in das Haus des falsch in meinem Namen Schwörenden, und es soll bleiben mitten in seinem Hause und verzehren sein Holz sammt seinen Steinen!“ Um so notwendiger wird es sein, die Heiligkeit des Eides in den Gläubigen wieder zu heben und zu wecken, und beantrage ich deshalb den hochwürdigsten Bischof, aus diesen traurigen Vorworfungen einen neuen Anlaß zu wiederholten nachdrücklichen Belehrungen und Warnungen über den entsetzlichen Frevel des Meineides in Predigt, Christenlehre, Religionsunterricht und allen sonst sich darbietenden Gelegenheiten zu entnehmen.“

Was würden die Gegner der Sozialdemokratie sagen, wenn wir aus diesen Mittheilungen den Schluß ziehen wollten, daß Gläubigkeit und Kirchlichkeit im umgekehrten Verhältnis zu Sittlichkeit und Wahrhaftigkeit ständen. Wir würden solchen Schluß jedenfalls mit weit mehr Recht ziehen können, als der gegen die Sozialdemokratie gedrückte häufige Vorwurf berechtigt ist, sie fördere den Meineid. —

Ueber die Zug-Entgleisung des Schnellzuges Hannover-Berlin am vorigen Sonntag zwischen Nienstedten und Frohse, bei welcher erfreulicherweise kein Verlust von Menschenleben zu beklagen war, wird den „S. N.“ von einem Augenzeugen berichtet:

„Am Sonnabend gegen 3 Uhr nachmittags engleiste bei sehr raschem Tempo zwischen den Stationen Nienstedten und Frohse der dritte Wagon des Schnellzuges 282 und wurde etwa 200 Meter weit fortgeschleift. Dann setzte der betreffende Wagon mit den Hinterrädern wieder ein, worauf die hinteren drei Wagons 1. und 2. Klasse entgleisten und mit ihren Nadeln über die Schwellen gingen. Die Schwellen lagen ganz frei, da wegen Reparaturen der Kies beseitigt war. Die Wagon wurden etwa 200 Meter weit mitgeschleift. Die Schienen wurden auf dieser ganzen Strecke verbogen und rutschten mindestens 1 1/2 Fuß aus dem Lager heraus. Viele Nägel und Schrauben der Schienen wurden von den Wagonrädern abgeschliffen. Keinesfalls dürfte auf dieser Strecke, auf der Reparaturen vorgenommen wurden, in schnellem Tempo gefahren werden.“

Das ist auch ein Wunder, daß die Entgleisung keine schlimmen Folgen nach sich zog. —

Von den National-Sozialen. Prof. Sohm erklärt etwas spät, daß er unter keinen Umständen für den Reichstag zu kandidiren gedenke. —

Weimar, 10. Oktober. Nachdem gestern die fünf Wahlen der Großgrundbesitzer stattgefunden haben, ist der weimarische Landtag vollständig. Von den 33 gewählten Abgeordneten gehörten bereits 19 dem früheren Landtag an, während 14 parlamentarische Neulinge sind. In politischer Hinsicht sind Konervative und National-liberale am stärksten; der Freisinn ist nur durch 3, die Sozialdemokratie durch den Abgeordneten von Apolda vertreten.

Die bayerische Kammer der Abgeordneten begann am Dienstag, wie schon kurz mitgeteilt, die Beratung der Urträge Grillenberger und Naginger betr. Abänderung des Landtags-Wahlgesetzes. Nach dem uns vorläufig nur vorliegenden kurzen Bericht hatte die Sitzung folgenden Verlauf: Der Antrag Grillenberger geht dahin, die Wahlen direkt und allgemein stattfinden zu lassen und der Berechnung der auf die Wahlkreise treffenden Bevölkerungsziffer jeweils die letzte Volkszählung zu Grunde zu legen. Der Antrag des Abg. Dr. Naginger vom bayerischen Bauernbund verlangt, daß nach dem jetzigen Landtag eine Wahlgesetzvorlage unterbreitet werde, durch welche das direkte Wahlsystem ein-

geführt und für München weitere sechs, für Nürnberg weitere zwei Abgeordnete zugestanden werden, und daß dem künftigen Landtag eine Vorlage gemacht werde, welche die Wahlkreis-Einteilung so regelt, daß auf je 40 000 Einwohner ein Abgeordneter trifft, wobei das allgemeine Wahlrecht zur prinzipiellen Grundlage genommen werden soll. Während der Debatte wurde noch ein weiterer Antrag eingebracht. Der liberale Abg. Seyboth beantragte nämlich, an die Staatsregierung das Ersuchen zu richten, baldmöglichst dem Landtag den Entwurf eines neuen Landtags-Wahlgesetzes zu unterbreiten, welches bei voller Sicherung einer unabhängigen Wahl das allgemeine direkte Wahlrecht gewährt und den Städten wie dem Lande die ihnen nach der Bevölkerungsgröße gebührende Abgeordnetenzahl einräumt, zugleich aber auch eine geeignete Vertretung der Minoritäten nach dem Prinzip der proportionalen Wahl in Aussicht nimmt. Dem Abg. Dr. Schäbler lag der Antrag vor, die sämtlichen Wahlrechtsanträge einer Kommission zu überweisen. In der Debatte kam zunächst Abg. Grillenberger zum Wort, der gegen den vom Zentrum vertretenen Standpunkt polemisierte, daß eine Verfassungsänderung während der Regiererschaft nicht zulässig sei, und dann den sozialdemokratischen Antrag ausführlich begründete. Nach ihm begründete der Abg. Dr. Naginger seinen Antrag, während der Abg. Günther den Antrag Seyboth befürwortete und sich gegen den Antrag Schäbler wandte, der nur ein Begräbnis der Wahlrechtsanträge bezwecke. Die Debatte wurde vertagt. —

München, 20. Oktober. (Privat-Telegramm.) Die heutige Sitzung der Kammer eröffnete der Präsident Wallther mit einem Nachruf auf das verstorbene Kammermitglied Grillenberger. Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen. Nach längerer Debatte wurde eine Resolution mit großer Mehrheit angenommen, welche die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts zugleich mit dem proportionalen Wahlsystem fordert. —

Strasbourg i. E., 19. Oktober. (Sig. Ver.) Im benachbarten Großherzogthum Baden ist bereits vor etwa zehn Jahren beim Landesgefängnis zu Freiburg die durchaus lobenswerthe Einrichtung getroffen worden, durch mehrwöchentliche, alljährlich sich wiederholende Belegungscurse jüngere richterliche Beamte theoretisch und praktisch in das Gefängniswesen einzuführen. Der Zweck derselben ist, den Strafrichter und die Strafvollzugsbehörden mit den Anstalten, in welchen Gefangene untergebracht werden, sowie den Lebensbedingungen in jenen näher bekannt zu machen. Preußen ist vor zwei Jahren diesem Beispiele gefolgt und hat dadurch zugestanden, daß es eine zweifelhafte berechtigte Forderung ist, wenn man verlangt, daß diejenigen, welche berufen sind, in Fällen strafgerichtlicher Vergehungen die vom Gesetz normirten Freiheitsstrafen zu erkennen, über die Bedeutung, Wirkung und Tragweite der letzteren ein einigermaßen zutreffendes Urtheil fällen. Nun soll, wie die hiesige amtliche „Correspondenz“ mittheilt, Ende dieses Monats hier in Strasbourg ein ähnlicher Kursus auch für Elsaß-Lothringen stattfinden, an welchem vier Staatsanwälte und sieben Richter teilnehmen werden. Dank allseitigen Entgegenkommens, besonders seitens einiger Professoren unserer Universität, werden etwa 12 die einschlägigen Gegenstände behandelnde Vorträge gehalten, an welche sich freie Besprechungen anknüpfen sollen. Außerdem ist die eingehende Besichtigung einer Anzahl der bedeutendsten Straf- und Erziehungsanstalten des Landes geplant, von deren innerem Dienst in allen seinen vielfältigen Beziehungen Kenntniß genommen werden soll. — In einem an leitender Stelle abgedruckten „Berliner Briefe“ spricht sich die „Straßb. Post“ in entscheidender Weise für den von der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordneten-Versammlung eingebrachten Antrag auf Anpeilung von Schulärzten aus. Das gouvernementale Blatt sagt u. a.:

Der Umstand, daß der Antrag von Sozialdemokraten eingebracht ist, darf uns nicht hindern, offen anzuerkennen, daß ihm ein gesunder Gedanke zu Grunde liegt, und daß es unserer Jugend nur nützlich sein muß, wenn unseren Schulverwaltungen ein neues Element eingeführt wird, das in sachverständiger Weise den Standpunkt der Gesundheit zu vertreten berufen ist. . . . Ist das Institut eines Schulrates einmal für nützlich erkannt, so meinen wir, daß da finanzielle Bedenken nicht mehr mitprechen dürfen; aber wir glauben auch, daß sich eine erhebliche, nennenswerthe Mehrbelastung gar nicht ergeben wird, wenn man der sozialdemokratischen Anregung nur die richtige Ausführung giebt und sie auf das wirklich Nothwendige beschränkt. . . . —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Breslau wird uns geschrieben: Beleidigende Aeußerungen über den Kaiser sollte der Fingelarbeiter August Bogt aus Mischelwitz gethan haben. Das Landgericht Breslau sprach ihn jedoch von der Anklage der Majestätsbeleidigung frei, da auf Grund der Beweisannahme nicht als erwiesen erachtet werden konnte, daß die fraglichen Aeußerungen sich auf den Kaiser bezogen haben bezw. bezogen hätten. —

Erinnerungen an Grillenberger.

Gestern um diese Stunde warf der Tod seinen Schatten auf einen der besten Menschen, gestern um diese Stunde hat eines der bravsten Herzen aufgehört zu schlagen — und heute, wo wir es noch nicht begreifen gelernt haben, daß wir diesen treuen Freund nie mehr sehen, sein fröhliches Lachen nie mehr hören, seinen Rath nie mehr vernehmen werden, heute soll ich schon für die weiteren Fremdenkreise der ganzen Partei ihn schildern als Menschen, als Genossen? Ist das nicht zu früh — soll das Leid, soll der Schmerz um den so plötzlich, so unerwartet Dahingegangenen nicht erst ein wenig verharschen? Oder steht nicht die Pflicht höher, den weiteren Kreisen der Genossen zu sagen, wie viel wir an ihm verloren?

Einer der besten Menschen, eines der bravsten Herzen, einer der treuesten Freunde — das war A. Grillenberger. Liebe und Treue waren die Grundlinien seines Charakters; Liebe und Treue gegen seine von ihm über alles geliebte Frau und Kinder; gegen seine Freunde, mit denen er seit Jahrzehnten alle Partei- und persönlichen Schicksale und Kämpfe durchgefochten; gegen die Partei, der er seit seinem politischen Erwachen alle seine Gedanken, alle seine Kräfte, alle seine Hoffnungen geweiht hatte. In diesem Säulenkörper, bis vor wenig Jahren von Kraftüberschuss und Gesundheit strotzend, schlug das lautere Herz eines Kindes — ohne Falch und ohne Fehle!

Leib und hüßler, traurig und entbehrungsreich war Grillenberger's Jugend. Der Sohn eines armen Volksschullehrers — mit dem sprichwörtlichen elenden Gehalt eines Schulmeisters vor 50 Jahren —, in Brndorf, einem Marktflecken in nächster Nähe Nürnbergs geboren, verlor er früh den Vater; so lernte er Armut, Entbehrung und Arbeit bereits als Kind kennen! Ost war nicht Brot genug im Hause für die Kinder, Brüder und Schwestern mußten vor und nach der Schule, vom frühen Morgen bis spät in die Nacht hinein mit der Mutter sitzen und Binnsoldaten mgen! Dann kam er in die Lehre zu einem Schloffer nach Nürnberg; vier lange Jahre wenig Liebe, immer Hunger, aber nicht immer Sättigung, dafür aber viele Mißgeschick und Scheltworte und auch Ohrfeigen von Meister und Gesellen: die damalige Lehrlingsausbeutung war trotz Junungsherrschaft, Lehr- und Meistersüch nicht besser als heute! Wie oft und wie gerne erzählte Grillenberger von

jener traurigen Zeit, wie launig und lustig wußte er sie zu schildern — im rosigen Schimmer der Vergangenheit, des Ueberstandens. Die eigentliche Lehrzeit begann „in der Fremde“, die er im „Wahren Jakob“ gegenwärtig so prächtig schildert.

Seine politische Erweckung empfing er in der Schweiz, hauptsächlich im Verner Arbeiterverein.

In Jahre 1870 trat er in Nürnberg in die vordersten Reihen der Bewegung ein. Unser dortiges Partei-Organ, der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“, wurde damals von dem ebenso talentierten wie der politischen Charakterfestigkeit ermangelnden A. Memminger redigirt, der nach manchen Wandlungen und Diensten in allen Partelen Deutschlands und der Schweiz heute in Würzburg ein antisemitisch-bauernbändlerisches Blättchen herausgiebt. Von ihm erhielt Grillenberger seine parteigenössliche und journalistische Schulung. Und das Wort Freisinnigkeit war damals in Nürnberg, wo man bis heutigen Tages auch in der Zeitung ein kräftiges, deutsches und deutsches Wort liebt und pflegt, kein leerer Begriff: war es doch 1873/74 möglich, das Neue Wintermärchen von Heine rodivivus als Heineleton im „N. F. S. D.“ nachzudrucken, ohne eine Auflage zu erhalten! Memminger wurde schon damals von einer Anzahl Parteigenossen mit mißtrauischen Augen angesehen und eines Tages von den (den älteren Parteigenossen aus den alten Partei-Kongressen her bekannten) Genossen Beckendahl und Kurt Mosel (dem Verfasser des „Lebens Jesu“) entlarvt; doch Grillenberger vertrat noch seinem Freunde und Lehrer, und er hielt ihm um so mehr Treue, als auch der zur Entledigung der Zwistigkeiten nach Nürnberg-Fürth gesandte alte kranke Parteifreund York mit Grillenberger sich für Memminger entschied und schließlich in einer Parteiversammlung zu Fürth die Nürnberger Mitgliedschaft der Eisenacher auflöste! Freilich als dann die Beweise un- widerleglich gegen Memminger zeigten, da stellte Grillenberger seine persönlichen Gefühle der Doupartei gegen den Lehrer und Freund hinter die Pflichten des Parteigenossen, bemühte sich aber — ein schünes Zeugnis für sein Herz —, möglichst wenig von und gegen seinen früheren Freund reden und schreiben zu müssen!

Wenige Jahre später wurde aus dem Hauptmitarbeiter, dessen agitatorische Thätigkeit die Stellung als Werkmeister immer mehr erschwerte, der Redakteur des „N. F. Sozialdemokrat“, der Leiter der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung im bayerischen

Manchester, in Nürnberg-Fürth. Und diese Thätigkeit stellte große Ansprüche an sein Wissen, Können und Wollen! Ein Kleinrieg gegen die elendsten und widerwärtigsten Polizei- und Verwaltungsgerichte, Chikanen begann; bereits 1874 hatte der fortschrittliche Nürnberger Magistrat die Mitgliedschaft der Eisenacher Partei als „Verein“ erklärt und aufgelöst; immer mehr erstarkte die Arbeiterbewegung, immer mehr wuchs mit der Schwierigkeit der Aufgaben das organisatorische Talent Grillenberger's. Bereits Mitte der siebziger Jahre war Grillenberger der hervorragendste unter den bayerischen Parteigenossen. Die Augsburgener wie die Münchener Genossen — weiter gab es damals südlich des Mains außer Nürnberg keine Stadt, wo die Sozialdemokratie in erheblichem Maße in Frage kam — traten in rege Beziehungen zu Nürnberg und der fröhlich-ernste, gutherzig-treue Charakter Grillenberger's führte überall zu persönlicher Freundschaft. Alle die alten Genossen, die nun seit Jahren schon der grüne Rasen bedekt: Endres, Stollberg in Augsburg, Lichtenberger in Weichhausen, der den Todesseim im Zuchthaus zu Halle sich holte (als Mitverurtheilter im Daveschen Hochverratsprozeß, in dem Klumpff seine schamlose Lockpigel-Züchtung ausgeben mußte) — für sie alle wurde das Band der Parteigenossenschaft zum Band der persönlichen Freundschaft! Es war das in jener goldenen Zeit der Parteijugend, wo die „keine aber mächtige“ Sozialdemokratie sich als eine einzige große Familie fühlte, wo die Parteitage, bezw. Parteitags-Abende die Feste fröhlicher, freundschaftlicher Erinnerungen wurden! Auf wie vielen Parteitagen hat gerade Grillenberger durch derbe Karrikaturenzeichnungen zu seinen Anleitern oder zu „geschälten Worten“ diese fröhliche Stimmung erbt!

Nach der Schreibung dieser Erinnerungen entsann ich mit Freude und Wehmuth der Zeit, da er als Handwerkerbursche Nürnberg durchzog und von Grillenberger, der damals gerade in den Hüttenwochen seiner Ehe lebte, zum feugalen Mittagessen mit heimgenommen wurde! Und von da an balltet eine Freundschaft, die ununterbrochen bis heute währt!

Nur einmal drohte sie in die Brüche zu gehen: am Parteitage in St. Gallen. Die Dampfersubventionsfrage hatte, wohl auch mangels persönlicher Aussprache, zu einer gewissen Verstimmung und persönlicher Vereiztheit geführt. Als ich in St. Gallen ins „Restaurant zur Insel“ kam, zum Genossen Salus, der ja wenig

Oesterreich.

Wien, 20. Oktober. AbgeordnetenhauS. Gegen 1 Uhr nach- nach der 13. namentlichen Abstimmung erklärte der Vizepräsident v. Abrahamowicz nach Beantwortung einer von den Deutsch-Liberalen gestellten Anfrage wegen einer Verichtigung des stenographischen Protokolls, nunmehr zur Tagesordnung überzugehen. Die Protokolle der Vizepräsidenten: „Wir haben uns zur formalen Geschäftsordnung zum Worte gemeldet“, beachtet Vizepräsident v. Abrahamowicz nicht, sondern erteilt dem Abg. Herold das Wort zu der auf der Tagesordnung stehenden Ministeranfrage. Hierauf entleert sich auf der linken Seite großer Tumult. Einzelne Abgeordnete der Linken schlagen auf die Pulse und Klappen die Deckel nieder. Mitglieder der Rechten entreißen ihnen die Pulsdetekt, es entsteht ein Handgemenge. Präsident Dr. Rathrein übernimmt unter stürmischen Beifall der Linken den Vorsitz und unterbricht die Sitzung. Nach einer Viertelstunde erscheint Präsident Dr. Rathrein wieder im Saale und erklärt die Sitzung bis 11 Uhr vorzeitig für unterbrochen.

Wien, 20. Oktober. AbgeordnetenhauS. Präsident Dr. Rathrein eröffnet die Nacht unterbrochene Sitzung. Spricht sein tiefstes Bedauern aus, daß ein Versehen des Vizepräsidenten Abrahamowicz zu stürmischen Szenen geführt habe und führt aus, es sei nicht notwendig gewesen, denselben zu bedrohen; derartige Szenen stellen den ganzen Parlamentarismus in Frage und drücken das Ansehen des Hauses auf das tiefste Niveau herab. Der Präsident widerlegt alsdann den Vorwurf, daß die Abgeordneten von der gestrigen Abend-sitzung nicht rechtzeitig verständigt worden seien und verweist auf die hierauf bezüglichen vorliegenden Verfügungen. Als der Präsident den Vorsitz an den Vizepräsidenten Abrahamowicz abgetreten habe, habe er vergessen, denselben mitzuteilen, daß bereits drei Abgeordnete sich zur formalen Geschäftsbehandlung zum Worte gemeldet hätten. Der Präsident bittet die Abgeordneten, derartige unruhigliche Szenen zu unterlassen, die am meisten ihnen schaden und seine Lage erschweren; die Abgeordneten mögen nicht glauben, wenn ein Verstoß vorkommt, daß dies absichtlich geschieht. (Zustimmung.)

Abg. Herold erklärt hierauf, er habe dadurch, daß ihm gestern das Wort erteilt sei, ein widerspruchsfreies Recht, zu sprechen, erworben. Da sich jedoch herausgestellt habe, daß vorher drei Abgeordnete zum Worte gemeldet waren, sowie daß vor der Ministeranfrage eine Ausschauwahl auf der Tagesordnung stand, sei er im Interesse der Sache damit einverstanden, daß die erwähnten Abgeordneten zuerst das Wort erhalten, natürlich unter der Voraussetzung, daß ihm zur Beratung über die Ministeranfrage das Wort wieder erteilt werde. (Vehementer Beifall links.)

Abg. Funke weist alsdann darauf hin, daß der Vizepräsident Abrahamowicz die Gründe nicht angegeben habe, warum er seinen, des Redners, Antrag, daß d. Ministerpräsident den Verhandlungen des Hauses beiwohnen solle, nicht zur Abstimmung brachte; Redner fügt hinzu, sein Antrag sei formal begründet und der Vorgang ungerecht gewesen, er bitte um Abhilfe.

Vizepräsident Abrahamowicz weist in seiner Erwiderung auf Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, welche ihm direkt verwehrt, den Antrag Funke zur Abstimmung zu bringen. Pflicht des Präsidenten, fährt Redner fort, sei es, nicht allein die Minderheit, sondern auch die Mehrheit zu schützen; er bemerke sich auf eine hierauf bezügliche Stelle aus einer Rede Mengers, welcher sagte, es gebe nicht nur eine bedauerliche Vergewaltigung der Minorität, sondern eine noch viel bedauerlichere Vergewaltigung der Majorität durch Mißbrauch der Geschäftsordnung; schließlich weist Redner den Vorwurf zurück, daß die Staatsgrundgesetze durch ihn nicht gewahrt worden seien.

Abg. Menger hält seine vom Vizepräsident verlesene Kennerung aufrecht, bemerkt aber dazu, daß seine damalige Kennerung unter anderen Verhältnissen erfolgt sei.

Auf die Anfrage Funke's giebt hierauf der Präsident Dr. Rathrein die Antwort, der jeweilige Vorsitzende trage die Verantwortung für seine Auffassung.

Abg. Hofmann-Wellenhof bespricht das Vorgehen des Vizepräsidenten Abrahamowicz und erklärt sich mit der soeben erteilten Antwort des Präsidenten Dr. Rathrein auf die Anfrage des Abgeordneten Funke nicht einverstanden. Redner beantragt die Eröffnung der Debatte und namentliche Abstimmung über diesen Antrag. Der Antrag Hofmann-Wellenhof wurde hierauf abgelehnt.

Nach weiteren zwei namentlichen Abstimmungen ging das Haus zur Tagesordnung, Verhandlung über die Ministeranfragen über.

Abg. Herold führt aus, der Regierungsrath vom 2. Juni 1897 enthalte keine Gesetzesverletzung, weshalb Redner über die Ministeranfragen Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Wien, 19. Oktober. In der heutigen Sitzung des Gemeinderaths wurde die Mitteilung gemacht, daß das vom Gemeinderath beschlossene und vom niederösterreichischen Landtage genehmigte

Wochen später einen so traurigen Tod von Meuchler's Hand erleiden sollte, hörte ich, daß Grillenberger ein Rencontre mit einem preussischen Spigel gehabt habe. Ich ging in das Obergeschoß und sah, wie Gen. v. v. v. Hannover eben den blutüberströmten Kopf Grillenberger's wusch. Da begriff ich ihn mit den von mir harmlos gemeinten Worten: „Nun, Karl, Du siehst aber „revolutionär“ aus.“ Er aber sah darin einen verächtlichen hämischen Vorwurf gegen seine Stellung in der Dampfer-Industrie-Frage und fuhr mit Bercekerenth auf. Denn diese echtdeutsche Kraft- und Kernnatur sahte auch zuweilen der furor tonitruicus im vollsten Sinne des Wortes! Mit Mühe konnte ich ihn beruhigen, ich theilte mit ihm das Zimmer und meine Samariterdienste während der Nacht führten am Morgen zur rüchhaltigen Verabreichung.

Und welche schließliche Gesellschafter war Grillenberger im Kreise der Genossen und Freunde! Keiner wußte wie er alle die alten Parteianekdoten zu erzählen; keiner hatte für die Nebenbühnen auf Parteitagen u. dgl. ein solch treues Gedächtnis. Er, der als Handelsverkäufer aller Herren Länder durchzogen, wußte alle Einzelheiten mit unglaublicher Fertigkeit nachzusprechen, und er hatte für alle diese Anekdoten nicht nur ein ungewöhnliches Gedächtnis, sondern auch ein ungewöhnliches Talent der humorvollsten Wiedergabe. Wie wunderbar wußte er in Ton und Ausdruck z. B. nicht jüdische Scherzreden und Scherzgeschichten zu erzählen!

In seiner persönlichen Liebenswürdigkeit, in seiner goldlauteren Herzgutmüthigkeit liegt ein Stück Erklärung für den wunderbaren Zauber, den Grillenberger auf die Massen ausübte. Nicht seine geistige Ueberlegenheit, nicht seine packende, volkstümliche, einfache klare Rednergabe sind es, die ihm in Nürnberg und in ganz Bayern eine Beliebtheit verschafft haben, wie sie vielleicht keiner unserer Genossen in dieser Art besitzt — nein, das Gefühl, die Ueberzeugung, daß er Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blut, Geist von ihrem Geist ist, daß er ganz rüchhaltig, ohne Härten, aber auch ohne Schmeichelei, ohne jede demagogische Ader, treu und ehrlich der Ihre ist, dieser Ausfluß aus der glücklichen Harmonie seiner Persönlichkeit hat ihm die Liebe, die Kameradschaft der Arbeiter in Nürnberg in einem Maße zugebracht, von der die Genossen im kühlen Norden keine Ahnung haben!

Zu den Genossen Deutschlands im weiteren Sinne brachten ihn die Kämpfe und Gefahren des Sozialistengesetzes in nähere Be-

ziehung. Nach vor Uraß des Sozialistengesetzes Ende September hatten die Nürnberg-Genossen ihre Partei (Genossenschafts-) Buchdruckerei in den Privatbesitz Wörlein's und Grillenberger's übergeben lassen; ebenso ging der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ ein; vom 1. Oktober 1878 erschien bei Wörlein u. Co. die anfangs parteilose, später immer mehr und mehr ihren Charakter enthaltende „Fränkische Tagespost“ und hielt sich über die ganze Zeit des Sozialistengesetzes hinüber. Und die Buchdruckerei lieferte fast während der ganzen Jahre des Sozialistengesetzes die „Werkzeuge“ der Partei. Was Grillenberger, der 1881 in die Parteileitung eintrat, während des Sozialistengesetzes im Stillen und Geheimen für die Partei that, wie viele Tünder Male er „auf Gesetze und Polizei piff“, dafür ist heute die Zeit der Erzählung noch nicht gekommen. Duzende von Hausnachrichten regnete es auf das Geschäft — die „Tagespost“ verzeichnete deren 118 — einen „Fang“ konnte die Hermandad auch nicht ein einziges Mal erzielen! Wie herb und kräftig Grillenberger im Parlament gegen das niederträchtige Treiben der Spigel zu Felde zog, wie er ihre Pluturner geißelte, als sie unsere Abgeordneten auf Weg und Sieg bis ins Innere des Reichstagsgebäudes verfolgten, wie er mit jubelnd aufgenommenem Wortspiel drohte, einen der „Mächtigenjungen“ schließlich auf den Tisch des Hauses niederzulegen — all das ist unseren Genossen noch gut bekannt. Und daß er der Mann war, dieses Wort zu betätigen, davon wissen einige der Älteren Berliner Genossen zu erzählen, die ihn eines Tages mit Max Rayer und Kräcker zu einer „Korpora“ führen sollten. Bald merkten sie, daß ihnen der „Schatten“ folgte. Kracz und Quergänge mißlang, er ließ sich nicht „versetzen“. Da, an der alten Waisenhausbrücke, trat Grillenberger mit einem Sprung plötzlich an den treuen Gefolgsmann heran und bedeutete ihm, wenn er jetzt nicht mit aller Geschwindigkeit sich rückwärts konzentrierte, werde er ihn über das Brückengeländer in die Spree — und ein Griff und ein Ruck verdichteten die Drohung — und siehe da, der „Schatten“ verschwand und die „Korpora“ lagte unbehelligt zu Ende!

Weseh auf Erhebung einer 100prozentigen Steuer von dem Ertragnisse des Totalisators zu Gunsten der Armen Wiens die kaiserliche Bestätigung nicht erhalten hat.

— Zur Charakteristik der österreichischen Pressezustände. In Oesterreich wurde Hans Blum, Deutsche Revolution 1848—49 Lieferungs 1 beschlaggenommen. Nun veröffentlicht die „Wiener Zeitung“ vom 12. Oktober das Erkenntnis, warum die Konfiskation erfolgte. Es sind dies die Stellen:

Seite 7: Mit wahren Grauen erfüllten den durchaus unheimlichen Kaiser Franz von Oesterreich die Gedanken und Hoffnungen, die das junge siegreiche Deutschland jetzt an die Erneuerung der deutschen Kaiserkrone knüpfte.

Seite 9: Ingleich aber hatte Oesterreich durch die Zusicherung der vollen Souveränität und des vollen Besitzthums an alle diese Mittel- und Kleinstaaten sich diese, Bayern voran, für Jahrzehnte zu gefügigen Werkzeugen und Handlangern der eigenmächtigen habsburgischen Politik im künftigen deutschen Bunde gemacht.

Seite 21: Preußen aber sollte bei diesem brutalen Vernichtungswerke der Hofburg Vorkampfbienste leisten und dadurch all' die Hoffnungen und Sympathien verschmerzen, die es bei den für die Einheit und Freiheit ihres Vaterlandes begeisterten Deutschen vor Oesterreich voraus hatte.

In allen diesen Stellen hat die Staatsanwaltschaft das Verbrechen nach § 64 St.-G. (Verleumdung von verstorbenen Mitgliedern des kaiserlichen Hauses) erklart, das Landesgericht hat die Beschlagnahme bestätigt und die Vernichtung der eingezogenen Deste verfügt.

Ungarn.
Budapest, 20. Oktober. (Oberhaus.) Der Präsident verlas ein Gesetz der Staatsanwaltschaft um Auslieferung des katholischen Bischofs, Grafen Siskay Mailath, wegen der geschwindig vollzogenen Taufe eines evangelischen Mädchens.

— Nationale Unduldsamkeit. Die Advokatenkammer im Statuar-Ameti hat gegen zwei Nagy-Somluter Advokaten die Disziplinarmessung angeordnet, weil diese beiden Advokaten im vorigen Jahre an dem geheimen (H) und ohne behördliche Bewilligung veranstalteten Fackelzuge der Kammer in Nagy-Somluth theilgenommen haben, bei welcher Gelegenheit anführerische Reden gegen die magyarischen Unterdrücker und eine der Rebellen Janak verherrlichende Hymne gesungen wurden. Durch diese ihre Handlungsweise haben die zwei Advokaten das Ansehen ihrer Stände tief verletzt, nicht bloß weil für diese Handlungsweise eine administrative Beuge zu bemessende Freiheitsstrafe, also eine beschämende Strafe verhängt wurde, sondern auch weil ihre falsche Theilnahme an dieser Demonstration die Uebergangung werden muß, daß sie feindselige Gesinnungen gegen die ungarische Nation hegen. Da nun der ungarische Advokat in seinem Eide Treue gegen den König, gegen Ungarn und die Verfassung schwört, demzufolge kann das Betragen der zwei Advokaten nicht ohne Abmündung bleiben. Die Kammer hat dem auch die betreffenden zwei Nagy-Somluter Advokaten unter Disziplinaranfrage gestellt und wurde dieser Beschluß auch von der königl. Kurie bestätigt.

Frankreich.
Paris, 19. Oktober. (Sig. Ver.) Ein Börsenschwindel erster Größe ist in diesen Tagen vom kapitalistischen Blatt „Figaro“ in allen Einzelheiten enthüllt worden. Es handelt sich um die Affaire der Goldminen von Watana in Siam, in welcher die kleinen Sumpel um mehr als 80 Millionen Frank's beraubt wurden. Die Gründer, Bonnard, Van Broek u., gehören natürlich zu den bestvermögenden Millionären. Van Broek leidet sogar das Ehrenamt eines Mitglieds des Verwaltungsraths der öffentlichen Wohlthätigkeits-Institute. Der Schwindel wurde Ende 1894 lancirt in Prospekten, welche dem gläubigen Publikum 18 Kilogramm und 800 Gramm Gold pro Tonne Erz vorgaukelten. Sobald nun die Sumpel in den Räder zu beissen begannen, fehlten die Gründer eine kunstgerechte Kursstrecke ins Werk und entledigten sich ihrer Antheilnahme zum Preise von 240 bis 380 Fr. Das eingezahlte Gründungskapital betrug im ganzen 875 000 Fr., während die 50 000 Antheilnahme und die 7000 Aktien im Februar 1895 bis zum Betrage von 84 Millionen hinausgeschwunden wurden. Aberhalb Jahre später sanken die Scheine um mehr als das Fehlfache, auf 35 Fr. und heute werden sie nur noch mit 30 Fr. notirt. Denn inzwischen hatten amtliche Erzeugnisse ergeben, daß die Tonne Erz anhalt 13 300 Gramm Gold bloß zwei bis höchstens 7 1/2 Gramm enthält. Einzelne Proben zeigten gar nur unmerkliche Goldspuren... Tiefdurchweg dokumentarisch belegten Enthüllungen brachte der „Figaro“, nachdem die Gründer das Blatt wegen einer direkteten Anspielung auf den Schwindel die „Schändensache“-Klage erhoben hatten. In Ermangelung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Börsenräuber wird nun der Schändensache-Prozess juristisches Licht in die Affaire bringen — oder auch nicht?

Der Staatsrath hat in Ausführung einer vor mehr als zwei Jahren von der Kammer votirten Resolution einen Gesetzeentwurf betreffend die civile Verantwort-

lichkeit der Minister für die strikte Ausführung des Budgetgesetzes ausgearbeitet. Danach sollen die Minister für jede im Budget nicht vorgesehene Ausgabe und für jede Ueberschreitung der festgesetzten Kredite zivilrechtlich haftbar sein. Der unabhängige Gerichtshof ist, wie für Hochverrath, der Senat. Der Entwurf bereitete aber das ganze durch zwei Klaukeln: die Haftbarkeit tritt nur dann ein, wenn die Ueberschreitungen die Interessen des Staates kompromittirt haben, und die Verjährung tritt nach drei Jahren ein, vom Zeitpunkt der Demission des betreffenden Ministers gerechnet. Der Bericht des Rechnungshofes über die Ausführung des Budgets gelangt aber miunter zur Veröffentlichung nach einem längeren Zeitraum. Wird also der staatsräthliche Entwurf unverändert angenommen, so dürfen die Minister die bisherigen, in jedem Bericht des Rechnungshofes bedauerten „Unregelmäßigkeiten“ unbehelligt fortsetzen.

Dänemark.
Kopenhagen, 18. Oktober. (Sig. Ver.) Die Budgetdebatte im Folkething. Der erste Tag der Budgetdebatte bietet gewöhnlich den verschiedenen Parteiführern Gelegenheit, Programmreden zu halten. Christensen sprach namens der Linken. Er erwartet nicht viel von dem „Reform“-Programm der Regierung. Das dieselbe offenbar an ihrem alten Standpunkt, im Nothfalle mit einem Provisionarium zu wirtschaften, selbständ, beklagte er, ohne energisch genug dagegen Front zu machen. Das Arbeiterverfassungsgesetz in der jetzigen Form, sowie das neue Schulgesetz unterzog er einer scharfen Kritik. Besonders scharf ergriff er das Eisenbahnministerium und den lächerlichen Bureaokratismus, der in demselben herrscht, an.

Herr Professor Schalling als Vertreter der Rechten sprach für die Regierungsforderungen, für das Militärwesen, für die Bewilligung der Mittel für die Prinzessinnen Jugebor und Louise und für den Wiederaufbau des Kristianborger Schlosses. Der Herr Professor der „National“-Ökonomie fand es unwürdig, daß das reichliche Dänemark (das keinen Ort für soziale Reformen hat) nicht 1/4 Million für ein paar so liebe Prinzessinnen opfern könne und die Verteidigung des Vaterlandes vernachlässigen wolle.

Am zweiten Tage erhielt unser Parteigenosse Klausen das Wort. Er wies zunächst auf die ungeheure Last hin, welche die indirekten Steuern gerade dem ärmeren Volke auferlegen. Er ist überzeugt, daß, wenn die Steuern nach der Steuerkraft richtig vertheilt wären, die Reichen einfach sich weigern würden, so enorme Steuern zu bezahlen, aber die Armen müssen sie tragen, ohne zu murren. Angesichts der Ueberschüsse schlägt er in erster Reihe eine Erhöhung der Zölne der Staatsarbeit vor und die Bewilligung einer Ferienwoche für dieselben. Er fragt, wo die Statistiken über die Verhältnisse der Staatsarbeiter bleibt, welche die Regierung vorzulegen versprochen hatte. Bei dieser Gelegenheit ging Klausen auch auf die dänischen Eisenbahnverhältnisse und das Unglück bei Gentofte ein. Man hat die Schuld einem Lokomotivführer aufgebürdet und den Mann verabschiedet. Der Mann hatte aber eine übermäßige Arbeitszeit hinter sich. Die Schuld trifft allein die Eisenbahnverwaltung, welche aus Sparsamkeitsrücksichten die Arbeiter überanstrengt und mangelhaftes Material verwendet. Er wies im speziellen die überlange Arbeitszeit der Eisenbahnarbeiter nach. Ob da nicht Wandel geschaffen wird, werden auch die Unglücksfälle kein Ende nehmen. Dazu seien die Löhne erbärmlich. Wenn irgendetwas, so sei für die Eisenbahngestellten der achtstündige Arbeitstag eine Nothwendigkeit im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Heute arbeiten diese Leute 14—17 Stunden! Ferner protestirt er dagegen, daß der Verkauf der Blätter „Aftenbladet“, „Aftenavisen“, „Havoc“, „Dumibusen“ und „Socialdemokraten“ auf den Bahnhöfen verboten sei. Es ist doch ein geradeswegs verfassungswidriger Zustand, daß die Herren Eisenbahnminister dem Publikum vorschreiben wollen, was es lesen soll. Er wandte sich gegen die geforderte 1/4 Million für Kirchen in Kopenhagen. Endlich sprach er gegen die Militärforderungen. Auf allen anderen Gebieten beweist man eine geradezu knauserige Sparsamkeit, für das Militär

Sehen und Gesundheit zu frohen Schlen, rang seit Jahren mit einer schweren Krankheit. Ein nervöses Kopfweh — er selber schob die Ursache auf jenen brutalen Ueberfall eines Epithels in St. Gallen, der ihm mit einem Todtschläger mehrere Kopfwunden beigebracht hatte —, das besonders stark schon während des Eberfelder Gedeindbundprozesses aufgetreten war, raubte ihm den Schlaf, dazu gesellten sich rheumatische Schmerzen — kurz, diese Leiden zwangen ihn wiederholt zu monatelangen Kuren. Aber die neuen Aufgaben, die ihm die Eroberung der Nürnberger Landtagsmandate stellten, brachten ihm statt der nothwendigen Schonung erhöhte Thätigkeit, was schließlich zu einer gewissen Zurückbildung der Reichstagsfähigkeit führte, die er durch volle Hingabe an die Arbeiten des bayerischen Landtages mehr als ausglich. Und von welcher ungeheurer agitatorischer Wirkung diese seine erfolgreiche Thätigkeit für unsere Sache war, darüber herrscht in Bayern und im Reich nur eine Stimme der Anerkennung und von heute ab eine Stimme der Trauer darüber, daß sie jetzt stille steht!

Nun ist der Mund verstummt, der so beredt und so müthig und so geschickt die Sache der Arbeiter im Parlamente, in der Volksversammlung, überall, wo Gelegenheit sich bot, verfolgte, der Hand ist die Feder entfallen, die sie so scharf und so deutlich und so kernig gegen die Feinde der Arbeiterklasse geführt hat. Die deutsche Arbeiterklasse hat einen treuen Freund, einen tapferen Vorkämpfer, die Menschheit einen guten, edlen Menschen verloren. Eine Lücke klappt, die sich schwer, sehr schwer und sehr langsam schließen wird.

Und an dem Sarge des theuren Todten trauert ein achtzehnjähriger Sohn, eine fünfzehnjährige Tochter, denen der eine Tag alles Glück der Jugend geraubt hat; weint eine Wittwe, der am gestrigen Abend das Glück des ganzen Lebens vernichtet wurde! Dreiundzwanzig Jahre voll Glück und Liebe waren ihr in ihrer Ehe mit Grillenberger wie ein kurzer Augenblick verfloßen.

Die Arbeiter Deutschlands werden sein Andenken hochhalten und, wenn es einen Trost für Kinder und Wittve in diesem Verluste giebt, ihn darreichen durch unaussprechliche Dankbarkeit für das Streben und Kämpfen ihres Genossen, der jenen ein liebender Vater und Gatte war!

weil man garnicht, was man fordern soll. Nun verlangt man wieder Geld zu neuen Kistenbatterien. Das ist ein neuer Schritt, ihm wie den mit, dann nehmen diese Forderungen kein Ende, also gleich kurzweg fort damit! Das ganze Budget ist ein Klaffengesetz mit Verzögerung der Wohlhabenden und Ausfagung der Unbemittelten. Wir werden uns Nüchtern geben, dem Gesetz möglichst viel von diesem Charakter zu nehmen!

Von den Ministern sprach zuerst der am bestigsten angegriffene Minister des Innern, Vardenfleth. Er suchte den Unstand, daß die für die Eisenbahnen bewilligten Gelder nicht für Materialanschaffungen benutzt wurden, damit zu erklären, daß die Fabrikanten nicht so schnell liefern könnten. Im übrigen sprach er eigentlich nur gegen die Presse, die durch ihre Angriffe der armen Verwaltung ihr Amt so sehr erschwere. Er werde daher das Verbot des Verkaufs gegen einige Blätter erst dann aufheben, wenn sie ihre Tendenz geändert haben würden! Der Minister wollte sich offenbar mit einem Witz aus der Verlegenheit ziehen.

Der Ministerpräsident verteidigte zunächst die Maßregel der Regierung, daß sie die Wahlen auf den April angelegt habe. Er meinte, es sei kein Grund anzunehmen, daß dieses halbe Jahr parlamentarisch ganz resultatlos sein werde. Endlich versprach er die verlangte Arbeiterstatistik demnächst vorzulegen.

Im Landesthing stand das neue Gesetz über Entschädigungspflicht der Staatsbahnen infolge von Unfällen zur Beratung, das sich infolge des Unglücks bei Gontorf als Nothwendigkeit herausgestellt hat. Fast alle Redner waren darin einig, daß der Regierungsantrag in der vorliegenden Form nicht anzunehmen sei, da derselbe darauf hinauslaufe, die Staatsbahnen nach Möglichkeit von der Ersatzpflicht zu befreien. Die Herren Minister waren der Meinung, daß für Unfälle, die nicht auf direkte Nachlässigkeit von Beamten zurückzuführen sind, die Bahnen keinen Ersatz zu leisten hätten. Der Antrag wurde schließlich einem Ausschuss von sieben Mitgliedern überwiesen.

Ferner lag dem Landesthing die Arbeiter-Unfallversicherung vor. Groß vertheilte das Gesetz in der vorliegenden Form, die den Wünschen der Mehrzahl der Kommission des Landesthings entspräche. Vätermeister Stilling ist dagegen, da das Gesetz zu sehr die Großindustrie belaste. Er verweist auf den Weg der freiwilligen Versicherungen. Die Zwangsversicherung würde dem Arbeitgeber pro Arbeiter und Jahr 18-20 Kronen kosten, während er bei der freiwilligen Versicherung nur 4 Kronen auszuwenden brauche. Im übrigen ist er, wenn die Sache gemacht werden soll, für weitere Ausdehnungen des Gesetzes, da dadurch die Last für den einzelnen vermindert würde. Auch Konzelektör Sörensen sprach für ein alle Arbeiter umfassendes Gesetz. Schmiedemeister Schulz plädierte für einen Staatszuschuß. Ferner Parteigenosse Knudsen freut sich, daß mehrere Hirsprediger für Erweiterung der Versicherung aufgetreten sind. Auch er ist für die Einbeziehung aller Arbeiter und für Staatszuschuß.

Ferner verlangt er die Streichung des Wortes „grobe Unachtsamkeit“ als Umstand, der das Recht auf Ersatz aufhebt. Er fordert 2500 Kr. pro Jahr (Halt 1800) im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit. 13 Wochen Karenzzeit seien zu lang, in einigen Gewerben kämen gerade in der ersten Zeit die meisten Unfälle vor, so z. B. bei den Schiffarbeitern. Die Behandlung eines gegnerischen Voreddners, daß die Arbeiter die Last tragen könnten, wenn sie einige Glas Bier täglich weniger trinken wollten, möchte er damit beantworten, daß dann die Arbeitgeber die Last erst recht tragen könnten, wenn sie ihre Privatbedürfnisse etwas einschränken wollten. Nur von den Arbeitern erwarte man immer, daß sie auf ihre arbeitsfähigen Verzicht leisten, bei den Arbeitgebern sei es unmöglich. Vielleicht habe die Ansetzung der Wahlen auf den April und die dadurch hervorgerufene Reformfreundlichkeit etlicher Abgeordneten den Erfolg, ein besseres Unfallgesetz zu Stande zu bringen, dann können wir ja der Regierung nur dankbar sein. Der Minister erkennt keine Zuschusspflicht des Staates an. Eine weitere Ausdehnung der Versicherung halte er nicht für rathsam. Fassung verlangt, daß die Arbeiter etwas beitragen müßten, die Arbeiter seien hier zu Lande ein privilegierter Stand! Knudsen protestirt hiergegen. Herr Fassung würde sich sicher bedanken, solche Privilegien zu haben.

Ein Antrag auf Verweisung an eine Kommission wurde abgelehnt.

Spanien.

Madrid, 20. Oktober. Ein Telegramm aus New-York an den „General“ behauptet, daß die Expedition, welche auf Cuba kürzlich Waffen importirt hat, vom Hafen von New-York abgegangen sei, und zwar unter den Augen der mit der Bewachung der Küste betrauten Kanoniere. Ähnliche Expeditionen sollen noch vorbereitet werden. Ferner wird aus New-York gemeldet, daß dort ein karibischer Agent eine große Anzahl Gewehre angekauft hat, um diese mit einer großen Menge Munition nach Spanien zu importieren.

Madrid, 20. Oktober. Unter den Autonomisten Ruba's herrscht großer Zwiespalt; ein Theil derselben hat sich von Labra, welcher in ihrem Namen mit der Regierung verhandelte, losgesagt.

— Amnestie für die kubanischen Deportirten. Die spanische Regierung hat beschlossen, denjenigen Kubanern, welche wegen Verdachts der Theilnahme an Aufständen Landes verwiesen wurden, die Rückkehr in die Heimath zu gestatten; der Beschluß wurde im vollen Einvernehmen mit dem neuerwählten Generalgouverneur der Insel, Ramon Blanco, gefaßt. Da General Vayler in den letzten sechs Wochen bereits 291 Deportirte begnadigt hat, dürfte die Amnestie nur noch für etwa 165 Personen Werth haben. Die Deportirten von den Philippinen werden in nächster Zeit wohl gleichfalls begnadigt werden.

Amerika.

Washington, 19. Oktober. Der hiesigen Gesandtschaft von Guatemala ist ein Telegramm zugegangen, nach welchem die Revolution in Guatemala niedergeworfen und die Ordnung im ganzen Lande wiederhergestellt ist.

Buenos Aires, 19. Oktober. Hier verlautet, daß die Regierung eine Erhöhung der Zuckerausfuhrprämien beabsichtigt.

Partei-Nachrichten.

Ueber die Todesursache Grillenberger's geht uns folgende Depesche aus München zu: Der Sectionsbefund ergab die Zerstörung des Gehirns infolge rechtsseitiger Blutung. Das Herz war abnorm groß, die linke Gefäßseite und linke Körperhälfte gelähmt, die hinteren Gehirnarterien verästelt.

Die feierliche Ueberführung der Leiche nach dem hiesigen Bahnhof und weiter nach Gotha wird am Freitag Nachmittag vor sich gehen. In Gotha wird die Leiche durch Feuer bestattet werden. Die Feuerbestattung wird am Sonntag Nachmittag 8 Uhr stattfinden.

Die feierliche Ueberführung der Leiche nach dem hiesigen Bahnhof und weiter nach Gotha wird am Freitag Nachmittag vor sich gehen. In Gotha wird die Leiche durch Feuer bestattet werden. Die Feuerbestattung wird am Sonntag Nachmittag 8 Uhr stattfinden.

Die feierliche Ueberführung der Leiche nach dem hiesigen Bahnhof und weiter nach Gotha wird am Freitag Nachmittag vor sich gehen. In Gotha wird die Leiche durch Feuer bestattet werden. Die Feuerbestattung wird am Sonntag Nachmittag 8 Uhr stattfinden.

Als Vertrauensperson wurde Genosse Grillenberger wiedergewählt, als Stellvertreter Genosse Dertel. Es war die letzte Sitzung, die Nürnberg's Parteigenossen dem lebenden Grillenberger zu Theil werden lassen konnten; tags darauf riß ihn der Tod aus den Reihen der Partei, der er sein Leben gewidmet und in guten wie bösen Tagen mit der ganzen Kraft seiner marigen Persönlichkeit gedient hatte.

In Dresden nahm eine gut besuchte Parteiversammlung nach dem Bericht der Parteitagdelegirten Sindermann und Stelzner eine lange Resolution in Beziehung auf die sog. Kanonenfrage und die Zollpolitik an, worin das Verhalten der Fraktion bedauert und den Genossen empfohlen wird, in Zukunft auf die Stellung der Fraktion zu solchen Fragen ein wachsameres Auge zu haben.

Eine Frauen-Versammlung in Leipzig beschloß nach einem Referat der Frau Zettin aus Stuttgart über die Prostitution und die bürgerliche Gesellschaft folgende Sympathie-Erklärung an Liebknecht: „Die Versammlung bedauert, durch die gesetzlichen Bestimmungen und die reaktionären Zeitläufte gehindert zu sein, das über Liebknecht verhängte Urtheil nach Gebühr zu lenzigen. Sie spricht Genossen Liebknecht und seiner Familie ihre Sympathie aus und versichert dem unentwegten Vorkämpfer des Proletariats, seinem Beispiel folgend, feiß opferthätig für die Ziele der Sozialdemokratie zu kämpfen.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Parteigenosse Reinhold Stenzel, verantwortlicher Redakteur des „Hamburger Echo“, hat am 18. Oktober eine vierwöchige Gefängnißstrafe angetreten.

Das Schöffengericht in Köln verurtheilte zwei Burken aus Nippes, die Theilnehmer an der letzten sozialdemokratischen Mafseier angefaßt und mißhandelt hatten, zu Gefängnißstrafen von 2 und 3 Monaten.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgebung.

In zwei großen öffentlichen Versammlungen der Metallarbeiter, die gestern im Kölliner Hof und im Konzerthaus Sanssouci tagten, in denen die englischen Metallarbeiter Kreize und Königs referirten wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung der Metallarbeiter erklärt den den englischen, im Kampf um den Achtstundentag ringenden Arbeitern ihre volle Sympathie. Die Versammlung beschließt, die Sammlungen, wöchentlich 50 Pf., fortzusetzen und als erste Rate 5000 Mark aus den öffentlichen Fonds an die englischen Kollegen abzuführen. Die Versammelten verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß die Metallarbeiter in der Lage sind, wöchentlich 1000 Mark nach England abzuführen.“

Sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Schussfabrik von Dichter u. Co., Königl. 80, haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Der Zugung ist fernzuhaltan. Die Agitationskommission.

Der Verband der Vergolder (Hiliale Berlin) lehnte, nachdem die Diskussion zwei Versammlungen ausgefüllt hatte, den Antrag auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ab. — Den englischen Maschinenbauern wurden 50 M. bewilligt.

Deutsches Reich.

An die Former Deutschlands! Kollegen! Bereits sind 14 Tage verlossen, seitdem der Streik der Former und Berufsgenossen Berlins beendet ist. Die 600 Anständigen sind bis auf 70, welche noch keine Arbeit bekommen haben, untergebracht. Wir ersuchen deshalb die Berufsgenossen, vorläufig den Bezug nach Berlin fernzuhaltan, bis auch die noch Arbeitslosen in Beschäftigung getreten sind. — Die Kommission. J. A.: L. Müller, Vertrauensmann der Former Berlins.

Achtung, Korbmacher! Wegen einer Lohnreduktion haben die Korbmacher der Firma Heuning Ahrens und Gebrüder Schräber in Hamburg, etwa 400 Mann, die Arbeit eingestellt. Es gab bisher für die edigen Kugellörbe 5 M. pro Stück. Nun wollten die Herren Arbeitgeber nur noch 4,50 M. bezahlen. Eine am 19. Oktober stattgehabte Versammlung beschloß, da die Situation eine äußerst günstige, den Streik. Zugung ist streng fernzuhaltan.

Achtung, Metallarbeiter! Die Aktiengesellschaft vormalis Stöner in Stettin sucht in einer Anzahl deutscher Zeitungen Schloffer und Dreher. Wir machen deshalb die Kollegen darauf aufmerksam, daß sämmtliche 600 Arbeiter sowohl der Fahrradabtheilung als der Nähmaschinenbranche infolge des Anstimmens einer Reduktion der Löhne um 80-70 pCt. sich im Aufstand befinden. Wir erwarten deshalb Fernhaltung jedweden Zuguges. Die Ortsverwaltung Stettin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Niedrige Kampfesweise zeichnet von jeder jene Elemente unter unseren Gegnern aus, die in ihrer geistigen Unfähigkeit sachlich den Kampf mit uns nicht aufzunehmen wagen. Zug und Trug sind noch die einzigen Grundzüge, die man regelmäßig bei Leuten dieses Genres finden kann; ehros in der Gesinnung, kommt es ihnen nicht darauf an, in der manständigsten, gefälligsten Weise Leute, die wegen ihres uneigennütigen Strebens bekannt und geachtet sind, in den Schmutz zu zerren. Neben der „Post“ ist es die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirthe, in dem diese Kampfesweise immer deutlicher hervortritt. In letzterem Organ finden wir folgende Notiz:

„Dem Schicksal der Arbeitergroßen. Es ist bekannt, daß die sozialistischen Vertreter des Proletariats, die Führer der „Genossen“, sich beim Gebrauch ihres Mundwerks nicht schlecht sehen. Die 10 000 Mark-Proletarier Liebknecht, Bebel, Herberich u. a. dürfen neben den Millionären Kronz und Singer mit dem Ertrage ihrer „Kette“ ganz gut auskommen. Auch die Führer zweiter Ordnung, wie die Abgeordneten und Journalisten schlagen sich mit etwas weniger recht und schlecht durch. Daß aber auch bei Leuten dritter und vierter Garnitur das Volksbeglückungsgewerbe seinen Mann nährt, geht aus einer Abrechnung hervor, in die ein Berichtserhalter hineingeschoben hat. Danach hat der Schneider Herr Johann Timm von dem Verband der Schneider und Schneiderinnen und Verwandter Berufsgenossen Deutschlands“ in einem Quartal für Agitation die Summe von 331,10 M. und als Verleger-Honorar einer Broschüre 250 M., gleich 581,10 M. erhalten. Frau Steinbach-Hamburg bekam für Agitation 313,05 M. und Trille-Kassel 328,29 M. Der Verbandsvorsitzende, Hr. Hübthaler-Fremburg erhält als Gehalt 468 M. und für Agitation 122 M., gleich 590 M. Alle diese Summen gelten nur für 1/4 Jahr bei einem Verbande. Wenn man nun bedenkt, daß z. B. Herr Timm noch von dem „Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verband“ wohl dieselbe Summe erhalten dürfte und den Ueberschuss aus seinem „Anzeigenblatt“ sowie die Einkünfte seiner Frau als Berichtserhalterin des „Vorwärts“ hinzurechnet, so kann man sein Einkommen pro Jahr wohl auf 4000 M. veranschlagen. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß die Herren Agitatoren fast ausnahmslos ihr erlerntes Gewerbe an den Nagel hängen und sich dem „Führen“ mit ganzem Herzen hingeben. Das bringt noch etwas ein!“

Die Unverschämtheit, in dieser Weise die Arbeiterorganisationen anzupöbeln, liegt vor allen Dingen darin, daß der Bund der Landwirthe selbst fortgesetzt eine große Anzahl von Agitatoren auf Reisen schickt, die gewiß über bedeutend höhere Einnahmen verfügen als unsere äußerst mäßig besoldeten Beamten der Gewerkchaft. Wir fragen einmal bescheiden an, ob Herr v. Bldg und Herr Fahn mit 8 M. Tagesdiäten und Fahret dritter Klasse, wie sie der Schneider Timm und andere bezogen haben, zufrieden wären, ganz zu schweigen von den sehr anständigen Gehältern, die der Bund der Landwirthe sonst noch seinen Agitatoren zahlt und die unsere Agitatoren mit der größten Zufriedenheit erfüllen würden, wenn sie nur über die Einnahmen verfügen könnten, die bei jenen Herren über 10 000 M. hinausgehen. Mittheilen wollen wir ihnen, daß Timm längere Zeit von seiner Organisation ein Gehalt von 20 M. pro Woche bezog und dafür neben anderen Aufgaben auch die Redaktion der erwähnten Zeitung zu besorgen hatte. Diese Einnahme reduzirte sich bei Agitationsreisen auf 10 M. Solche Einnahmen sind gewiß für niemand so verlockend, als daß er seinem Beruf in Hinblick auf solche Gewinne leichten Herzens valet sagt. Dazu gehört Begeisterung für eine gute Sache, in deren Dienst man seine Kräfte stellt — Dinge, die allerdings den Soldschreibern der „Deutschen Tageszeitung“ fremd sind.

Der Ausstand in den Schwabacher Gussstahlwerken ist gütlich beigelegt worden.

Ein Ministerbesuch. Ueber die wunderbare Geschichte eines Disziplinarverfahrens erhalten wir folgende Mittheilung: Bis zum 20. April 1896 bestand zwischen der Gemeinde Karteln am Kurischen Haff und der l. Forstverwaltung ein Vertrag, wonach die Gemeinde verpflichtet war, die Jagd auf das dort noch vorkommende Elchwild ruhen zu lassen. Dafür erhielt die Gemeinde eine hauptsächlich in Ausgaben bestehende Entschädigung. Eines schönen Tages beschlossen nun die stimmberechtigten Gemeinde-Angehörigen, den Vertrag nicht wieder zu erneuern, sondern die Jagd unter gewissen Bedingungen anderweitig zu verpachten. Interessant sind die schriftlich niedergelegten Motive des Beschlusses. Die Gemeinde habe immer gehofft, in den Haffdamme eingeschlossen zu werden und dadurch der großen Wassergefahr zu entgehen, der sie ausgesetzt sei. Sie habe geglaubt, der Fiskus würde ihr beistehen, und sie sei deshalb der Forstverwaltung in jeder Beziehung entgegengekommen. Man wäre aber in jener Hoffnung gründlich getäuscht worden, und zwar habe man nur deshalb nicht den Dammschuh erhalten, weil dem Fiskus der auf ihn fallende Beitrag zu hoch gewesen sei. Nach wie vor sei nun Karteln mit seinen mehr als 1000 Seelen dem Verberben preisgegeben. Im übrigen solle das Elchwild nicht geschädigt werden.

Auf diesen Beschluß hin erhielt der Ortsvorsteher Stolpen ein Schreiben des Landraths, worin ihm mitgetheilt wurde, daß ein Passus in dem Vertragsentwurf unzulässig sei. Nun theilte der Ortsvorsteher dem Landrath mit, daß die Jagd auf zwei Bisher verpachtet werden solle. Jetzt verbot der Landrath einfach dem Gemeindevorsteher, den beabsichtigten Jagdpachtvertrag abzuschließen. Das Projekt bezeichnete er als gemeinlich und anßerdem machte er Stolpen mit strenger Betonung auf die Nachteile aufmerksam, die die Gemeinde davon haben werde, wenn sie den Vertrag mit dem Fiskus nicht erneuere. Der Ortsvorsteher beschwerte sich darauf vergeblich beim Regierungspräsidenten. Nunmehr wies der Landrath ihn geradezu an, den Vertrag mit der königlichen Forstverwaltung abzuschließen. Der Landrath sah dann aber doch wohl das Ungesegliche einer solchen Verfügung ein; er zog sie nämlich abhald wieder zurück. Nun begab es sich, daß Seine Exzellenz der Herr Landwirtschaftsminister in der Nähe Kartelns weilte, und alle Welt freute sich. Karteln bereitete alles zu einem glänzenden Empfange vor. Nicht weniger als 72 deutsche Reichsfahrnen und Breitenfährlin brachten den Ort auf, und schmückte sich damit. Der Herr Minister sollte helfen in der Noth. Aber, o weh, Exzellenz hatten keine Zeit. Dem Ortsvorsteher wurde anheimgestellt, sich an einer bestimmten Stelle einzufinden, wo der Minister vorbeikommen werde. Und er kam und wurde dem Ortschulzen vorgeführt, der dem Geheiß der „höheren Stelle“ gefolgt war. Er unterhielt sich mit ihm besonders über das Elchwild, das geschützt werden müsse, und appellirte an seinen Patriotismus. Der ganz aufgelöste Gemeindevorsteher versprach darauf dem Minister in Gegenwart des Oberpräsidenten auf Handschlag, daß der Vertrag mit der Forstverwaltung neu abgeschlossen werden sollte. Als er aber ohne den Minister nach Karteln kam, schlug die Stimmung der Gemeindeglieder um. Der ganze Festzug sollte umsonst bewirkt sein? Da sollte doch — Und sie hätten einen moralischen Zwang auf den armen Dorfvater aus, daß er schleunigst mit den beiden Schöffen Dorfvater aus, daß er schleunigst mit den beiden Schöffen die Gemeindeglieder an drei Interessenten verpachtete. Die Folge war eine Disziplinar-Ordnungsstrafe für Stolpen, der den Willen seiner Gemeinde über den des Ministers gestellt hatte. Neunzig Mark sollte er zahlen. Seine Beschwerden wurden abgewiesen. Der Regierungspräsident führte in einer Zuschrift an den Oberpräsidenten aus, wenn Stolpen dem Minister erst sein Versprechen gebe und es dann nicht halte, so sei das geradezu eine Beleidigung eines Vertreters seiner Majestät. In ganz charakterloser Weise habe er sofort einem Drucke der Gemeindeglieder nachgegeben. Wer einem solch hohen Beamten sein Wort nicht halte, der habe das in seine Amtsführung als Gemeindevorsteher gefaßte Vertrauen so tief verletzt, daß er eigentlich seines Amtes entsetzt werden müsse. Stolpen klagte nun beim Ober-Verwaltungsgericht gegen den Oberpräsidenten, der in zweiter Instanz entschieden hatte. Er berief sich darauf, daß er in seiner Befangenheit verfahren habe, dem Minister zu sagen, die Kartelener hätten ihre Zustimmung davon abhängig gemacht, daß sie der Minister besuche. Die Strafe erklärte er für zu hoch. Er möchte seine Kuh verkaufen, und die brauche er sehr nothwendig. Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts wies aber seine Klage kostenpflichtig zurück.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 20. Oktbr. (B. Z. B.) Abgeordnetenshaus. Abg. Herold führte im Laufe seiner Redner weiter aus: Die Deutschen wollten nicht anerkennen, daß alle österreichischen Völker freie gleichwertige Völker sind. Ihre Ostruktion, schloß Redner zur Linken gewandt, wird nicht liegen. Sollte sie aber jetzt auch durchdringen, so bleibt jedenfalls das böhmische Volk aufrecht und wird Ihren Sieg überleben.

Nach weiteren namentlichen Abstimmungen wird die Verhandlung über die Ministeranklagen fortgesetzt. Der Italiener Raffati beantragte, zur Tagesordnung überzugehen, indem das Haus in dem Gesetze vom 2. Juni 1897 keine die Erhebung einer Anklage rechtfertigende Gesetzesverletzung erblickt, jedoch die Regierung aufzofordere, das Vereins- und Versammlungsgesetz in der freiesten Weise zu handhaben. Nach abermaligen namentlichen Abstimmungen schloß Sylvester aus, der Erlaß verstoße gegen mehrere Gesetze. Die Deutsch-Böhmen würden im Kampfe nicht eher zurückweichen, als bis die Sprachenverordnungen zurückgezogen seien.

Ein Antrag Vergelt, die Sitzung zu schließen, wurde abgelehnt. Mantzner betonte, die Regierung werde mit dertartigen Erlassen die Bewegung der deutschen Bevölkerung nicht bewässern, er hoffe, daß in dieser Frage endlich die Solidarität der Deutschen in Oesterreich zum Ausdruck kommen werde. Der Antrag Herold wurde schließlich mit 161 gegen 141 Stimmen angenommen.

Budapest, 20. Oktober. (B. Z. B.) Oberhaus. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die gerichtliche Verfolgung des katholischen Bischofs Grafen Gustav Rostath mit allen gegen 12 Stimmen genehmigt.

London, 20. Oktober. (B. Z.) Wie aus Simla gemeldet wird, wurden bei dem gestrigen Zusammenstoß zwischen den Engländern und Eingeborenen auf Seiten der ersteren ein Offizier und 11 Soldaten getödtet, sowie 58 verwundet. Die Gegner hatten große Verluste.

Madrid, 20. Oktober. (B. Z.) Im Laufe dieses Monats sollen 5000 und im November 15 000 Mann nach Cuba abgehen.

Petersburg, 20. Oktober. (B. Z. B.) Der „Regierungsbote“ giebt den Abfaß eines Uebereinkommens betreffend den telegraphischen Verkehr zwischen den Niederlanden und Ausland bekannt.

Belgrad, 20. Oktober. (B. Z.) Die Neubildung des Kabinetts ist andauernd mit Schwierigkeiten verknüpft. Der König konferirte vormittags mit politischen Persönlichkeiten. Wie jetzt verlautet, soll ein liberales Ministerium durch General Belmarovic als Minister des Innern und Petrovic als Minister der Finanzen geschaffan werden. Heute Abend wird der vom König hierber berufene Dr. Georgevic aus Karlsbad in Belgrad eintreffen. Wie es heißt, hängt seine Hiertunft mit der Kabinettskrise zusammen.

Konstantinopel, 20. Oktober. (B. Z.) Nachdem gestern Abend ein außerordentlicher Ministerrath stattgefunden hat, konnte heute bereits die Konferenz für die Friedensverhandlungen zusammenzutreten.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer.

„Herr Siemens“ — der Londoner Siemens — war bis vor wenigen Wochen der Liebling und Stolz des englischen Proh-Unternehmertums. Er hatte sich ihnen im Kampf gegen die Vereinigten Maschinenbauer als Führer aufgedrängt, und sie hatten sich ihm auch gefallen lassen. Der Engländer hat, trotz seines scharf ausgeprägten Nationalgefühls mit dem stammverwandten Deutschen das gemeinsame, daß er für Fremde und Fremden eine große Bewunderung hat. Und die Sicherheit, mit welcher der „Herr“ ihnen vortrat, wie man in Deutschland mit den Arbeitern fertig werde, imponierte den englischen Unternehmern — ein Eindruck, der durch die Reserveoffiziers-„Manieren“ noch verstärkt ward. Nur ein Punkt erregte ein klein wenig Mißtrauen: auch in Berlin giebt es eine Firma Siemens (und Halske); wie, wenn das Londoner Geschäft nur ein Zweig des Berliner Geschäfts wäre, und — der Londoner Siemens schließlich nur die Geschäfte der deutschen Industrie besorgte? Der Argwohn wuchs, aus dem Wöllchen wurde eine Wolke. Doch der schneidige Reserveoffizier ließ sich nicht verblüffen — ihn stellte er sich vor die Front und bethenerte: „Das Londoner Geschäft hat mit dem Berliner Geschäft gar nichts gemein!“

Das reichte aus — das Mißtrauen legte sich, der preussische Reserveoffizier war hierfür unbestrittener Generalissimus im Feldzug des englischen Proh-Unternehmertums gegen die rebellischen Arbeiter. Und wie der Mensch mit seinem Zwecken wächst, so erweiterte sich auch der Horizont des preussischen Reserveoffiziers und englischen Generalissimus, und läßt schlendern er, sich plötzlich in die Rolle des alten Cato versenkend, sein wichtiges Nachwort den englischen Arbeitern zu: Ceterum censeo — die Gewerkschaften müssen jerschweitert werden! Der Achtsundentag kommt erst in zweiter Linie!

Das Wort flog hinaus in die Welt. Jedoch die erwartete Wirkung trat nicht ein. Die englischen Arbeiter, statt wie Espenlaub zu zittern, antworteten mit einem Schrei des Bors und im Nu war die ganze Kiesenarmee der englischen Trades-Unions in Kriegsbereitschaft für die Sache der Maschinenbauer, welche die Sache der gesamten Gewerkschaftswelt geworden war. Und im englischen Proh-Unternehmertum flammte keine Begeisterung auf — im Gegenteil; es erhoben sich Bedenken. Ein englischer Arbeitgeber ist zwar Bourgeois vom Scheitel bis zur Sohle, aber er ist doch ein gefitteter Mensch, der in seinen arbeitenden Mitmenschen den gleichberechtigten Staatsbürger anerkennt; und daß die Gewerkschaften berechtigte Kampforganisationen der Arbeiter sind, so unbedenklich sie mitunter sein mögen — das ist auch dem verblüfftesten, hochmütigsten und borniertesten englischen Arbeitgeber in Fleisch und Blut übergegangen.

So klang der Schlußruf des preussischen Reserveoffiziers denn doch gar zu „unenglisch“. Und als vor einigen Tagen der preussische Reserveoffizier und englische Generalissimus zu dem Familienfeste derer von Siemens nach Berlin eilte und dort — wohl begeistert durch die Erinnerung an einstige Familien-Zugendschwärmerei für Lassalle und die jetzt so verhasste Sozialdemokratie — in Ekstase gerieth und zu einer überschwänglichen Rede sich fortreiben ließ, in der er das Gebächnis für seine Taten in England ganz verlor und, berauscht vom Erfolge der Firma, in einem Moment seliger Selbstvergessenheit andrieht: „Das Londoner Geschäft ist ein Zweig des Berliner Geschäfts“ — was der Telegraph natürlich brüßlich nach England hinüberblitzte — da kam mit Elementargewalt der Rückschlag.

„Was! Oestern gab er sein Ehrenwort, daß das Londoner und das Berliner Geschäft nichts mit einander gemein hätten! Und heute sagt er: das Londoner Haus ist ein Zweig des Berliner Hauses! Das ist ja — unenglisch und ungentlemanlike.“ Und die Gewerkschaften sollen jerschweitert werden? Sind wir denn in — Deutschland? Ist England ein Auhängsel des preussischen Kasernen- und Polizeistaats geworden?“

So schwirrt es durch die Luft — in Gedanken und in Worten und eins der vornehmsten Wochenblätter Englands, die „Saturday Review“ — konservativ und den Trades-Unions nichts weniger als grün, schreibt in ihrer letzten Nummer:

„Einige Leute in England haben unsere Arbeiter getadelt, daß sie von deutschen Arbeitern Hilfe annehmen. Was sollen wir aber von englischen Unternehmern sagen, die sich in einen die ganze englische Maschinenindustrie dem Ruin zuführenden Konflikt durch das Londoner Zweiggeschäft einer Berliner Firma hineinziehen lassen?“

„Ist dieser Streik in Deutschland gemacht“ — made in Germany — um die deutsche Maschinenindustrie in die Höhe zu bringen?“

So die „Saturday Review“. Dieser Verdacht des made in Germany, das sonst reaktionären Anschauungen dient, nützt jetzt den englischen Maschinenarbeitern mehr, als eine Million in Geld ihnen nützen würde. Und das haben die englischen Arbeiter einem deutschen Reserveoffizier zu danken.

So hat ein Reserveoffizier auch einmal etwas gutes getan.

In den letzten Tagen haben wiederum eine Anzahl Firmen Andigungen an ihre Arbeiter ergehen lassen. Im Bureau der Streikenden laufen jetzt bedeutende Summen Geldes ein; am Montag gingen insgesamt 1200 Pf. ein, darunter 491 Pf. von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und eine weitere Rate vom Deutschen Metallarbeiter-Verbande. Außerdem werden den Maschinenbauern zinsfreie Darlehen von beträchtlicher Höhe angeboten. Davon wird man erst später eventuell Gebrauch machen.

Auch die amerikanischen Gewerkschaften wollen Sammlungen eröffnen.

Internationale Solidarität. G. U. Barnes, der Generalsekretär der Vereinigten Maschinenbauer Englands, bittet uns, im „Vorwärts“ den deutschen Arbeitern von Herzen zu danken für die Unterstützung, die sie den englischen Maschinenbauern angedeihen lassen. Wir thun alles, so schreibt er weiter, um die Intrigue des Unternehmertums zu zerbrechen und den Achtsundentag zu erobern. Der Kampf hat schon viel dazu beigetragen, die Arbeiter Englands und des Festlandes

einander näher zu bringen. Und ich weiß, daß freut Sie ebenso wie Ihnen Sie kameradschaftlich grüßenden George U. Barnes.“

Ueber die Parteiversammlungen,

die am Dienstag Abend in den Berliner Reichstags-Wahlkreisen abgehalten wurden, liegen uns folgende Berichte vor:

Die Parteiversammlung für die Genossen im ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte in den Arminalhallen, Kommandantenstr. 20. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte der Vorsitzende den davon tief ergriffenen Genossen und Genossinnen das plötzliche Dahinscheiden des Genossen Grillenberger mit. Nachdem ihm Läterow einen kurzen Nachruf gewidmet, ehrten die Versammelten das Andenken des Entschlafenen durch Erheben von den Plätzen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Genosse Bohm in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann den Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht während seiner Amtsdauer. Zu tiefgehender agitatorischer Tätigkeit habe sich keine Gelegenheit geboten; daß auch nur sechs Versammlungen stattgefunden, habe seinen Grund in der schwierigen Lösung der Lokalfrage — nur ein Lokal (siehe den Genossen des ersten Kreises zur Verfügung, und zwar nur Sonntags; Polizeistunde und der wohlbedachte Wunsch der Genossen, die Sommerferien im Freien außerhalb Berlins zu verbringen, seien daher als nicht ohne Einfluß auf das Versammlungswesen zu erachten. Anerkennend sei der regen Unterstützung der Genossen bei der wiederholten Flugblattverteilung zu danken; eine ebenso eifrige Mitarbeit und Unterstützung des neu zu wählenden Vertrauensmannes sei nur zu wünschen. Die Massenverhältnisse stellen sich folgendermaßen: Zu einem vorhandenen Bestand von 159,73 M. kamen 178,52 M. aus Teilerfassungen, 450,30 M. für verkaufte Bont, 161,35 M. aus Listen gesammelt, 66,30 M. allgemeine Einnahmen und 131,75 Markt Ueberschuß vom Markt hinzu. Veranschlagt wurden 550 M. für Agitation, 150 M. für die Ständeburger Konferenz, 147,45 M. für Agitation am Orte und 109,70 M. allgemeine Ausgaben. Bilanz: Einnahmen 1167,95 M., Ausgaben 987,15 M., Bestand 210,80 M. Auf Antrag der Revisoren erfolgte einstimmige Entlassung des Vertrauensmannes. Genosse Kettel berichtete in seiner Eigenschaft als Lokalkommissions-Mitglied. Hierbei nahm er Veranlassung, die wenig genügende Beachtung der Lokalliste scharf zu tadeln. 30 000 Lokallisten seien ausgegeben, um möglichst jedem Arbeiter die Beachtung der Lokale leicht zu machen, doch ein Erfolg, wie er gewünscht, sei nicht zu verzeichnen. In Zukunft müsse viel strengere Beachtung der Lokalliste erfolgen; denjenigen Arbeitern, denen Karten zu Verfügungen angeboten würden, sei nicht ernst genug anzu-rathen, sich zu versichern, ob das Vergnügen auch in seinem gesparten Lokale statfinde. Die Agitation in der Lokalfrage habe ebenfalls ihren Finanzpunkt; zu einem Bestand vom Jahre 1896 von 15,31 M. kämen 90 M. Einnahmen hinzu, diesen standen 64,80 M. Ausgaben gegenüber, so daß gegenwärtig 40,31 M. Kasseebestand vorhanden sind. Nachdem Genosse Mitz teilnahm, daß die Porzellanmaler heute trotz der sechs stattfindenden Parteiversammlungen für sich eine Versammlung arrangiert hätten, erstattete Timm Bericht über die Tätigkeit der Prekmission. Daß die Agitation für größere Verbreitung des „Vorwärts“ nicht den erwünschten Erfolg gezeitigt habe, erkläre sich aus dem noch herrschenden Indifferentismus eines großen Teiles der Arbeiterschaft, die noch nicht so leicht von dem Niveau des „Lokal-Angeigers“ empor zu heben seien. Bedauerlich sei die Genossin, zu geringfügigen Ursachen und Angelegenheiten Kleinlicher Natur in Versammlungen Stellung zu nehmen, anstatt solche vor die richtige Instanz, die Prekmission zu bringen. Pflicht der Genossen sei es, für möglichste Ausbreitung des „Vorwärts“ Sorge zu tragen, die größte Gewohnheit zeitige dagegen das Gegenbild. Das Verhältnis der Prekmission zu den „Vorwärts“-Angestellten sei ein bedrückendes zu nennen; in allen Fällen, wo berechtigte Kritik geübt worden, sei Abänderung der kritisierten Punkte erfolgt. Nachdem Genosse Läterow den Genossen dringend angerathen hatte, bei künftigen Fälln und Beschwerden den selbstgeschaffenen Instanzen weg zu beschreiten, erfolgte Neuwahl für Belegung sämtlicher Posten; es wurden Bohm und Stabernack als Vertrauenspersonen, Timm und Woldt als Prekmission, Kettel und Zeigentreff als Lokalkommission, Sommer, Rädebusch und Gustav Seiler als Revisoren einstimmig gewählt. Genosse Krudt berichtete nunmehr über die fünf ersten Verhandlungspunkte vom Hamburger Parteitag. Er unterbreitete der Versammlung die zu diesen Punkten gefassten Beschlüsse, seine Zustimmung zu den einzelnen Fragen und erachtete die Annahme des Antrages, welcher der Prekmission erweiterte Rechte zuspricht, als besonders zufriedenstellend für seine Mandatsgeber. Den Bericht über die weiteren Parteitag-Verhandlungspunkte gab Genosse Seiler; auch er unterbreitete der Versammlung die zu diesen Punkten gefassten Beschlüsse mit der entsprechenden Begründung und seine persönliche Stellung zu denselben. Er erklärte, daß seine Stellung zur Frage über die Zeit der Tagung des Parteitages sowohl im Bericht des „Vorwärts“ wie im Protokoll nicht richtig wiedergegeben sei; er habe nicht für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr gesprochen, sondern erklärt, daß man die Wohl des geeigneten Zeitpunktes der Parteitagung überlassen solle. In der Diskussion erklärte Timm, der diesjährige Parteitag habe im ganzen auf der Höhe einer noch neuen Zielen strebenden Partei gestanden. Einen herzerfreuenden Eindruck machten die kräftigen Debatten bezüglich der Landtagswahlen. Daß die Verhandlungen der ersten Tage sich vielfach in Kleinigkeiten verloren hätten, läge ja zum Teil an den zu behandelnden geschäftlichen Fragen der Partei. Er habe das Empfinden, daß die Kritik des Genossen Hoffmann über die Buchhandlung Vorwärts und dessen Leiter nicht ganz frei von Geschäftsneid gewesen sei. In den letzten Tagen sind es Kolporteurs von Hoffmann, die für ihn und gegen die Buchhandlung Vorwärts Stellung nehmen; daß solche Verhalte dann geübt in der gegnerischen Presse ausgeblendet würden, dafür Sorge schon der Renegat Hoage. Daß derartige protegiert wird, mache einen schlechten Eindruck. Unsere Buchhandlung könne deshalb nicht so günstig arbeiten, wie gewerkschaftliche Unternehmungen, weil die Beschäftigten bei tarifmäßigen Löhnen angelernt werden, viel bieten und sich nicht zu teuer stellen sollen, und schließlich sollen unsere Parteieinrichtungen doch auch Gelder für die Agitation liefern. Es frage sich daher, ob nicht solche Fragen, wie sie auf dem Parteitag und in Parteiversammlungen behandelt werden, nicht vor andere Instanzen gehdrten, die instände seien, dieselben sachgemäß zu erledigen. Wenn die Kolporteurs Genossen sein wollen, müssen sie wissen, wohin sie sich mit Beschwerden zu wenden haben. Auch die Polenfrage habe gerade nicht angenehm berührt. Ein Stück polnischer Partikularismus sei dabei zum Vorschein gekommen; wenn diesem Geisich und Pannlach entgegengetreten seien, so sei das nur zu billigen. In der Kanonenfrage habe unsere Fraktion vollkommen korrekt gehandelt, nur die diplomatische Auffassung einiger Genossen über Militärbewaffnung habe befremdet. Es müsse aber doch gesagt werden, ohne in die Politik der Phrasen zu verfallen, daß wir vorläufig mit unseren zerrütteten inneren politischen Verhältnissen genug zu thun hätten und uns über Militärbewaffnung nicht die Köpfe der Diplomaten zu zerbrechen haben. Die Debatte über die Landtagswahlen hätte ein allgemein befriedigendes Ergebnis gezeitigt; es sei nun aber auch nötig, die darüber gefassten Beschlüsse auch von den Genossen, die nicht vollständig darüber befriedigt sind, zur Ausführung kommen zu lassen.

Deutungen, wie sie von der „Rheinischen Zeitung“ und „Vielseher Volkswacht“ schon jetzt versucht werden, wirken in der Ausföhrung nur störend und eröffnen einer Taktik den Weg, wie sie bei der sächsischen Landtagswahl vom Genossen Schoenlant so unglücklich eingeleitet wurde, einer Taktik, die nur zur Zersplitterung führe. Stabernack erklärte, daß seine Ansichten sich zum größten Teil mit denen Timm's decken. Bezüglich der Landtagswahl-Beteiligungsfrage jedoch sei er entgegengelegter Meinung, von welcher ihn auch die Debatte auf dem Parteitag nicht abbringen vermochte; nur der eventuelle praktische Erfolg könne ihn eines besseren belehren. Die jüngste Stellung der Hamburger Genossen zur Parteitagfrage seiner Ansicht nach im Widerspruch mit dem Verhalten derselben bei der Hafenfahrt. Im allgemeinen lägen keine Gründe zur Veränderung unserer Taktik bezüglich der Parteitagfrage vor. Genosse Kruse erklärte sich ebenfalls in ausführlichen Darlegungen als Gegner der Beteiligung an den Landtagswahlen. Zuerst eine Stellungnahme in der Zollpolitikfrage erfordere äußerster Voricht und fraglich sei es, ob auf dem nächsten Parteitage, wozu diese Frage gewiesen, nicht dringendere Punkte ihre Erledigung finden müßten. Läterow vertritt die Ansicht, daß der Parteitagbeschlusse in der Landtagswahlfrage ein endgiltiger noch nicht sein könne; erst nach gemachten Erfahrungen ließen sich weitere Beschlüsse fassen, aber überall, wo unsererseits ein Einfluß auf die entscheidenden Körperschaften ausgeübt werden könne, müsse es geschehen; gefehlt war es, daß wir uns bislang der Wahlbeteiligung enthielten. Genosse Stabernack bemerkte zu den Ausführungen Kruse's, daß darin eine Inkonsistenz liege, daß er einerseits erklärt, sich den Parteitagbeschlüssen als Demokrat zu fügen, in demselben Atemzuge aber die gefassten Beschlüsse als schlechte Beschlüsse kennzeichne und dadurch den Genossen die Beteiligung an den Landtagswahlen verleide. Die Beschlüsse seien gefaßt und bindend, es gelte, sie zur vollen Ausführung zu bringen, und die Berliner Genossen hätten die Aufgabe, mit gutem Beispiel voran zu gehen. Genosse Mitz meint, die einmal mit Ueberlegung und nach gründlicher Aussprache gefassten Beschlüsse müsse man anerkennen. Nachdem Kruse und Stabernack erklärten, aus ihrem entgegengelegten Standpunkt bestreß der Landtagswahl-Beteiligung verharren zu müssen, sich aber den Parteitagbeschlüssen fügen zu wollen, gab Bohm zum Schluß bekannt, daß am 26. Oktober eine Versammlung für den dritten Kommunal-Wahlbezirk in der Krausenstr. 10 stattfinde und daß am Sonntag früh Flugblätter verteilt werden; die Genossen und Genossinnen, die sich daran beteiligen wollen, mögen sich früh 7 1/2 Uhr Krausenstr. 18 und Mohrenstr. 41 einfinden.

Die Versammlung im zweiten Wahlkreis tagte in der Berliner Vordrucker unter dem Vorsth von Kettel. Der Vorsitzende widmete zunächst dem vor wenigen Stunden verstorbenen Genossen Grillenberger einen warmen Nachruf, und die Versammlung erhob sich zu seinen Ehren von den Sitzen. Daraus erstattete der Vertrauensmann Schlichting den Bericht für das abgelaufene Jahr. Es haben 10 Parteiversammlungen und Sonntags 29 Agitationsversammlungen stattgefunden. Flugblätter wurden viermal verbreitet. Das Resultat der Sammlungen für Parteizwecke könne nicht als glänzend bezeichnet werden, doch habe der Hamburger Hafenarbeiterstreik große Summen gelöst. Die Gesamtsumme betrug 8256 M., die Gesamtanzahl 8188 M. Es wird darauf dem abtretenden Vertrauensmann Entlastung erteilt und für das neue Jahr zum geschäftsführenden Vertrauensmann Hermann Werner und zum Stellvertreter Glas-bagen gewählt. — Den Bericht der Prekmission giebt Knäuper. Im abgelaufenen Jahre habe namentlich eine größere Agitation zur Verbreitung des „Vorwärts“ stattgefunden. Uis beschwert sich darüber, daß der bekannte Fall des Hausdieners bei Jacques Naphaelt, der — weil er einen Kognak getrunken hat — wegen Verleitung zum Diebstahl bestraft worden ist, im „Vorwärts“ nicht berücksichtigt worden sei. Einer der Redakteure habe zudem die Abgesandten der Hombelshilfsarbeiter, die sich auf der Redaktion beschwerten, unbillig behandelt. Knäuper meint, die betreffenden Abgesandten hätten sich auch nicht allzu höflich ausgebrüht und hätten deswegen keine Veranlassung gehabt, aus der Sitzung fortzugehen. — Für die Lokalkommission referiert Lachmann. Die Lokalliste sei in vielen tausend Exemplaren verbreitet worden; trotzdem gebe es aber noch immer Arbeitervereine, die ihre Vergünstigungen in gesparten Lokalen abhalten haben. Knäuper weist darauf hin, daß die freigegebenen Lokale häufig nicht den berechtigten Ansprüchen genügen. Die für den persönlichen Verkehr freigegebenen Lokale müßten in Zukunft auch für Zusammenkünfte freigegeben werden. Lachmann erwidert, dann wäre eine Lokalliste überhaupt überflüssig. Gewählt werden in die Prekmission Ewald und Barisch, in die Lokalkommission Wältenhagen und Lachmann.

Von den Delegierten zum Hamburger Parteitag referiert zuerst Knäuper. Er geht die einzelnen in Hamburg behandelten Punkte durch. Spezieller verweist er auf den Beschluß, daß in Zukunft die Wahlkreise 10 v. H. ihrer Einnahmen mindestens abzuföhren haben und auf die im Einvernehmen mit den Berliner Delegierten erfolgte Abänderung des Antrages die Prekmission betreffend. Die Ausführungen Schippel's zum Militarismus seien sehr ungeschickt gewesen und der Redner vermochte dessen Ansichten nicht zu theilen. Nach näherem Eingehen auf die Verhandlungen bezüglich der Reichstagswahlen verweist der Redner noch auf die Triumpfhahrt durch den Hamburger Hafen. Die nächsten Reichstagswahlen werden in Hamburg die Aunittung über die Niederwerfung der Arbeiter im Hafenarbeiter-Streit liefern. — Werner berichtet über die Punkte Parteitag, Organisation, Anträge zum Programm und die preussischen Landtagswahlen. Der Kölner Beschluß sei bei der Stimmung des Parteitages nicht zu halten gewesen. Es müsse jedoch sagen, daß für die Durchführung des Kölner Beschlusses nicht genügend gesehen sei, auch von den Führern nicht. Gätte man eine stärkere Bewegung gegen das Dreiklassen-Wahlssystem in Fluß gebracht, dann wären vielleicht auch Erfolge erzielt worden. Nachdem nun jedoch der Kölner Beschluß gefallen und die Wahlbeteiligung mit dreiviertel Majorität beschlossen worden sei, müsse dieser Beschluß natürlich auch ausgeführt werden. Immerhin haben ja die Wahlbeteiligungsgegner wenigstens erreicht, daß keine Kompromisse geschlossen werden dürfen.

In der Diskussion bemängelt Berger, daß in Hamburg prinzipielle Fragen mehrfach nur als taktische behandelt worden seien. Speziell wendet er sich gegen die Schippel'schen Rednerungen. Einer der Abgeordneten habe gefragt, ob man denn die Soldaten mit Spazierhüten bewaffnen solle; am besten wäre es, wenn man sie mit Lederwästen anströfle. Was die preussischen Wahlen betreffe, so brauche sich der zweite Wahlkreis keineswegs zu beteiligen, da ja die Beteiligung den einzelnen Kreisen anbelangt sei. — Caro hält die Beteiligung ebenfalls nicht für nötig. — Lange meint, den einmal gefassten Beschlüssen müßten sich auch die Wahlbeteiligungsgegner fügen. Den Ansichten Schippel's hätte von den alten in föhrender Stelle stehenden Genossen schärfer entgegengetreten werden müssen. Bei solchen Rednerungen begreife man den Vorwurf, daß die Partei kleinbürgerlich werde. Man wisse doch, wozu die Aunee in erster Linie da sei; sie sei nicht umsonst so oft an den „ärmeren Feind“ erinnert worden. — Zudeil erklärt, den Ausführungen Schippel's sei genügend scharf entgegengetreten worden. Ob sich der Wahlkreis an den preussischen Landtagswahlen beteiligen solle, das werde entschieden werden, wenn die Wahlen bevorstehen. Jedensfalls sei es gelungen, der Resolution Webel die Zähne anzubrechen. Nach eventuellen Wahlen werden die Anhänger der Beteiligung sehr enttäuscht sein und von den Beteiligungsgegnern werde es heißen: Wer zuerst lacht, lacht am besten. Im übrigen sei in Hamburg sehr objektiv verhandelt und alle persönlichen Reibereien seien vermieden worden.

Webel geht auf den Vorwurf ein, daß nicht genug zur Durch-

führung des Kölner Beschlusses geschehen sei. Das treffe nicht zu; er selbst habe eine Broschüre über die Wahlfrage geschrieben. Eine größere Bewegung sei nicht zu Stande gekommen, weil die äußeren Verhältnisse nicht günstig waren. Wenn gesagt worden sei, die angenommene Resolution stelle die Wahlteilnahme in das freie Ermessen der Wahlkreise, so sei das ein großes Missverständnis. Die Resolution schreibe klar vor: „Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen.“ Wenn es aber überhaupt eine Stadt in Preußen gebe, wo die Verhältnisse eine Beteiligung erlauben, so sei es Berlin. Er bestreite, daß man seiner Resolution mit dem Anhang, wonach Kompromisse und Bindnisse nicht abgeschlossen werden dürfen, die Zähne ausgebrochen habe; im Gegenteil, man habe ihr damit fälschlich eingefügt. Wenn wir diesen Anhang für unser Verhalten maßgebend sein lassen, dann erreichen wir damit etwas, was niemand gewollt hat, wir verbessern dann die Reaktion in einer großen Zahl von Wahlkreisen zum Siege. — Was den Fall Schippel anbetrifft, so sei jene Keusierung entschieden eine große Ungeschicklichkeit. Wenn jemand versuchen sollte, diese Ansicht zum Parteistandpunkt zu machen, so würde man in dem Redner den heftigsten Gegner finden. Aber es handele sich nur um eine gelegentliche Keusierung, wegen der es nicht angebracht gewesen sei, in einer Resolution einen besonderen Tadel auszusprechen. Ihre bisherige Stellung zur Militärfrage dürfe die Partei nicht aufgeben. Die Armee ist das wichtigste Werkzeug und die ultima ratio der Bourgeoisie und des Klassenstaats. Namentlich in den letzten zehn Jahren habe man viel mehr davon gehört, daß man die Armee gegen den „inneren Feind“ gebrauchen werde, als gegen Russen oder Franzosen. Es wäre Wahnsinn, angesichts solcher Bestrebungen das Werkzeug zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verbessern zu wollen. Der Redner selbst sei vor einigen Jahren für die Beschaffung dunkler, unauffälliger Uniformen eingetreten; dies sei jedoch mit der Forderung besserer Bewaffnung nicht zu vergleichen. Wenn man in der Armee all das Blanke und Glänzende beseitige, dann werden dadurch die Steuerzahler jährlich Millionen erspart. Ferner werde dadurch die Soldaten viele Arbeit erspart, und im Kriege schont man Menschenleben, weil die Soldaten dann dem Feinde nicht so deutlich erkennbar sind. Auch trage eine Vereinfachung der Uniformen zur Verbürgerlichung der Armee bei. Wenn man hinsichtlich der militärischen Forderungen einmal den Weg der Bewilligung betreten habe, dann sei gar kein Ende abzusehen. Ein geschickter Gegner werde fragen, wenn bessere Bewaffnung, warum nicht auch stärkere Befestigungen, warum nicht auch eine größere Marine? Speziell die letztere abzulehnen hätten wir dann um so weniger Grund, als man die Marine nicht so leicht gegen den „inneren Feind“ verwenden könne. Auch gegen unseren Programmpunkt „allgemeine Volksbewaffnung“, der heute berechtigter sei wie je, würden wir durch Zustimmung zu besserer Armeebewaffnung verstoßen. In der Fraktion habe denn auch niemand die Frage aufgeworfen, ob man die betreffende Forderung nicht lieber bewilligen solle. Und im Plenum hat die ganze Fraktion gegen die Forderung gestimmt. Die „Sächsischen Arbeiterzeitung“, die neuerdings den Mentor in der Partei zu spielen beliebt, fragt, ob nicht bezüglich neuer Gewehre Versprechungen gegeben worden seien. Davon ist dem Redner absolut nichts bekannt. Nach seiner Ansicht müsse die Fraktion auch ferner in der bisherigen Richtung weiter arbeiten; dann werde sie den Zweck erfüllen, zu dem sie in den Reichstag gewählt sei.

Richard Fischer: Aus den Ausführungen Bebel's ohne der Schluss gezogen werden, als hätte Schippel der Fraktion die Aufgabe zugewiesen, für neue Armeebewaffnung einzutreten. Das beruhe auf einem Missverständnis der betr. Ausführungen. Schippel habe ausgesagt, wir befänden uns in einer Zwischstufe. Wir haben die Soldaten nicht bewilligt, aber sie seien einmal da. Für die Abschaffung der stehenden Heere und ähnliche Anträge sei keine Mehrheit vorhanden. Sollten wir nun, weil die bürgerlichen Parteien uns in dieser Beziehung nicht unsern Willen thun, die deutschen Arbeiter, gleichsam zur Strafe, vor die Gefahr stellen, daß sie mit ihrem Blut den Unverstand der Gegner einmal zu büssen haben? Das wäre widersinnig und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gehandelt. Den Kampf gegen den Militarismus führen wir bei anderen Gelegenheiten besser. Und an einer andern Stelle des Protokolls heißt es: „Ich habe nicht die Absicht gehabt, hier irgend welche Stimmung für künftige Bewilligungen zu machen.“ Man dürfe in diese Schippel'schen Worte nicht einen Sinn hineinlegen, gegen den er sich ausdrücklich verwahrt. Allerdings seien diese Gedanken den Genossen neu und sie könnten sich nicht gleich in diese Auffassung hineindenken. Auch könne man zugeben, daß die Schippel'schen Worte nicht allzu geschickt gewählt waren; aber sie enthalten nichts, wogegen die Partei Stellung nehmen müsse.

Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Knäuper wird sodann die folgende Resolution angenommen: „Die heute versammelten Parteigenossen und Genossinnen erklären sich mit dem Verhalten und den Abstimmungen der beiden Delegierten Berner und Knäuper auf dem Hamburger Parteitag voll und ganz einverstanden.“

Die Parteigenossen des dritten Berliner Reichstagswahlkreises waren sehr zahlreich bei Brodnow, Sebastianstr. 89, versammelt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das pflichtliche Ableben des Genossen Grillenberger bekannt gegeben und dessen Wirken für die Sozialdemokratie von der Versammlung durch Erheben von den Plätzen geehrt. Aus dem Bericht des Vertrauensmannes, Genossen Friß, war zu entnehmen, daß im letzten Jahre sechs Volksversammlungen und zwei Parteiversammlungen stattgefunden haben. Die Einnahmen betragen inkl. des Bestandes vom 28. Oktober vor. J. insgesamt 5844,42 M., die Ausgaben 5419,09 M. Mit hin verbleibt ein Bestand von 424,73 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und auf Antrag derselben dem Vertrauensmann die Decharge erteilt. Zustimmung wurde sodann der Genosse Friß als Vertrauensmann wiedergewählt. Den Bericht über die Tätigkeit der Lokalkommission erstatteten die Genossen Hinz und Mahle, die zur strengen Beachtung der Lokalliste aufzuforderten und wobei kritisiert wurde, daß die Gewerkschaft der Lackierer und die der Bureau-Angestellten in Lokalen ihre Vergünstigungen abbauten, die nicht auf der Lokalliste verzeichnet sind und der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen. Als Vertreter in die Lokalkommission wurden die Genossen Hinz und Mahle einstimmig wiedergewählt. Nach dem Bericht des Genossen Hoch über die Tätigkeit der Preßkommission wurden eine Reihe von Beschwerden gegenüber den Parteigenossen vorgebracht. Zunächst beschwerte sich der Genosse Klein darüber, daß die Aufnahme eines Berichts über eine Gerichtsverhandlung, in der es sich um die Firma Raphaeli kontra einen seiner Kollegen von der Gewerkschaft der Hausdiener handelte, von dem Lokalredakteur verweigert wurde. Im weiteren führte der Redner an, daß die Angelegenheit Raphaeli später in einer Gewerkschaftsversammlung besprochen wurde in der Voraussetzung, daß auf diese Weise das Vorgehen der genannten Firma gekennzeichnet würde. Dies sei aber ebenfalls nicht geschehen, sondern es sei, wie der Redner behauptet, ein vollständig entstellter Bericht über die betreffende Versammlung im „Vorwärts“ erschienen. Der Genosse Bucher beschwerte sich darüber, daß die Aufnahme einer Notiz über das Verhalten des Gastwirthes des Conferenzstädtischen Kongressbaues gelegentlich eines Festes von der Gewerkschaft der Hausdiener von dem Redakteur des Lokalen Theils, an den er sich mit mehreren Kollegen auf Anraten des Genossen Mahle wandte, ebenfalls verweigert wurde. Genosse Franc rügte, daß auch eine von ihm eingesandte Berichtigung nicht veröffentlicht worden sei. In längeren Ausführungen behandelte der Redner auch dieses Mal wieder das Annoncieren beim „Vorwärts“, tabellarisch den Inhalt von mehreren Inseraten und giebt der Meinung Ausdruck, daß die Annoncen einen gewissen Einfluß auf den redaktionellen Theil des Partei-Organs ausüben. Bucher antwortet auf die Beschwerden Klein's und Bucher's und giebt eine von diesen abweichende Darstellung der betreffenden Angelegenheiten. Imübrigen müsse er die Auffassung der Vordrucker, als ob die Verweisung auf ihre Zugehörigkeit zur Partei

der Redaktion genügen müsse, ihre Darstellung über die Vorkommnisse, bei denen sie noch dazu selbst theilhaftig sind, ohne weiteres als korrekt hinzunehmen, entschieden zurückweisen. Die wenig manchen Leute im Saale seien, eine Sache — namentlich dann, wenn sie dabei selbst interessiert sind — objektiv darzustellen, beweise am besten der Formerkreis. Das „Aufbrauen“ seines Kollegen Braun gegenüber den Hausdienern in der Preßkommission-Sitzung sei nach den vorhergegangenen verdächtigen Äußerungen dieser zum mindesten begreiflich gewesen. Vom Genossen Haschel wurde die Behandlungsweise, die der Genosse Stadthagen denjenigen zu theil werden läßt, die sich um eine Auskunft in der Sprechstunde des „Vorwärts“ an ihn wenden, einer herben Kritik unterzogen. Genosse Schweizer, der gleichfalls die Behandlung der um Auskunft Nachsuchenden auf das entschiedenste tabelt und davon abräth, jemandem, der nicht Paare auf den Zähnen hat, zu empfehlen, nach der Redaktion zu gehen, verpflichtete der Kritik der vorbenannten Redner bei und giebt in längeren Ausführungen der Meinung Ausdruck, daß eine Reihe von Mängeln in der Redaktion des „Vorwärts“ sich bemerkbar machen, die der dringenden Abhilfe bedürfen. Genosse Hoch geistelt in scharfen Worten die Art, in welcher einige Genossen fortgesetzt die unerbittlichen Verdächtigungen wiederholen, als ob die Redakteure des „Vorwärts“ sich irgendwie beunruhigen ließen durch die Aufträge der Inserenten. Dieser Diskussion folgten mehrere persönliche Bemerkungen und wurden dann, nachdem die bisherigen Preßkommissions-Mitglieder eine Wiederwahl abgelehnt hatten, die Genossen Wartenberg und Schölzel in die Preßkommission delegiert.

Darauf erfolgte die Berichterstattung der Delegierten vom Hamburger Parteitag. Während der Genosse König über den ersten Theil der Verhandlungen eingehend berichtete und Genosse Börner insbesondere die Diskussion über den Punkt der Landtagswahlen ausführlich erörterte, behandelte Genosse Dimnick den letzten Theil der Tagesordnung des Parteitages, wobei er des näheren auf den Arbeiterschutzkongress in Zürich einging und woraus zu entnehmen war, daß er sich für eine Theilnahme der Sozialdemokratie an derartig zusammengeführten Kongressen nicht erwärmen könne. In der hierauf folgenden Diskussion erklärte zunächst Genosse Forchardt, daß der Beschluß in betreff der Landtagswahlen seinen Wünschen entspricht und er erwartet, daß durch die auf Grund des Beschlusses nunmehr zu erfolgende Agitation Vortheile für die Partei nach verschiedenen Richtungen hin erreicht werden. Genosse Kräker befürchtete, daß durch die Annahme der Resolution bezüglich der Landtagswahlen, mit der er sich keineswegs einverstanden erklärt, nun erst recht Streitigkeiten unter den Parteigenossen entstehen würden. Der Redner, der die Ausführungen des Genossen Fischer gegenüber dem Genossen Hoffmann kritisiert und das Verhalten der „gebildeten Genossen“, die erst durch die Arbeiter zu dieser Stellung gelangt sind, den „ungebildeten Genossen“ gegenüber in herber Weise bemängelt, forderte schließlich, daß mehr Geld von den Berliner Wahlkreisen zurückbehalten werde, um sich von dem Parteivorstand eine andere Behandlung zu erzwingen und um denselben für die Wünsche der Berliner Genossen fähiger zu machen. Durch die Wahl eines Kontrollrats von Stuttgart werden unnütze Kosten verursacht und das Geldgeräb weggenommen. Gen. Schweizer, der gleichfalls das Verhalten dem Genossen Hoffmann gegenüber und den großen Ton, der im allgemeinen auf dem Parteitag von verschiedenen bekannten Genossen angeschlagen worden sei und der nach seiner Meinung in keiner anderen Partei üblich ist, kritisiert, fährt an, daß überhaupt sich das persönliche Regiment überall bemerkbar mache. Das bemisst das Verhalten des Genossen Gerlich den politischen Genossen gegenüber ebenso, wie die Solinger Angelegenheit. Genosse Schumacher wäre nach Ansicht des Redners schon längst verpflichtet gewesen, um die Streitigkeiten zu beenden, zurückzutreten. Im weiteren rügte der Redner die Stellung der Fraktion, wie sie vom Genossen Schippel wohl ganz richtig gekennzeichnet und die ja auch von den übrigen Rednern der Fraktion vertreten wurde, die aber mit dem Prinzip der Sozialdemokratie nicht in Einklang zu bringen ist. Es sei daher nur konsequent, wenn die sozialdemokratische Fraktion für die Bewilligung von neuen Kanonen n. s. w. stimmen würde und immer vor dem russischen Geispeiß den Genossen graulich zu machen versuchte. Der Redner ist auch der Meinung, daß die Fraktion bei dem Vereinigethe hinter der Front gestanden habe und meint, daß jeder Genosse auf dem Parteitag verpflichtet gewesen wäre, die Resolution, die sich gegen die Ausführungen Schippel's wandte, zu unterstützen. Unter anderem hält der Redner auch noch den Beschluß bezüglich der Landtagswahlen für einen verfehlten. Genosse Wilhelm ist der Meinung, daß über die Landtagswahlen das Gegentheil beschlossen worden wäre, wenn diese Frage von den preussischen Delegierten erörtert worden wäre. Von Genossen Franc wurde behauptet, daß trotz der erweiterten Thätigkeit, die der Preßkommission durch den Parteitag eingeräumt ist, dieselbe unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine „Schattenkommission“ bleiben werde und wesentliche Verbesserungen für das Berliner Parteiorgan nicht werde schaffen können. Im übrigen begründet Franc folgende Resolution und empfiehlt deren Annahme:

Die Theilnehmer an der bei Brodnow am 19. Oktober 1897 stattfindenden Parteiversammlung erklären sich mit dem Verhalten und Verhandlungen des Hamburger Parteitages durchaus nicht in allen Theilen einverstanden, sie erblicken vielmehr n. a. in den Verhandlungen über die Landtagswahl-Beteiligung, auch schon in der Aufhebung des vier Jahre alten Beschlusses von Köln, ferner in der Schippel'schen Militärangelegenheit ein in den Vordergrund tretendes des Kleinbürgerlichen Standpunktes, ein Verwischen des proletarischen Klassenstandpunktes, eine immer größere Konzession an die schlechte Seite des Parlamentarismus und ein Hinabsteigen auf die schiefe Ebene des Opportunismus. Mit dem Verhalten ihrer Delegierten erklärt sich die Versammlung in Uebereinstimmung.

Gegen diese Resolution und gegen eine zweite, in der verlangt wurde, daß sich die Versammlung mit dem Beschluß des Parteitages bezüglich der Landtagswahlen nicht einverstanden erkläre, wendet sich Genosse Vogtther, der außerdem mit Entschiedenheit der Auffassung entgegentritt, die Fraktion habe bei der Diskussion über das Vereinsgesetz hinter der Front gestanden. Im weiteren wendet er sich gegen die Ansicht, die Fraktion habe jemals für Forderungen zu Militärzwecken gestimmt. Nachdem noch Genosse Georgi sich gegen den Beschluß des Parteitages bezüglich der Landtagswahlen ausgesprochen und die Annahme der von ihm gestellten Resolution, in der sich die Versammlung mit diesem Beschluß nicht einverstanden erklärt, empfohlen hatte und mehrere Berichtigungen und persönliche Bemerkungen stattgefunden, wurde folgende vom Genossen Wätlinger gestellte Resolution von der nunmehr schon sehr stark gelichteten Versammlung angenommen: „Die am 19. Okt. tagende Parteiversammlung des 3. Berliner Reichstagswahlkreises erklärt sich mit dem Beschluß des Parteitages voll und ganz einverstanden und verspricht, denselben zur Durchführung zu verbessern; desgleichen ist sie mit dem Verhalten ihrer Delegierten einverstanden.“

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises hatten sich zahlreich im Lokal „Urania“ in der Branzenstraße versammelt. Zunächst erstatteten die Vertrauenspersonen ihre Berichte. Genosse Thiele vom Bezirk Oien konnte im verflossenen Amtsjahr eine Gesamtsumme von 13874,50 M. verzeichnen. Davon wurden 8200 M. an die Parteikasse abgegeben. Im September war noch ein Bestand von 707,20 M. vorhanden. Im Südosten betrug nach dem Bericht des Genossen Gurtsche die Gesamtsumme 10152,10 M., wovon der Partei-Ausgaben 8900 M. erhielt. Am Schluß des Geschäftsjahres verblieb ein Ueberschuß von 2179 M. Gurtsche ist mit der Thätigkeit der Genossen im Südosten nicht zufrieden. Er beklagte, daß gegen früher eine gewisse Loschheit eingerissen sei. Genosse Böhm: Jeder einzelne müsse kontrollirt werden, wähle man also Revisoren. Das Vertrauen ist vielfach geschwunden. Der frühere Vertrauensmann Franz Schulze hat das Vertrauen der Genossen gemißbraucht. Er hat sogar, wenn auch vielleicht in der Trunkenheit, erklärt, er wolle Spiegeleien

leihen. Redner beantragt, Revisoren zu wählen und die Angelegenheit Schulze dem Parteivorstand zur Erledigung zu überweisen. Für und wider die Revisorenwahl entspann sich eine längere Debatte. Sie wird unterbrochen durch den Genossen Singer, der mit bewegter Stimme mittheilt, daß Genosse Grillenberger gestorben sei. Singer widmete dem dahingegangenen Vorkämpfer des Proletariats einen kurzen, aber tief empfundenen Nachruf, den er mit der Ermahnung schloß, dem Verstorbenen durch Nachseinerung zu danken. Entschloßen Hauptes erheben sich die Versammelten, sein Andenken zu ehren. Darauf wird in der Diskussion fortgefahren. Eine Reihe von Genossen finden die Wahl von Revisoren wegen unerer Polizei- und Gerichtspraxis bedenklich. Jeder Genosse habe das Recht, die Vertrauensleute zu revidiren, und die Revision erfolge thatsächlich auch ohne eine öffentliche Wahl. Verschiedene bekannte Genossen konstatiren denn auch, daß sie die Vertrauenspersonen revidirt und alles richtig befunden hätten. Der Antrag Böhm wird schließlich aber doch angenommen, auch insoweit, als er den Fall Schulze betrifft. Den Vertrauenspersonen wurde dann Decharge erteilt. Die Revisoren ergaben das bereits gestern mitgetheilte Resultat. Jöchel berichtete kurz über die Thätigkeit der Lokalkommission. Ein Bericht der Preßkommissions-Mitglieder erübrigte sich, da W. Schulz schon vor dem Parteitag über die Arbeiten der Kommission in öffentlicher Volksversammlung berichtet hatte. Nunmehr erstatteten die Spektreure Engels (Osten) und Thiele (Südosten) ihren Rechenschaftsbericht. Ersterer erzielte im verflossenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 3173,98 M., letzterer von 2881,09 M. In die Zeitungskommission, über deren Wahl wir gestern noch nicht berichtet hatten, wurden gewählt: für den Osten: Enderz, Bötsche und Franke, und für den Südosten: Geigs, Gurtsche, Jöchel, Salzmänn und Tratsched.

Darauf schritt man zur Berichterstattung über den Parteitag. Der Delegierte Jöchel berichtete in seinem Bericht den Streit zwischen H. Fischer und A. Hoffmann, indem er behauptete, daß Fischer dem Genossen Hoffmann die Gelegenheit gegeben habe, seine Delegatenreise zu einer Geschäftsreise umzuwandeln und für seine Broschüren Propaganda zu machen. Zur Kanonensache Schippel's bemerkt Redner, aus dem Parteitagprotokoll sei zu entnehmen, daß Schippel gesagt habe, was ihm vor geworfen wurde. Genosse Engels, der zweite Delegierte, revidierte die Veränderung des Berliner Antrages wegen der Befugnisse der Preßkommission. Der Antrag habe in seiner späteren Fassung so ziemlich denselben Sinn behalten, den er vorher besaß. Adolf Hoffmann wandte sich gegen die Keusierung Jöchel's, die ihn anging. Es sei ihm nicht eingefallen, auf Geschäfts auszugehen und sein Mandat zu mißbrauchen. Sein Antrag, der das Bucherverzeichniß der Buchhandlung Vorwärts betraf, sei durchaus sachlichen Gründen entsprungen. H. Fischer habe keinen Anlaß gehabt, in einer Weise persönlich zu werden, der zu folgen er, Hoffmann, sich geschämt habe. Allerdings habe er sich auf die Anzuspung Fischer's Broschüren schiden lassen, um die Delegierten von der Ungeheuerlichkeit der Fischer'schen Kritik zu überzeugen. Fischer habe Andeutungen gebraucht, die der Parteigenosse dem Parteigenossen gegenüber unterlassen sollte. Was Fischer widerlegen wollte, habe Redner gar nicht gesagt. Hoffmann hebt dann noch hervor, daß der Werth seiner Broschüren für die Agitation von vielen Seiten anerkannt worden sei. Redner wendet sich dann zu Schippel's Rede, die so viel Anstoß erregt hat. Möge man auch einwenden, die Fraktion habe gegen die militaristischen Forderungen gestimmt, so bleiben Schippel's Worte doch tief bedauerlich, denn sie klängen beinahe so, als bedauere er es, so gestimmt zu haben. Er glaube, im Einverständnis mit allen, die Schippel in den letzten sieben Jahren beobachtet hätten, sagen zu können: Nay, mir graut vor Dir. Redner theilt die Befürchtung der „Wiener Arbeiterzeitung“, der Internationalismus der Sozialdemokratie könnte zur Pflaue werden. Den neuen § 17a des Organisationsstatuts betrachtet Redner nur als eine Abschlagszahlung. Die Rechte der Preßkommission müßten später noch erweitert werden. — Die Beteiligung an den Landtagswahlen sei ja nun beschlossen, zugleich aber auch ziemlich erschwert. Zum Glück habe Singer Gelegenheit genommen, die Bedeutung des Beschlusses auseinander zu setzen. Jetzt schon regten sich einzelne Parteiblätter, die von hinten herum den Kompromiß in die Wahlbewegung einzuschmuggeln suchten. Aufgeben vornehmlich der Berliner Genossen werde es sein, darüber zu wachen, daß jeder Kompromiß ausgeschlossen bleibe. Vorwärts und nicht rückwärts, sei unser Wahlpruch: nicht in den Sumpf der bürgerlichen Parteien! (Lebhafter Beifall.)

Kolporteur Gottfeld beschwert sich darüber, daß man auf dem Parteitag einen Brief „unterschlagen“ habe, der die Klage eines armen Kolporteurs enthielt. Er sucht nachzuweisen, daß die Buchhandlung Vorwärts den Kolporturen nichts verdienen lasse, während der Vertrieb v. B. der national-sozialen Schriften einen hübschen Rabatt abwürfe. Nay Sadung macht er zum Bonus, Flugblätter für die Kirchenvorstände gedruckt zu haben. (Zuruf: Arbeiten Sie denn nur für Genossen?) Auch prophezeit Redner eine demnächstige Spaltung der Partei. Jetzt betheilige man sich an den Landtagswahlen, später an den Kirchenvorständen. Die Versammlung geräth in große Erregung. Redner muß auf ihr Verlangen abtreten. Genosse Kaiser rügt das Verhalten des Genossen H. Fischer dem Genossen Hoffmann gegenüber. An sein dreifaches Benehmen sei man beinahe schon gewöhnt. Es müsse aufhören, daß sich Sozialdemokraten so verleend behandeln. Es sei eine Schande. Die Stellung der Partei zu den Landtagswahlen lasse fast alles in der Partei möglich erscheinen. Den Beschlüssen werde er sich natürlich fügen. Buchner: Der „Vorwärts“ bringe manchmal in unschöner Weise verleendende Kritiken. Nicht zu verkehren solle man aber beschränkt sein, sondern zu beschreien. Schippel könne man nicht bestimmen. Bei den Landtagswahlen müsse nun aber auch wirklich jeder Kompromiß unterlassen. Im allgemeinen sei gegen den Parteitag nichts zu sagen. Wesoßki wünscht mehr Toleranz in der Partei.

Paul Singer: Ein gewisses Gefühl der Beschämung beschleiche ihn ob der Ausartung der Debatte ins Kleinliche. Wenn Gottfeld seinem bedrängten Kolporteurhergen Luft mache, dann nehme er ihm das nicht übel. Indessen müsse er doch sagen, daß die Partei und ihre Institute nicht der Kolporturen wegen da seien. Das wichtigste sei, die Genossen belägen eine gute und billige Literatur. Wenn die Artikel der Buchhandlung Vorwärts nicht pakteten, der brauche sie nicht vertheilen. Wenn sich nun Gottfeld als Kassandra geberdet und den Untergang der Partei angezeigt habe, so sei festzuhalten, daß man seiner Sache am meisten schade, wenn man abtreibt. In die Differenzen zwischen Fischer und Hoffmann mische er sich nicht ein. Jedoch habe er den Eindruck bekommen, daß der Partei eine Gefahr drohe, wenn die Versammlungen weiter dazu mißbraucht würden. Städtereien zwischen einzelnen auszutragen. Das müsse ein Ende haben, gereichten doch schon die Berliner Parteiversammlungen der ganzen Partei zum Hohn und Spott. Gerade durch die Kleinlichkeiten in Berliner Versammlungen werde das Bild so äußerst elend, daß die Genossen außerhalb Berlins von Berlin erzielten. Seine (Singer's) Stellung zu den Landtagswahlen sei ja bekannt. Das müsse er denn doch aber betonen, daß die von Kaiser und anderen ausgesprochenen Beschuldigungen unbegründet seien. Die Sozialdemokratie werde niemals ihren zielbewußten Klassenstandpunkt verleugnen. Angeachtet aller Differenzen wegen Einzelheiten schlage doch der Anhänger wie der Geuer der Landtagswahlen in dieselbe Scharte, wo es darauf ankomme. Ohne es zu wollen, schaden die Genossen der Partei, die alles so furchtbar gefährlich dinstellen. Da sei Schippel's Rede zur Kanonensache. Wenn man höre, wie hier darüber geredet werde, dann möchte man beinahe annehmen, die Partei sei drauf und dron, sich dem Militarismus anzukliefen. Diese Uebertreibung sei äußerst schädlich. Die Sozialdemokratie habe sich glücklich zu wissen, daß sie nicht immer derselben Meinung sei. Eine Partei, die ihre Streitfragen mit aller Schärfe anspricht, die ist alles andere, nur nicht am Rande des Unterganges. Die Sozialdemokratie werde nicht um eines Haares Breite abzuweichen von ihrem bisherigen Standpunkte gegenüber dem Militarismus. Die alle,

dinge ungefähre Neuerung Schippel's lasse sich auch nicht so auffassen, als könnte das doch geschehen. Festgestellt sei nur das eine, daß über die betreffende Frage nicht gesprochen wurde. Und Redner meinte, die Fraktion habe es nicht nötig, noch lange Worte darüber zu machen, daß sie die Kanonen etc. nicht bewilligt. Auch Nebel könne ein Vorwurf nicht gemacht werden, weil er seine frühere Stellung zu den Landtagswahlen verlassen habe. Redner sei gern bereit, jederzeit sein Herzblut dafür herzugeben, daß Nebel niemals seine Partei verrathen werde. Nebel und Liebknecht seien die ersten gewesen, die nach der Erledigung der Landtagswahlfrage sich die Hände gereicht hätten. Durch das Verbot von Kompromissen sei die Partei davor bewahrt, auf eine schiefe Ebene zu gelangen. Redner appellirt an die Versammelten, dafür zu sorgen, daß das Bild der jetzigen Versammlung ausgedehnt werde in der Zukunft durch Bilder, die den Geist der sozialdemokratischen Bewegung besser zurückspiegeln. (Geßelter Beifall.) Genosse Kunat: Nicht die fragliche Neuerung Schippel's sei das gravirende, sondern der Umstand, daß man sich mit einem Kriegsmiester darin einverstanden erklärte, nicht darüber zu reden. Die Versammlung erklärte sich zum Schluß in einer Resolution mit der Thätigkeit und dem Bericht der Delegirten einverstanden.

Die Parteigenossen des fünften Wahlkreises waren im Schweizer Garten versammelt. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Rob. Schmidt Mitteilung von dem plötzlichen Tode des Genossen Grillenberger und widmete ihm warm empfundene Worte des Nachrufes. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Nimmehr berichtete der Vertrauensmann Neul über das abgelaufene Geschäftsjahr. Er halte eine Einnahme von 2871,88 Mark, eine Ausgabe von 2184,51 Mark, so daß ein Ueberschuß von 787,37 Mark verblieb. Der Redner wies zum Schluß darauf hin, daß es angeht, die künftigen Reichstagswahlen Pflicht eines jeden Parteigenossen sei, mehr als bisher geschehen, an der Agitation und der praktischen Parteiarbeit theilzunehmen. Als Vertrauenspersonen wurden Neul und Richter gewählt. Hierauf berichtete Buss über die Thätigkeit der Lokalkommission. Größere Aufgaben habe dieselbe im abgelaufenen Jahre nicht zu erfüllen gehabt, da es sich nur um die Regelung der Lokalfrage in der Umgebung Berlins gehandelt habe, und diese in befriedigender Weise erfolgt sei. In die Lokalkommission wurden Buss und Späth wiedergewählt. Den Bericht der Pressekommision erstattete Liepmann. Er besagte, daß die Redaktion den Wünschen der Pressekommision stets ein bereitwilliges Entgegenkommen gezeigt habe, daß die Klagen, welche manche Parteigenossen über den „Vorwärts“ laut werden lassen, übertrieben seien und im allgemeinen nicht zutreffen, und daß namentlich die hin und wieder auftauchende Ansicht, der „Vorwärts“ nehme, um ein gutes Geschäft zu machen, auch Annoncen auf, die mit dem Charakter des Blattes nicht im Einklang stehen, durchaus unbegründet sei. In der Diskussion beschwerte sich Stange darüber, daß der „Vorwärts“ einen vom Verband der Handelshilfsarbeiter eingesandten Bericht, den Konflikt eines Hausdieners mit dem Kaufmann Raphaeli betreffend, nicht aufgenommen habe, und daß dann einige Verbandsmitglieder, als sie wegen dieser Angelegenheit in einer Sitzung der Pressekommision erschienen, von einem Redakteur so grob behandelt worden seien, daß sie sich veranlaßt sahen, die weiteren Verhandlungen abzubrechen. Dazu bemerkt Liepmann, die betreffenden Handelshilfsarbeiter hätten durch verfehlte Aufspielungen auf angebliche Missethaten, die die Redaktion wegen der einträglichen Annoncen des Herrn Raphaeli auf diesen nehme, den betreffenden Redakteur zu einer heftigen Neuerung gereizt und seien dann, obgleich sich die Pressekommision hinsichtlich dieses Zwischenfalles ins Mittel legte, fortgegangen, ohne in die Verhandlung wegen Zurückweisung ihres Berichtes einzutreten. Das Pressekommisions-Mitglied Roth bestätigt die Darstellung Liepmann's. Darauf wurden Liepmann und Roth wieder in die Pressekommision gewählt.

Nimmehr gaben die Delegirten Roth und Richter einen kurzen Bericht über die Verhandlungen des Parteitag's. Lissauer macht den Delegirten den Vorwurf, daß sie gegen den von ihm eingebrachten Antrag, die Landtagswahlen vom gesammten Parteitag zu entscheiden, gestimmt haben. Dr. Wehl hält den Delegirten vor, daß sie sich bei der Abstimmung über die Landtagswahlen anders verhalten hätten, als wie man es nach der Haltung, die sie vor der Wahl ihren Wählern gegenüber eingenommen haben, hätte erwarten müssen. Wenn die Delegirten auch kein gebundenes Mandat hatten, so wären sie doch ihren Wählern eine Erklärung ihres Verhaltens schuldig. In der Resolution Nebel bemerkt der Redner, sie mache in ihrer jetzigen Form sowohl den Gegnern, wie den Freunden der Landtagswahl eine Neuerung, und sei, wie auch schon von anderer Seite bemerkt worden, ein Messer, dem das Heft fehle. Auch über die bekannte Neuerung Schippel's hätte Redner eine eingehende Darstellung durch die Delegirten erwartet. Er halte es für nötig, zu betonen, daß Schippel nicht die breite Masse der Parteigenossen hinter sich habe. Nicht auf Schippel's persönliche Ansicht komme es an, sondern darauf, daß dieselbe von angesehenen Parteigenossen getheilt werde. Aber, der immer schlauer sei, habe ja denselben Standpunkt vertreten. Diese Neuerung, die dem Militarismus gemacht werde, finde in den breiten Massen kein Entgegenkommen. Wer a sagt, muß auch b sagen, darum solle man in bezug auf den Militarismus nicht a sagen, sondern auf dem Standpunkt verharren: dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen. Raab tritt dafür ein, daß es nicht angebracht sei, dem Genossen Schippel wegen einer ungehörigen Neuerung einen Vorwurf zu machen, um so weniger, als er sich mit der Fraktion im Einklang befinde. Unsere Genossen hätten in der fraglichen Angelegenheit gehandelt, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen handeln mußten: sie hätten ihr Ehrenwort gehalten. Robert Schmidt führt aus: Ueber die angelegte Frage lasse sich viel reden. Er wolle nur darauf hinweisen, daß unsere Partei wie auf dem Standpunkt gestanden habe, wir wollten überhaupt keine Wehrkraft. Stets hätten wir betont, daß die Sozialdemokratie weit entfernt sei, Deutschland wehrlos zu machen und haben mit Entschiedenheit das Militärsystem gefordert. Es sei sehr schön, wenn man sage, wir wollen den Krieg befeitigen. Wäre die Ansicht auf einen Krieg nicht eine so ungehörliche und sein Ausgange bei dem heutigen Stande des Militarismus ein höchst ungewisses, dann wären wir wohl längst wieder in einen Krieg verwickelt worden. Wir stehen bekanntlich auf dem Boden des Militarismus und seien Gegner des heutigen Militarismus. Die Regierung eines Landes, wo das Militärsystem herrscht, werde sich ebenfalls die Fortschritte der Wissenschaft zu nahe machen müssen. Bei der Abstimmung über die Artillerieforderung sei die Fraktion unserem Prinzip treu geblieben, sie habe aber diese Gelegenheit nicht für eine solche gehalten, die zum Gegenstand einer besonderen Agitation gemacht werden müsse. Von einer Neuerung der Stellung unserer Partei zum Militarismus könne gar keine Rede sein. Die Parteigenossen würden bei ruhiger Ueberlegung den Ausführungen, welche Auer und Nebel auf dem Parteitag machten, zustimmen müssen.

Nachdem die beiden Delegirten sich gegen die von Lissauer und Dr. Wehl gemachten Anschuldigungen verteidigt hätten, wurde die Diskussion geschlossen und folgende Resolution angenommen: „Die Parteigenossen des fünften Wahlkreises erklären sich mit den Beschlüssen des Parteitag's einverstanden, sie bedauern die Theilnahme an den Landtagswahlen, sagen sich aber als disziplinirte Genossen der Majorität und werden energisch für die Beschlüsse des Parteitag's einreten. Die Versammlung drückt den Delegirten ihre volle Zufriedenheit aus.“

Die Parteiversammlung im sechsten Wahlkreis fand im „Möhlner Hof“ statt und war sehr gut besucht. Im ersten Punkt der Tagesordnung erhielten die Vertrauensleute: Gräsele für Moabit, Eugen Ernst für den Wedding und die Oranienburger Vorstadt, sowie für den zur Zeit inhabirten Genossen Rlose für die Schönhauser Vorstadt, und Brinkmann für den Gesundbrunnen Bericht über ihre Thätigkeit und Kassenerverwaltung. Auf Antrag der Revisoren wird ihnen einstimmig Decharge ertheilt und sodann

zur Neuwahl geschritten. Gewählt wurden zu Vertrauensleuten für Moabit: Gräsele; Oranienburger Vorstadt: Eugen Ernst; Rosenthaler Vorstadt: Heibig; Schönhauser Vorstadt: Rlose. Nach einem kurzen Bericht Heibig's über die Thätigkeit der Pressekommision, welche besonders auf die intensivere Agitation für die Verbreitung des „Vorwärts“ gerichtet war, durch Plakate und Flugblätter u. s. w., wird die Neuwahl zur Pressekommision vorgenommen. Gewählt werden Staroffen und Jacobus. Arendsee und Bonte suchen den Nachweis zu führen, daß die bisherige Pressekommision eine Schattenkommission wäre, was die Haltung des „Vorwärts“ in Sachen der Buchdrucker- und Hasenarbeiter-Verewung eskalant gezeigt habe. — Sie erhoffen von der Stellungnahme des letzten Parteitag's zu dieser Frage eine Besserung. In die Lokalkommission werden Kempfer, Fregenthaler, Brinkmann und Springborn gewählt, zu Revisoren der Vertrauensleute Prof. Rosenenthal und Fregenthaler. Zu Mitgliedern der Zeitungskommission wählte hierauf die Versammlung Faber und Neumann für Moabit, Blättermann und Arendsee für den Wedding, Kerlin und Neumann für Gesundbrunnen, Gaumde und Grashold für die Schönhauser Vorstadt.

Die inzwischen erfolgte Bekanntgabe des Hinscheidens des Genossen Grillenberger veranlaßte die Genossen in bewegtester Weise ihr Beileid zu bekunden. Die Versammlung ehrte den Kampfgenoßen durch Erheben von den Plätzen. Ein Antrag, die Versammlung deshalb abzubrechen, wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß dies in der künftigen Partei nicht üblich sei und auch sicher nie vom Genossen Grillenberger gebilligt worden wäre. Im zweiten Punkt der Tagesordnung berichtet der Delegirte des Kreises Genosse Leid über die Ergebnisse des Hamburger Parteitag's. Besonders ausführlich bespricht er die Debatte über die Neuerung des Genossen Schippel über die „Kanonenvorlage“ und eskalirt sich dahin, es sei falsch, Schippel als Person besonders anzugreifen wegen seiner Haltung in dieser Frage, die genau dieselbe sei, wie die der gesammten Fraktion. Die Beschlüsse in Sachen der Landtagswahl, die Annahme der Resolution Nebel mit dem Amendement Mittag bedeute eine Falschheit — ein Griff ohne Klinge. Die Neuerung Schippel's zu der Stellung Hoffmann's-Berlin IV bezüglich der Akademie in der Partei veranlasse ihn, an die Ausstellungen des alten „Sozialdemokrat“ zu erinnern, welcher entschieden warnte, die aus den Bourgeoisreisen eindringenden Akademiker ohne weiteres in der Partei Vertrauensämter zu übergeben, seitdem die Schreden des Sozialistengesetzes übermühen seien, da die Herren Akademiker nicht wie die Proletarier aus ganz natürlichen prinzipiellen Gründen, sondern in der Regel aus persönlichen Gründen zur Partei kämen. Hoffmann hätte also so Unrecht nicht gehabt. Die Anträge des letzten Kreises konnten, da sie erst am letzten Tage verhandelt werden sollten, nicht mehr erledigt werden. Er empfehle aber in Zukunft Beschlüsse erst genau zu prüfen, damit die Delegirten nicht mit Dingen beauftragt werden, die sie dann gar nicht vertreten können, wie anlässlich der Interpellation wegen dem Diner bei der Gantburger Gartenbau-Ausstellung. Zum Schluß fordert er die Versammlung auf, in bewährter Einigkeit den Beschlüssen des Parteitag's nachzukommen. In der Debatte erklärt Koopmann, daß ihm Hoffmann's Stellung mit den Theatermachern wie eine Neuerung für seine Person erscheine, die Zukunft werde erklaren, daß die Beschlüsse der Landtagswahl nützlich sei. — Riesel weist die Neuerungen Koopmann's mit Entschiedenheit zurück und spricht gleichfalls, ohne Schippel zu nahe treten zu wollen, seine Bewunderung über die Schwelung Schippel's aus. Der früher der Prinzipienhüter der Berliner Genossen war. Die Proletarier aller übrigen Länder werden sich wundern, daß die Fraktion schweig bei der Kanonenvorlage, anstatt energisch zu protestieren und zu agitieren. Die fahrende Stellung der deutschen Sozialdemokratie gehe verloren und die Internationalität in die Brüche, wenn das so weiter gehe; die Parteigenossen mügen auf der Hut sein und ihr Veto einlegen.

An der weiteren Debatte theilnahmen sich Ardhn, Grothmann u. Spede und andere. In vorgedruckter Stunde ergreift der Genosse Schippel das Wort und stellt das von ihm in Hamburg Gesagte nochmals klar. Seine Ausführungen fanden im allgemeinen Beifall. Nach einer kurzen Erwiderung Riesel's schließt der Vorsitzende Brinkmann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Kommunales.

Das Komitee zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen hatte bekanntlich auch eine Petition an die Stadtverordneten-Versammlung um Bewilligung eines Beitrages zu dem beabsichtigten Denkmal für die Märzgefallenen gerichtet. Vom Petitionenausschuß der Versammlung, welchem die Petition zur Begutachtung überwiesen worden war, wurde dieselbe am 13. Juni 1897 wegen Nichterhaltung des Zustanzes als zur Erörterung im Plenum für ungeeignet erachtet, wogegen in der Sitzung der Versammlung vom 24. Juni 1897 von den sozialdemokratischen Stadtverordneten Verichterhaltung beantragt worden war. Die Petition ging infolge dessen an den Ausschuß zurück. Der Ausschuß hat nun am Dienstag Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten Reichow beschossen, bei seinem früheren Votum zu verbleiben, nach welchem eine Erörterung der Petition geschäftsbürokratisch im Plenum der Versammlung nicht stattfinden könne.

Der Abschluß der hiesigen Kanalisations-Verwaltung und der Miesfelder für das Jahr 1896/97 weist im Ordinarium bei einer rechnungsmäßigen Gesamteinnahme von 6 679 877,50 M. ein Plus von 49 682,50 M. und bei einer rechnungsmäßigen Gesamtansgabe von 8 118 778,72 M. ein Minus von 220 631,28 M. gegenüber dem Vorschlage nach. Der Zuschuß aus der Stadt-Darlehnskasse beträgt hiernach 1 428 896,22 M. und ist um 270 218,78 M. geringer, als der Etat annehm. Mehreinnahmen lieferten: die Kanalisationsgebühren 56 207,40 M., die Betriebs-Verwaltung 17 807,60 M., die Hausanschlüsse 15 226,50 M., der Erlös aus veräußerten Grundstücken und die verschiedenen Einnahmen 89 009,88 M., während die Miesfelder in ihren Einnahmeverträgen gegen den Vorschlag um 81 788,33 M. zurückblieben. Die Minderausgaben betragen bei der Centralverwaltung 10 961,37 M., bei der Betriebsverwaltung 65 789,12 M., bei den Miesfeldern 198 317,42 M., bei den verschiedenen Ausgaben 8925,82 M. und bei der Schuldentilgung und Verzinsung 44 797,93 M.; diesen zusammen 329 761,68 M. stehen bei den anderen Ausgaben 103 130,40 M. Mehrausgaben gegenüber. Das Extra-Ordinarium schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 399 972,08 M., sowie mit einem aus der Stadt-Darlehnskasse geleisteten Zuschusse von 141 811,04 M. ab. Bei Berücksichtigung des Wertes der Bestände an Naturalien und Inventars beim der Differenz der Werte gegenüber dem Vorjahre ergibt sich bei den Miesfeldern ein Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben von insgesamt 146 684,00 M., wobei jedoch die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Anleihebeständen nicht mitgerechnet worden sind. Für die Kanalisationswerke und die Miesfelder sind bisher an Ausgaben aufgewendet 104 576 372 M., darauf wurden bis Ende März 1897 gezahlt 17 429 291 M., es betrug die Anleiheausgabe an dem gedachten Tage also noch 87 429 291 M.

Der Ausschuß zur Vorberathung der Gehaltsordnung für die hiesigen Schwestern hat gestern Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langenhans im Beisein des Bürgermeisters Kirchner sowie des Schatzmeisters Dr. Vertram und des Kammerers Raab seine Beratungen fortgesetzt. Der Ausschuß hat unter Ablehnung der Magistratsvorlage, daß Grundgehalt für Lehrerinnen auf 1000 M. und die Miethschadigung auf 400 M. festgesetzt und neun Alterszulagen von je 150 M., vom vierten Jahre nach der Anstellung beginnend, in dreijährigen Zwischenräumen beschlossen. Hiernach beträgt das Minimalgehalt 1400 M. und steigt nach Ablauf von 28 Dienstjahren auf 2800 M. Der Antrag, die Hospitantinnen für die Folge als einstweilig angestellte Lehrerinnen — 960 Mark Grundgehalt und 400 Mark Mieths-

entschädigung — mit voller Anrechnung der Dienstzeit bei Anstellung und Pensionierung zu beschäftigen, wurde abgelehnt.

Zum weiteren Verlauf der Berathung wurden die Anstellungs- beziehungsweise Pensionirungsverhältnisse der technischen Lehrerinnen, entsprechend der Magistratsvorlage und dem früheren Stadtverordneten-Beschluß festgestellt. Die Bestimmung über das Grundgehalt, Miethschadigung und Alterszulagen für Fachlehrerinnen (Gandarbeit, Tuenen), wird in der nächsten Ausschüßsitzung getroffen werden.

Lokales.

Richtigstellung. Nicht Genosse Brinkmann, wie wir gestern meldeten, sondern Genosse Heibig, Wedomstr. 9, ist in der am Dienstag abgehaltenen Parteiversammlung zum Vertrauensmann für Gesundbrunnen und Rosenthaler Vorstadt gewählt worden. Ferner heißt ein in die Lokalkommission gewählter Parteigenosse nicht Kempfer sondern Rlose.

Achtung, sechster Wahlkreis! Parteigenossen, welche gewählt sind, sich an dem am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Vertheilung zu den Stadtverordneten-Wahlen zu betheiligen, werden ersucht, sich früh 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden: Für den 32. Bezirk bei Bezgle, Schwedterstr. 33; für den 34. Bezirk bei Dilgenfeld, Bergstr. 60; für den 38. Bezirk bei Ernst, Schwarzkopffstraße 11; für den 40. Bezirk bei Pfarr, Putzligstr. 10.

Einiges von den Telephonarbeitern. Drei Telephonarbeiter sind im letzten Vierteljahr in ihrem gefährlichen Berufe durch Abstieg vom Dach zu Tode gekommen. Der letzte war der 32 Jahre alte Hermann Weber aus der Steinmetzstraße, der vor acht Tagen auf dem Grundstück Kochstr. 3 verunglückte, nachdem erst vier Wochen vorher sein Schwager denselben Tod gefunden hatte. Jedemal wird bei solchen Unfällen gefragt, ob denn der Abgestürzte auch der Vorschrift gemäß angefertigt gewesen sei. Wird diese Frage verneint, so trifft die Schuld den Verunglückten selbst, die Schuld eines Dritten erscheint ausgeschlossen. Aber auch diese Medaille hat eine Reverso. Den Telephonarbeitern ist allerdings ganz genau vorgeschrieben, wie sie sich gegen drohende Gefahren zu verhalten und zu schützen haben. Aber es kommt vor, daß sie sich auch beim besten Willen nach diesen Vorschriften nicht richten können. Was z. B. das Anfeilen betrifft, so sagt die Vorschrift nicht bloß, daß, sondern auch wie es gemacht werden soll, vor allem aber, wie es nicht gemacht werden darf. So darf das Seil niemals über scharfe Kanten gehen, die es bei einem so starken Druck, wie ihn der Abstieg einer Person hervorruft, durchschneiden. Aus diesem Grunde kann niemals ein richtig Schornstein zur Befestigung dienen. Nun gibt es aber Dächer, die sonst gar keinen Stützpunkt als den Schornstein haben. Hier geräth der Arbeiter, wenn ihn ein Unglück trifft, auf alle Fälle ins Unerrettliche. Er sieht sich nicht an, so verflucht er gegen die Vorschrift, und ebenso ist es, wenn er das Seil an dem kantigen Schornstein befestigt. Freilich ließe sich auch in solchen Fällen wohl irgendwie ein Ausweg finden; aber da der Abstieg jedes Mal ein Umweg wäre, der Zeit kostet, so wählt man ihn lieber nicht und verflucht es auf gut Glück ohne Anbinden, namentlich wenn das Dach so flach ist, wie in der Kochstraße, und gar keine Gefahr zu bringen scheint. Daß man aber so verflucht und nicht mit einigem Zeitverlust eine umständlichere Sicherung sucht, ist nicht etwa ein Ausfluß von jugendlichem Hebermut und Waghalsigkeit, sondern es hat durchaus einen sehr ernsten Grund. Man will etwas leisten, nicht langsam sein, das aber auch nicht aus purem Ehrgeiz, sondern der Noth gehorchend. Gewisse Arbeiten auf einer gewissen Strecke hat dieser in vierzehn Tagen mit seiner Kolonne zu stande gebracht. Jeder sieht es in zwölf Tagen zu schaffen, und ein dritter möchte diesen Rekord noch um zwei Tage drücken. Der Sieger spart natürlich dem Fiskus Zeit und Kosten und denkt dadurch gut angegriffen zu werden. Die Arbeiter, die den Sieg zu erringen helfen, den Rekord drücken sollen, möchten nicht gern, daß der Plan scheitert, weil sie dann leicht als zu langsam und unbrauchbar ersäen könnten. Da sie aber unter Beobachtung aller angeordneten Vorsichtsmaßregeln das Ziel nicht erreichen können, so nehmen sie es mit der Vorsicht nicht genau, riskiren ihr Leben und verlieren es mitunter.

Ueber die vorzeitig zusammengebrochene Direktion Hedermann im Belle-Alliance-Theater erhalten wir aus den Kreisen der von diesem Herrn engagirten Künstler eine Zuschrift, welche von den Zuständen in gewissen Theaterkreisen ein bedenkliches Bild giebt.

Schon bei Beginn des Unternehmens, das heißt, bei Beginn der Proben, so schreibt unser Gewährsmann, mußte die Größe des Personal's auffallen, welches v. Hedermann in Bewegung gesetzt hatte, um die Operette „Das Kapitol“ oder „Metella“ der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Hochleute unter dem Personal hatten von vornherein das Gefühl, als ob darauflos engagiert würde: Nicht weniger als fünf erste Soubretten waren anfänglich für das Ensemble des Herrn H. „gewonnen“, nämlich Feulstein, Gerwari, welche dem „Herrn Direktor“ unlängst übrigens die ganze Wohnung verließ, Frau Debas, Frau, Groß, Feulstein, Piliog und ein Fel. Ohm. Nachdem wir der Direktion, selbstredend mündlich, 14 Tage Doppelproben für das Unternehmen gelistet hatten, und nachdem Hedermann öffentlich zu verschiedenen Malen dem engagirten Künstlervölkchen erklärt hatte, das Theaterunternehmen sei finanziell über allen Zweifel fest und, die Kasse sei für längst vorhanden, und man solle nur ruhig und ernstlich weiterproben — da kam am 16. September bekanntlich der Sturm im Belle-Alliance-Theater wegen der an Brudhoff und Sternheim zu zahlenden Pacht. Weiter ergab sich das Personal zu gunsten des Direktors Hedermann, welcher den Künstlern vorgespiegelt hatte, es läge nur an dem schwebenden Rechtsstreit zwischen Maurice und Sternheim, wenn H. heut, am 16. September, nicht die Pacht zahlte; der Beauftragte Knobloch habe sie in Form eines „Wesells“ über 20 000 M. in der Tasche. Der Theaterbesitzer Herr Sternheim mußte sich daraufhin in seinem eigenen Hause von der empörten Künstlermenge insuliren lassen. Als aber der Herr Direktor trotz des „guten Besells“ die gerichtliche Exzision seitens der Herren Sternheim u. Co. über sich ergehen lassen mußte, da wurde es dem von Hedermann bisher geradezu hypnotisirten Theaterpersonal endlich klar, daß der Herr Direktor ein total mittelloses Unternehmener war, dem es nicht darauf ankomme, hundert und mehr Menschen wochenlang umsonst für sich arbeiten zu lassen. Es wurde ihnen klar, daß das „ganze Theater“ desselben schon von vornherein mindestens eine verhehlte Spekulation war, wenn man die Sache nicht schärfer bezeichnen soll! Die Gründe dafür, welche dem Personal nun nach und nach zu Ohren kamen, waren die, daß Hedermann wohl im Frühjahr und Sommer, als er die lächerliche Idee faßte, ohne jede sekundären Mittel „Theaterdirektor“ zu werden, Geldleute an der Hand gehabt haben mag, daß diese aber sich längst zu rückgezogen hatten, als die Proben begannen. Nichtsdestoweniger hat H. ohne einen Penny Geld — das Personal während vier Wochen mit Arbeit schwer belastet, es vertraute auf gute Einnahme, wenn die Sache im Gange wäre. Nun war aber weder die polizeiliche Konzeption dem Direktor jemals ertheilt, noch befähigt er irgendwo ein Recht, in einem Theater zu spielen, noch fanden sich die neuen Geldleute! Als endlich Direktor Samst aus purem Mitleid für das engagirte und aus dem Belle-Alliance-Theater emittirte Künstlervölkchen diesem die Pforten seines Alexanderplatz-Theaters auf drei Tage öffnete, da empfangen a conto der rückständigen Monatsgelder! — die Sottisen des Ensembles an den betreffenden Abenden 3 M. bis 1,50 M., sage und schreibe 15 Groschen pro Abend, welche sie allerdings ohne große Erregung hinnahmen, die Chori 2 und 1 M. pro Abend.

Noch dunter wurde die Sache, als später ebenso „auf Theilung“ im Belle-Alliance-Theater gespielt wurde. Dem Personal wurde an jenem Sonnabend Abend nach der Vorstellung rund erklärt, es könne der geringen Einnahme wegen nicht 13 gezahlt werden, „morgen,

am Sonntag, sei eine große Einnahme sicher." Am Tage nach der Vorstellung (die nach allgemeiner Schätzung mindestens 800 M. eingebracht hatte) erhielten die Leute für zwei Abende als "Anteil": Chori 3 M., Arbeiter 2 M., Soli 5 M. — eine Abrechnung auf das "Theilungsplien" hat auch hier niemand zu sehen bekommen; statt dessen erklärte anderntags der Entrepreneur der Sache, ein Herr Stein, gestern habe er noch 800 M. auf Wechsel nehmen müssen, um uns „überhaupt das noch geben zu können“.

Stark übertrieben ist allem Anschein nach die Angelegenheit der vier Behrend'schen Kinder, die nach ausführlichen Berichten einiger bürgerlicher Blätter in der Wohnung der Eltern, Anklamerstr. 6, in vollständig vernachlässigtem Zustande aufgefunden worden sein sollen und durch den Wasserath Nichter im Wasserhaus gebracht sind. Wir erhielten von der Frau Behrend eine Zusage über den Sachverhalt, der wir folgendes entnehmen:

Meine Kinder, die sich in dem Alter von 8, 7, 6 und 2 Jahren befinden, sind in keiner Weise verwahrloset oder in einem Raum eingepfercht gehalten worden. Fast alle Mieter im Hause kennen meine Kinder. Ferner habe ich es meinen Kindern an leiblicher Pflege nicht fehlen lassen. Doch haben die Kinder die englische Krankheit; mehrere schon von Geburt an. Als der Wasserath neulich morgens kam, um mir die Kinder zu nehmen, haben sie nicht an der Erde gehockt, noch viel weniger im Urath. Der Neueste stand in der Küche und war fertig angezogen, während Lottchen, das dritte Kind, eben beim Kaffeetrinken war und die anderen beiden noch in den Betten lagen. Es wurde mir nicht erlaubt, daß ich die Kinder reinigte, ankleidete und ihnen den Morgenlaffe gab. Man nahm sie aus den Betten, warf ihnen ein Tuch über, brachte sie hinunter in die Frostsche und fuhr mit ihnen davon. Die Kinder haben von der englischen Krankheit trummere Häute, sind aber sonst gesund, nur haben die drei Jüngsten auf den Köpfen Ausschlag, der bereits im Aufgang begriffen ist. Daß ich meine Kinder nicht so sauber halten konnte, wie jede andere Mutter, muß man entschuldigen, denn ich kann nur den linken Arm gebrauchen, der rechte Arm ist nämlich seit meinem sechsten Jahre kurz und steif —

Soweit aus dem Rechtserkundungsschreiben der Frau Behrend. Unsere angestellten Erkundigungen ergaben folgendes: Die Behrend'schen Eheleute wohnen seit ihrer vor neun Jahren erfolgten Verheiratung im Hause Anklamerstr. 6 in einer aus Stube und Küche bestehenden Dachwohnung. Der Mann ist Helfer bei Auktionatoren; sein Beruf bringt es, wie schon berichtet, mit sich, daß er einen unregelmäßigen Verdienst hat. Trotzdem aber sorgten die Eltern stets für genügende Ernährung ihrer Kinder, von denen sich im Laufe der Ehe neun einstellen, die bis auf vier starben. Die Händler, bei denen Frau Behrend einkaufte, geben an, daß sie stets verhältnismäßig reichlich gekauft hat. Die Behandlung, die Kinder wären ohne genügende Nahrung geblieben, scheint also vollständig unrichtig zu sein. Ferner bekunden die Nachbarn, daß sie alle die Kinder kannten, daß sie also nicht heimlich in einem Raum eingeschlossen waren, sondern in der ganzen Wohnung und auf dem gemeinschaftlichen Treppengang spielten und auch öfter von der Mutter auf die Straße gebracht wurden. Außerdem war gesagt worden, daß die Kinder nicht laufen konnten, doch kann das älteste ganz gut gehen, während ein zweites an der Hand läuft; die anderen sind aber durch die englische Krankheit zurückgeblieben. Man ist ja richtig, daß die Kinder nicht oft genug auf die Straße kamen; doch wenn man bedenkt, daß Frau Behrend nur einen Arm gebrauchen kann und noch dazu an Krüppel leidet, so wird man verstehen, daß sie nicht jeden Tag alle vier Kinder die fünf Treppen hinauf und hinauf schleppen. Die häufigen Wachenbetten hinderten sie ebenfalls an ihren Mutterpflichten; dennoch erkennen alle Nachbarn an, daß sie stets sauber ging und das menschenmögliche an ihren Kindern that. Auch der Vater, der, entgegen den Berichten in bürgerlichen Blättern, durchaus kein Luntensold ist und seine Familie nie mißhandelte, war stets besorgt um seine Kinder. Wenn er auch sich etwa zwanzig Vögel hielt, so kann man doch nicht sagen, daß diese einen übermäßigen Urath verbreiteten, sie wurden im Gegenheil auch sauber gehalten; auch wurden die Fenster der Dachwohnung sehr häufig geöffnet, damit frische Luft herein kam. Wo vier kleine Kinder in einer engen Wohnung sind, liegt natürlich mancher Keim herum und riecht es auch manchmal nicht angenehm. Daraus ist aber wohl weniger den Eltern ein Vorwurf zu machen, als den elenden Wohnungsverhältnissen der Großstadt.

Wie es heißt, wird der Fall auf gerichtlichem Wege ausgetragen werden. Dann wird es sich ja herausstellen, ob die Kinder mit recht ihren Eltern entrissen worden sind, die, wie uns jetzt von glaubwürdiger Seite versichert wird, nicht schlechter an ihnen gehandelt haben, wie tausend andere auch handeln würden. Die Kinder wußten das und haben darum sich unter Schreien gekrümmt, von den Eltern zu gehen. Hoffentlich kommt bald Klärung in die Angelegenheit.

Die „Schwarze Liste“ zahlungsunfähiger und sonstwie böswilliger Mieter, die vor Jahren vom Grundbesitzer-Verein „Vorwärts“ angeregt wurde, aber aus strafrechtlichen Rücksichten selbst unter den Hausbesitzern wenig Anklang fand, steht wieder in den Grundbesitzer-Vereinen zur Erdtörung. Die nächste Delegirten-Versammlung des „Bundes der Berliner Grundbesitzer-Vereine“ soll sich mit einer lebensfähigeren Ausgestaltung der Liste beschäftigen. Was gewissen Unternehmungskombinationen recht dünkt, scheint die Hausbesitzer-Vereine für billig zu halten. Wenn sie sich nur nicht schneiden.

Auf die Gewissenhaftigkeit mancher Zünngesellen und Lehrlinge läßt eine Mitteilung, welche jetzt durch die Blätter geht, gerade nicht die günstigsten Schlüsse zu. Danach soll auf Veranlassung des Zünngesellen-Ausschusses künftig eine strengere Beaufsichtigung in Berlin stattfinden. Wie aus Fachkreisen mitgeteilt wird, veräumen es die Lehrherren vielfach, die Lehrlinge sofort nach ihrer Aufnahme bei der betreffenden Zünngesellen einzuschreiben zu lassen. Dadurch werden diese dem Unterricht in den Fachschulen entzogen. Um diesem Uebelstand vorzubeugen, soll fortan eine strengere Kontrolle eingeführt und auf sofortige Anmeldung der Lehrlinge gedrungen werden. Diese Charakteristik der Zünngesellen gewinnt namentlich durch den Umstand an Bedeutung, daß in vielen Berufen das Halten von Lehrlingen als ein ausschließliches Zünngesellenrecht reserviert ist.

Das Polizeipräsidium hat jetzt dem Magistrat die Genehmigung zum Abbruch der Eisenbrücke in der Voraussetzungen genehmigt, daß alsbald eine neue Brücke an Stelle der jetzigen Alsenbrücke erbaut werde.

Die Neue Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft beabsichtigt, um den Verkehr besser und sicherer zu machen, die eingeleitete Strecke der Linie Mollernmarkt—Weißensee vom Alexanderplatz durch die Neue Königstraße und Greifswalderstraße zweigleisig auszubauen. Unter Ueberrückung des Projekts hat die Gesellschaft die Genehmigung der zuständigen Behörden nachgesucht.

Der Verein der Saalbesitzer von Berlin und Umgegend will eine Eingabe an den Finanzminister um Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer für öffentliche Tanzveranstaltungen geringeren Umfangs an den Wochentagen richten. Diese Lustbarkeitssteuer wird jetzt in Form einer Stempelsteuer von 1,50 M. für jede Tanzveranstaltung erhoben. Wie in der letzten Sitzung der Saalbesitzer festgestellt wurde, sollen die Tanzveranstaltungen an den Wochentagen jetzt so wenig einträglich sein, daß die Wirthe häufig nicht auf ihre Kosten für Musik und Beleuchtung kommen.

Der Betrieb der heizbaren Speise-Transportwagen ist mangels ausreichender Benutzung eingestellt worden. Diese Speise-transportwagen wurden vor etwa zwei Jahren von zwei Unternehmern in Berlin eingeführt, um gegen eine jährliche Gebühr von 10 Pf. das Mittagbrot in warmem Zustande von der Wohnung an die Arbeitsstelle zu bringen und gleichzeitig das benutzte Geschirr vom Tage vorher in die Wohnung zurückzuführen.

In Sachen des Tenmal's für die Märzgefallenen hat die angeklagte Besichtigung des Friedhofes im Friedrichshain durch Magistratsmitglieder und Stadtverordnete nunmehr stattgefunden und dürfte über das Ergebnis derselben schon in einer der nächsten Magistrats-Sitzungen Bericht erstattet werden. Wie verlautet, wird es sich lediglich um die Errichtung eines einfachen Denksteins handeln, für den 5000 Mark in den Etat eingestellt werden sollen.

Wander-Gewerbeschein. Das Königl. Polizeipräsidium und die Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin erlassen folgende Bekanntmachung: Die hiesigen Einwohner, welche für das Kalenderjahr 1898 außerhalb des Berliner Gemeindebezirks ein Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, das Gewerbe behufs Erlangung der Wander-Gewerbescheine unverzüglich anzuzeigen. Die betreffenden Gesuche sind dem hiesigen Königl. Polizeipräsidium einzulegen. Die von der letztgenannten Behörde ausgefertigten und der hiesigen Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern, Abtheilung für Gewerbesteuer, überhändelten Wander-Gewerbescheine sind demnach bei der hiesigen städtischen Steuerkasse gegen Zahlung der in einem besonderen Schreiben der Steuerdirektion bekannt gegebenen Steuer einzulösen. Nur Inländer, welche ausschließlich nicht selbst erwonnene rohe Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht im Umherziehen feilbieten wollen und deshalb eines Wander-Gewerbescheines nicht bedürfen, haben den erforderlichen Gewerbeschein direkt bei der untenzeichneten königlichen Steuerdirektion, Abtheilung für Gewerbesteuer, Kleine Präfidentenstr. 7, nachzusuchen.

Gegen das Berliner Wettbüro S., das 20 Annahmestellen unterhält, ist in einem hiesigen Blatte zufolge die Untersuchung wegen Glücksspiels eingeleitet worden. Die Polizei befolgt, wie schon mitgeteilt, neuerdings die Provis eines schärferen Vorgehens gegen die Sportbüros.

Daß auf den Wiedereintritt des Kriminalkommissars v. Tausch in den Dienst der politischen Polizei von antiker Seite nicht mehr gerechnet wird, dürfte aus dem Umstande hervorgehen, daß seine Stelle nunmehr endgültig durch den Kriminalkommissar Schöne besetzt worden ist. Wie in früheren Jahren Herr v. Tausch, so ist in diesem Jahre Herr Schöne im Auftrag des Generalstabes bei den großen Manövern zugegen gewesen.

Der Staatsanwaltschaft hat sich der frühere Inhaber des Privat-Detektivbüros Rudow, über dessen Geschäftsprovis wir vor einigen Wochen eingehend berichteten, freiwillig gestellt. Er hatte zuletzt einen böhmischen Fabrikanten, für den er 25 000 M. bei einem hiesigen Bankinstitut einzahlen sollte, um 5000 M. geschädigt, die er in kurzer Zeit durchbrachte. Der Rest von 18 000 M., den er selbst in einem Schreiben an den Fabrikanten als verloren bezeichnete, konnte noch wieder herbeigeholt werden. Rudow war dann bekanntlich, ehe er verhaftet werden konnte, verschwunden. Wie sich jetzt herausgestellt hat, hatte er sich nach Holland geflüchtet. Von dort ist er nach Deutschland und zwar nach Gmünder zurückgekehrt und hat daselbst bei dem Amtsgericht mit der Selbstbegleichung, er habe 5000 M. unterschlagen, seine Verhaftung bewirkt. Nachdem auf eine Anfrage bei der hiesigen Polizei seine Angaben sich als richtig herausgestellt hatten, wurde Rudow in Gmünder wieder freigelassen und begab sich nach Dortmund. Von da richtete er an die hiesige Staatsanwaltschaft einen Brief, in welchem er seine Selbstbegleichung wiederholte und nur darum bat, ihn während der Untersuchung nicht zu verhaften. Vermuthlich ist Rudow in der Absicht nach Deutschland zurückgekehrt, um seinerseits gegen andere Personen, die ihn betrogen haben sollen, vorzugehen.

Das als Aufenthaltsort von Glücksspielern bekannte Lokal von Hirschlein in der Pirtenstraße wurde vom 16. Polizeirevier aus durchsucht. Es wurden 33 Personen festgenommen, von denen 31 nach Feststellung ihrer Personalien entlassen und zwei der Kriminalabtheilung wegen gewerksmäßigen Glücksspiels eingeliefert wurden.

Von Einbrechern ist in der letzten Zeit der Norden Berlins heimgesucht worden. Am besten Tage wurde einem Ober-Telegraphen-Assistenten in der Uebomstraße die Wohnung erbrochen, als er mit seiner Frau ausgegangen war. Die Diebe, die mit einem Nachschlüssel eingedrungen waren, erbrachen sämtliche Behälter und erbeuteten einiges Geld und Schmuckgegenstände im Werthe von etwa 200 Mark. Eine goldene Damenuhr, die auf dem Wäschebündel hinter einer Wase lag, sahen sie nicht. — In der Putzmeisterstraße drangen die Spuhuben ebenfalls während der Abwesenheit der Familie mit einem Nachschlüssel bei einem Eisenbahn-Assistenten ein, erbrachen mit Gewalt die verschlossenen Thüren im Inneren der Wohnung und fanden auch hier bares Geld und Schmuckgegenstände. Der Einbruch wurde entdeckt, als nachmittags ein Sohn des Verstorbenen aus der Schule nach Hause kam. — Nach Schluß des Geschäfts machten die Einbrecher kurz nach 10 Uhr einer Zigarenhändlerin einen unerbetenen Besuch. Hier hatten sie indessen keinen Erfolg. Die Geschäftsinhaberin, die hinter dem Laden wohnt, war ausgegangen und fand bei ihrer Rückkehr nicht alles in Ordnung. Als sie sah, daß das Schloß verbohren und die Thüre nicht fest eingeklinkt war, rief sie gleich um Hilfe. In demselben Augenblicke sprangen zwei Männer hinter zum Fenster hinaus und entliefen.

Der Herausgeber der Reichsgerichts-Korrespondenz, Herr Karl Lange, ersucht uns um Veröffentlichung der Mittheilung, daß er den von uns in der Sonntagsnummer besprochenen Fall der wunderlichen Beschönigung einer Militärmißhandlung durchaus mißbilligt. Der Schriftsatz sei ohne sein Wissen in die von ihm herausgegebene Korrespondenz hineingekommen. Es wäre das Nöthige veranlaßt worden, um für die Zukunft derartige Angehörigkeiten zu verhindern.

Die Frau Premier-Lieutenant von Neuhof aus der Hannoverischen Infanterie, die vor drei Tagen von der Berliner Kriminalpolizei unter dem Verdacht der schweren Kuppelerei verhaftet wurde, ist auf Antrag ihres Verteidigers, Rechtsanwalts Wertbauer, gestern ohne Stellung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Dem Verteidiger gelang der Nachweis, daß im schlimmsten Falle aus dem eingeleiteten Verfahren eine einfache Kuppelerei herauskommen könne.

Gegen die Garantiefonds-Zeichner der Berliner Gewerbe-Anstalt 1896, welche sich wegen nicht öffentlicher Rechnungslegung des Arbeitsausschusses weigern, ihre antehiligen Zeichnungen zu berichtigen, hat der Arbeitsausschuß bereits gegen 250 Einzelklagen angehängt. Das Rechtschutz-Büro der Garantiefonds-Zeichner hat — um Versäumnisurtheile zu vermeiden — für alle diese Klagen bei den zuständigen Gerichten die Vertagung beantragt bezw. beabsichtigt, dies weiter zu thun, um nur drei bis fünf Klagen als Prinzipienklagen durch alle gerichtlichen Instanzen zum Austrag zu bringen. Bei den Vertagungen ist der Einwand geltend gemacht worden, daß Forderungsklagen nur auf Grund einer Rechnungslegung statthaft sind und diese Rechnungslegung soll durch die Prinzipienklagen event. durch alle Instanzen gerichtlich erzwungen werden.

Selbstmord. Auf dem Hofe des Hauses Webersstr. 17 fanden die Bewohner am Mittwoch Morgen den dort vier Treppen hoch wohnenden Tischler Wilmert mit erschüttertem Schädel liegen. Er hatte sich in der Frühe von seiner Wohnung aus dem Fenster gestürzt. Familienverhältnisse sollen ihn zum Selbstmord veranlaßt haben.

In der Gummitwaren-Fabrik des Kommerzienraths S. Herz in der Köpenickerstr. 187 ist abermals ein Arbeiter zum Krüppel gemacht worden. Der verheiratete Gustav Mai gerieth am Dienstag mit beiden Händen in die Wälze, so daß die Fingerspitzen an der Maschine hängen blieben. Zu ähnlicher Weise sind schon mehrfach Arbeiter im Betriebe der Firma verunglückt. Es wird von den Beschäftigten darüber geklagt, daß die Direktion zu weilen Personen an die Wälze stellt, welche überhaupt nicht mit Maschinen umzugehen wissen; würden eingebaute Leute,

die allerdings nicht für den niedrigen Wochenlohn von 16 Mark 50 Pf. zu haben sein werden, an die Maschinen gestellt, so stände es auch um die Betriebssicherheit besser. Die Hauptsache, daß die Firma nicht für genügende Abhilfe Sorge, möge aber daran liegen, daß die Gummitarbeiter nicht organisiert seien, und daher der Geschäftsleitung gegenüber nicht mit dem nöthigen Nachdruck auftreten können.

In religiösem Wahnsinn ist der 26 Jahre alte Unteroffizier Lohse, Hilfschirurg beim Königl. Augusta-Regiment erkrankt. Lohse, der im letzten Jahre diente, lag in Spandan im Bürgerquartier. Nachdem er schon einige Tage heillosig gewesen war, kam am 26. v. M., am Tage vor der Ueberlieferung des Regiments nach Berlin, der Wahnsinn zum vollen Ausbruch. Beim Ausbrechen des Regiments brachte man ihn in das Garnisonlazareth II zu Tempelhof. Hier verschlimmerte sich sein Zustand so sehr, daß man den Unglücklichen, der aus Berlin begürtig ist, gestern nach Dalldorf in die städtische Irrenanstalt überführen mußte.

Aus der Syree gefandelt wurde gestern in Treptow eine weibliche Leiche, deren Identität man noch nicht feststellen konnte. Die Ertrunkene ist mittelgroß und mag etwa 20 bis 25 Jahre alt gewesen sein.

Feuerbericht. Dienstag Abend 10 Uhr war Antonsstr. 3 ein Dachstuhlbrand ausgebrochen, der die Wehr längere Zeit beschäftigte. Der erlittene Schaden ist erheblich, doch durch Versicherung gedeckt. Mittwoch früh 1 1/2 Uhr erfolgte Alarm nach Oranienstr. 21, wo in der im Quergebäude befindlichen Buchbinderei von Conradi ein großer Posten Papierabfälle in Brand gerathen waren. Da eine enorme Rauchentwicklung stattfand, die über dem Brandherde wohnenden Hausbewohner aber im Schlafe lagen, mußte mittels des Rauchhelms vorgegangen werden, um die Leute zu wecken und in Sicherheit zu bringen. Bald gelang, und auch das Feuer wurde bald zum Stehen gebracht. Zimmerhin hatte Zug 17 fast zwei Stunden am Brandherde zu arbeiten. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Vormittags 9 Uhr fand Bernauerstr. 40 in der Küche ein Strohfaß in Flammen, die aber bei Ankunft der Wehr bereits gelöscht waren. Eine Stunde später wurde von Weichstraße 35 ein Wohnungsbrand signalisirt. Verschiedene Regale und Möbel wurden hier beschädigt. Nachmittags 8 1/2 Uhr endlich entstand Koenigsplatz 15 ein Schornsteinbrand, der die Wehr längere Zeit beschäftigte.

Aus den Nachbarorten.

Unfall auf der Eisenbahn. In der Nähe der Station Stralau-Nummersburg wurde der Glasmeister Hermann Wiese zwischen den Geleisen mit einer sehr schweren, anscheinend durch Ueberfahren herbeigeführten Verletzung am linken Unterschenkel aufgefunden und nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. Näheres konnte nicht festgestellt werden, da der Verunglückte nicht vernunftfähig war.

Ein Kampf mit einem Bären sollte zwischen dem Sapländer Petrus Dissen und einem von ihm nach Berlin gebrachten und angeblich absolut sicher dressirten Polarbären in der Flora in Charlottenburg stattfinden. Eine halbe Stunde vor der Vorstellung trat jedoch ein polizeiliches Verbot ein, nach welchem diese Kampfszene unter keinen Umständen gezeigt werden dürfe. Die Direktion der Flora hat hiergegen Beschwerde eingelegt. Uns will scheinen, daß derartige verobend wirkende Vorstellungen schon in Rücksicht auf die Sicherheit des Publikums unterbleiben sollten.

Die Einwohnerzahl Friedenaus hat nach dem nun beendeten Michaelismünze das neunte Tausend überschritten. Sie beläuft sich nach einer amlichen Angaben beruhenden Mittheilung des „Freie. Vol.-Anz.“ gegenwärtig auf 9050 Seelen. Die Zahlung vom 1. Dezember 1895 ergab 7852 Einwohner, so daß seither eine Bevölkerungszunahme von 1200 Seelen stattgefunden hat. Die aufgeführten Zahlen gelten aber nur für den engeren Bezirk der Gemeinde Friedenan. Der ganze Ort einschließlich des Schöneberger Ortsteils, also der Postbezirk Friedenan, wird nach den bisherigen Angaben etwas über 15 000 Einwohner zählen.

Die Vorortgemeinde Wilmersdorf hat in ansehnlicher Stärke die Bevölkerung des Palastbezirks und der dort zu erwartenden weiteren Entwicklung ein größeres Gelände in der Joachim-Friedrichstraße, zwischen Kurfürstendamm und Bahnhof Charlottenburg, für den Bau einer großen Gemeindefschule und anderer öffentlicher Bauten erworben.

Gerichts-Zeitung.

Die Schickerei nimmt in Berlin überhand und es ist dringend nöthig, diesen Unfug nach Kräften zu steuern! So erklärte der Vorsitzende der dritten Strafkammer nicht etwa in einem Schnellprozeß, sondern bei der Verhandlung des Urtheils in einer Revolver-Schießsache, in welcher eine unerreichte Mädel als Angeklagte figurirte. Die Angeklagte ist als Wächterin der Ehre ihrer Schwester aufgetreten. Letztere hatte bei einem hier anfalligen Schlichtermeister gedient und behauptete, daß er der Vater eines Kindes sei, dem sie das Leben gegeben. Der Meister hatte dies entschieden bestritten, wenn er auch zugestehen mußte, mit dem Mädchen Umgang gehabt zu haben. Er vertief sich darauf, daß das Mädchen ihre Behauptung mit demselben Recht anderen Männern gegenüber aufstellen könnte. Aus „Mitleid“ spendete er aber dem Mädchen etwas Geld, damit es sich in seiner schwierigen Lage vor Noth schützen möchte. Das Kind ist inzwischen gestorben, das Mädchen scheint sich in sein Schicksal gefunden zu haben, ihre Schwester, die jetzige Angeklagte, erwidert eines Tages bei dem Schlichtermeister und forderte energisch von ihm, daß er ein Schriftstück unterzeichnen solle, in welchem er bekennt, der Vater des Kindes zu sein. Als dies Verlangen zurückgewiesen wurde, zog die Angeklagte, ohne ein Wort zu sagen, einen Revolver und schob auf den Meister, den sie leicht an der Seite verletzte. Der Belastungszeuge beantragte selbst eine möglichst milde Bestrafung der angelegten Person, der Gerichtshof glaubte aber doch, auf ein Jahr Gefängniß erkennen zu müssen.

In Kriege mit seinen Bureauarbeitern hat der Magistrat eine neue Niederlage erlitten. Der Militäranwärtler H. North hatte, wie wir in der „Post. Ztg.“ lesen, gegen die Stadtgemeinde Berlin unter der Behauptung, daß er von ihr seit 1885 als Gemeindefbeamter im Bureaudienste dauernd angestellt gewesen, auf Grund vierwöchiger Kündigung aber zum 1. April 1891 entlassen worden sei, auf Fortzahlung seiner Tagelöhne mit vorläufigem einem Teilbetrage geklagt. Das Landgericht gab dem Kläger recht, das Kammergericht aber wies die Klage gänzlich ab. Das Reichsgericht hob indes dieses Urtheil auf und wies die Sache zur anderen Feststellung und Entscheidung an das Kammergericht zurück. Das Kammergericht trat nun in eine erneute Prüfung der Sache ein und erkannte gestern nach langer Verathung dahin, daß dem Klageantrag stattzugeben und dem noch die Berufung des Magistrats als Vertreter der Stadtgemeinde gegen die ihn verurtheilende Entscheidung der 5. Zivilkammer des Landgerichts zurückzuweisen und auf die Anschuldigung des Klägers dahin zu erkennen sei, daß der Magistrat die eingeklagten Beträge von 700 und 900 Mark zu zahlen habe. Der Senat nahm im Gegenfall zu seiner früheren Auffassung nunmehr an, daß namentlich in Rücksicht auf ein Schreiben des Magistrats vom 30. Mai 1885 eine Anstellung im Sinne der Klage bereits im Verlauf der ersten sechs Monate wenn auch nicht ausdrücklich, so doch stillschweigend erfolgt sei.

Witterungsübersicht vom 20. Oktober 1897.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 21. Oktober 1897. Gienlich heiter bei mäßigen nördlichen Winden, kühlerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur; keine oder unbedeutliche Niederschläge. Berliner Wetter-Bureau.

Zwei Prozesse.

In den Prozessen Liebknecht und Stenzel sind uns mehrfache Zuschriften und Artikel zugegangen, von denen wir nur noch den nachfolgenden zum Abdruck bringen wollen:

Man kann mit Recht zweifeln, welches der beiden neuesten Majestätsbeleidigungs-Urtheile — gegen Liebknecht und gegen Stenzel — das verhängnisvollere für das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes, das schädlichere für das Ansehen der deutschen Regierung im Inlande, und des deutschen Volkes und der deutschen Regierung im zivilisierten Auslande, das bezeichnendere für die Lage der deutschen Justiz ist.

Das Liebknechtsche Urtheil besitzt erhebliches symptomatisches Interesse, unverkennbar. Wir sehen hier die juristische Logik schwindende Seiltänzer-Kunststücke ausführen. Es dünkt sich unwillkürlich ein anmuthiges und unterhaltendes Bild auf. Wir sind zum Besuche einer Spezialitäten-Vorstellung veranlaßt. § 95 des deutschen Strafgesetzbuchs! ein weltberühmter Seiltänzer, wird sich zeigen. Da sieht er schon bereit. Seine Aufgabe ist: ein einem gespannten Draht — juristische Logik genannt — von einem andern Ende des Saales aufgestellten „Thatbestand“ zu erreichen. Wie soll, wie will er herüberkommen? Der Draht, gewiß, er hängt ja recht dick und sichtbar an — aber er wird dünner und dünner! Und an einer Stelle, wo schwinden darauf, geht er völlig aus — eine Lücke! Der Künstler wird stürzen, das Genick brechen! Wir äußern unsere Wahrnehmung einem Freunde, der gottbegnadeter Jurist ist — auch er sieht nichts! In Aufregung interpellieren wir den Impresario. Mitleidig lächelnd blickt er uns an: das ist die Verbindungsstrecke dolus eventualis. Sie ist von hervorragenden Künstlern zur subtilsten Feinheit ausgeschliffen — ein Kunststück deutscher Thätigkeit und Gründlichkeit — zu solcher Feinheit, daß sie für das Auge gewöhnlicher Sterblicher unsichtbar ist. Sie ist überhaupt nur zu erkennen mit Hilfe des juristischen Mikroskops. „Juristisches Mikroskop?“ Wir reiben uns die Augen. § 95 hat seine Wanderung inzwischen begonnen — anfangs sicher und gemessen einerschreitend, dann etwas hastiger und unsicherer. Doch mit vollendeter Eleganz vollzieht er über die gefährliche Lücke hinweg. Hurrah! Der „Thatbestand“ ist erreicht; § 95 knebelt ihn und streckt ihn in den Urtheilsfaß.

Ja wirklich! Der Begriff des dolus eventualis ist nun zur subtilsten Feinheit ausgeschliffen. Die juristische Chemie des Reichsgerichts wie der Preussener Strafkammer ist so hoch entwickelt, daß sie dolus nachweisen vermag, wo weder Geruch noch Gesicht gewöhnlicher Sterblicher ihn wahrnehmen. Aber allzu scharf macht scharf! Und wie das Erbarmen und das Lächerliche gar nahe bei einander stehen, so die höchste, spitzeste Logik nicht neben der vollkommenen Unlogik. Vernunft wird Unsin.

Berkühmend an dem Liebknechtschen Urtheil ist ferner, daß es die extremste Anwendung des juristischen Mikroskops gerade in einem politischen Prozesse zeigt. Daß der Begriff der Majestätsbeleidigung ungläublich aufgedünnt und zugepflastert ist, darf nicht Wunder nehmen! Dünnt sie doch nur parallel der Aufbauschung und Aufpompung des Majestätsbegriffes selbst, der in einigen Bevölkerungsschichten schon ganz orientalische Maße und Contouren angenommen hat. Und unter diesem Gesichtswinkel zeigt sich das Hamburger Urtheil in seiner ganzen Bedeutung.

Was Stenzel geschrieben hat, ist in Belgien, dem Staate, in welchem von Volksgnaden der beliedigte Leopold König ist, geschrieben worden. Es ist in Belgien ungeahndet, selbst unverfolgt geblieben; in Deutschland ergeht ein drakonisches Urtheil. Wie reimt sich das zusammen? Die Vermuthung ist nicht schwer. Die eifrige deutsche Staatsanwaltschaft entdeckt das Hamburger Schredensblatt, das „einen“ Monarchen böse zerzaust! „Einen“ Monarchen zerzaust! Schredlich für ein preussisches, königstreues Gemüth. (Vergl. Herzog von Braunschweig!) Und leider — leider — Antragsteller! Die königlich belgische Gesandtschaft hat vielleicht noch nicht davon gehört! Schnell das Blatt ihr übersandt, durch Vermittlung natürlich — denn daß die Regierung nichts damit zu thun hat, braucht der „Reichs-Anzeiger“ uns garnicht zu sagen — mit dem Anbeimgen, Strafantrag zu stellen; Strafantrag zu stellen — im Interesse des Deutschen Reiches, des preussischen Staates und der bestehenden Gesellschaftsordnung. Wer würde nicht zugreifen, wenn ihm ein rother uomo delinquente (Verbrecher) so schön bequem apportirt wird?

Der Strafantrag ist gestellt. Gut! Betrachten wir uns nun aber den § 103 Str.-G.-B. genauer. Er knüpft die Bestrafung an die Voraussetzung, daß für Deutschland in dem Staate, dessen Monarchie verletzt ist, die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Es liegt auf der flachen Hand, daß der § 103 wesentlich im Interesse des fremden Staates geschaffen ist, dem man die Möglichkeit gewähren will, auswärtige Angriffe gegen die eigene Monarchie abzuwehren. Das Erforderniß der Gegenseitigkeit und des Antrages lassen zur genüge erkennen, daß durch den § 103 Str.-G.-B. ein unmitttelbares

eigenes strafrechtliches Interesse Deutschlands nicht geschützt werden sollte.

Also das Interesse des fremden Staates steht in Frage. Aber dieser läßt ja die Angriffe in seinem eigenen Gebiete ungeschoren. Man will dem fremden Staate das Recht geben, das Gift von seiner Grenze abzuwehren — aber es ist ja schon innerhalb der Grenze und wird geduldet! Der fremde Staat will seinen Souverän nicht im Auslande herabsehen lassen, weil er dann auch im Inlande an Achtung verlieren könnte — aber man duldet es ohne Widerstreben, daß er im Inlande selbst (in Belgien) herabgesetzt wird. Wozu dann die Strafverfolgung im Auslande? Wozu der Hamburger Prozeß? Die Antwort ist klar und handgreiflich:

Es liegt eine indirekte Majestätsbeleidigungsanfrage aus § 95 des Strafgesetzbuchs vor, trotz der anscheinend unversprechenden Firma. Der Begriff der indirekten Majestätsbeleidigung (gegen den deutschen Kaiser oder die Bundesfürsten) hat mit Hilfe des § 103 des Strafgesetzbuchs eine ungeschätzbare Erweiterung erfahren: Die Monarchie „an sich“ wird geschützt; der Begriff der Monarchie ist in den Himmel der reinen Vernunft Kant's eingegangen; er ist abstrakt, transszendental, völlig mystisch geworden.

Das lehrt uns das Stenzelsche Urtheil. Und noch eines; die Sache ist, wenn nicht alle Berechnung läuscht, für die belgische Regierung noch nicht aus. Diese wird ihre feige Nachgiebigkeit gegenüber der reaktionären Luft Deutschlands gewiß noch vor der Kammer des freien Belgiens zu verantworten haben; dafür werden unsere dortigen Genossen sorgen. Und wenn der Antrag auf Aufhebung der sämtlichen Majestätsbeleidigungs-Paragrafen des Strafgesetzbuchs, auch des § 103, demnächst wieder dem Reichstage vorgelegt wird, — es wäre eine Beleidigung der „deutschen Kultur“, wenn er nicht angenommen würde.

Versammlungen.

In der Versammlung der Freien Vereinigung der Wandarbeiter wurde nach einem Vortrage Erjurtz's der Kassenbericht vom III. Quartal gegeben. Die Einnahme betrug 58,80 M., alter Bestand war vorhanden 79,54 M., ausgegeben wurden 47,62 M. Dem Kassirer wird Decharge erteilt.

In der Generalversammlung des Verbandes der Fabrik- und Land-Wisserarbeiter berichtete der Vorstand, daß im letzten Jahre 14 Mitglieder, 6 öffentliche und 2 Wanderversammlungen abgehalten wurden; ferner 16 Vorstandssitzungen und 8 Fabrikbesprechungen. Der Einnahme von 800,85 M. steht eine Ausgabe von 232,96 M. gegenüber. Dem Kassirer wird auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Zu Vollmächtierten werden gewählt Schumann, Opitz und Schumann; zu Revisoren Voigt, Mühle und Walter.

Reinickendorf. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein „Zukunft“ hielt am Sonntag, den 17. Oktober eine Generalversammlung ab. Genosse Knauf sprach über die revolutionären Bewegungen des Bürgerthums und des Proletariats. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es entsponn sich über dieses Thema eine lebhafteste Diskussion, an der sich verschiedene Genossen beteiligten. Hierauf erstattete der Vorstand Bericht über eine Thätigkeit; dem Kassirer wurde Decharge erteilt.

Niedorf. Der Sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ hielt am Donnerstag seine Generalversammlung in Hoffmann's Gasthause ab. Zuerst erstattete der Kassirer Krüger den Kassenbericht. Danach hatte der Verein eine Einnahme von 288 M. und eine Ausgabe von 106,95 M., sodas ein Kassenbestand von 181,05 M. verbleibt. Auf Antrag Hoppe's wird dem Kassirer Decharge erteilt. Klein stellt den Antrag, 100 M. dem Agitationsfonds zu überweisen. Hierauf erstattete Weisbroth den Vorstandsbereich und wurde der Bibliotheksbereich. Nach dem letzten Bericht verfügt der Verein über 200 Bände im Werte von über 800 M. Alsdann folgte die Vorstandswahl und wurde zum Vorsitzenden Klein, als Schriftführer Weisbroth, zum Kassirer Krüger, als Revisor Müller, Kochmann, Jänich, Paul Schulz, zum Bibliothekar Wurbs und zu Revisoren Quitt, Volkmann und Hordig gewählt. Nachdem nahm Hoffmann-Verlin das Wort zu seinem Vortrage über das Thema: Ist Religion Privatfache? Nach einer kurzen Diskussion, an welcher sich Volkmann, Kochmann u. a. beteiligten, wurde die Versammlung, nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten besprochen waren, geschlossen.

Niedorf. In einer öffentlichen Maurerversammlung wurde nach einem Referate von Schulze über die Mißstände auf Bauten der Maurer Müller als Beitragsammler gewählt. Wittig und Wiese wurden als Kandidaten zu den Delegirtenwahlen zur Orts-Krankenkasse aufgestellt.

In Spandau hielt am Dienstag der sozialdemokratische Arbeiterverein seine ordentliche Monatsversammlung ab. Genosse Rieger referierte über „die Justiz des Klassenstaates und die Ver-

urtheilung unseres Genossen Liebknecht“. In der Diskussion führte Genosse Schröder den Anwesenden in fesselnder Weise Ursache und notwendige Wirkung der Klassenjustiz vor Augen. Zum Schluss machte der Vortragende bekannt, daß am Donnerstag den 21. d. M., abends 8 Uhr, bei Wehe, Bichelborsferstraße 89, eine öffentliche Parteiversammlung stattfindet.

Arbeiter-Bildungsschule. Inlettr. 10. v. 2 Tr. Mittwoch: Nationalökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie; Dr. Contr. Schmidt). Donnerstag: Geschichte (Die vorgeschichtliche Zeit und die ersten geschichtlichen Überlieferungen; Dr. Georg Juppeler). Freitag: Geschichte (Die sozialpolitische Gesetzgebung, Strafrecht, gemeinrechtliches Kontrahentenrecht, Ehe, Erbschaft, Grundbesitz, öffentliches Recht; Rechtsanwalt Wolfgang Hein). Die Bibliothek ist von 9—9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatlich 2 M., Ausweis (10 Abende) 1 M. pro Jahr. Teilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Schul-, Kranken-, 402; Mehl-, 404; 41; Schiller-, 404; 405; 406; 407; 408; 409; 410; 411; 412; 413; 414; 415; 416; 417; 418; 419; 420; 421; 422; 423; 424; 425; 426; 427; 428; 429; 430; 431; 432; 433; 434; 435; 436; 437; 438; 439; 440; 441; 442; 443; 444; 445; 446; 447; 448; 449; 450; 451; 452; 453; 454; 455; 456; 457; 458; 459; 460; 461; 462; 463; 464; 465; 466; 467; 468; 469; 470; 471; 472; 473; 474; 475; 476; 477; 478; 479; 480; 481; 482; 483; 484; 485; 486; 487; 488; 489; 490; 491; 492; 493; 494; 495; 496; 497; 498; 499; 500; 501; 502; 503; 504; 505; 506; 507; 508; 509; 510; 511; 512; 513; 514; 515; 516; 517; 518; 519; 520; 521; 522; 523; 524; 525; 526; 527; 528; 529; 530; 531; 532; 533; 534; 535; 536; 537; 538; 539; 540; 541; 542; 543; 544; 545; 546; 547; 548; 549; 550; 551; 552; 553; 554; 555; 556; 557; 558; 559; 560; 561; 562; 563; 564; 565; 566; 567; 568; 569; 570; 571; 572; 573; 574; 575; 576; 577; 578; 579; 580; 581; 582; 583; 584; 585; 586; 587; 588; 589; 590; 591; 592; 593; 594; 595; 596; 597; 598; 599; 600; 601; 602; 603; 604; 605; 606; 607; 608; 609; 610; 611; 612; 613; 614; 615; 616; 617; 618; 619; 620; 621; 622; 623; 624; 625; 626; 627; 628; 629; 630; 631; 632; 633; 634; 635; 636; 637; 638; 639; 640; 641; 642; 643; 644; 645; 646; 647; 648; 649; 650; 651; 652; 653; 654; 655; 656; 657; 658; 659; 660; 661; 662; 663; 664; 665; 666; 667; 668; 669; 670; 671; 672; 673; 674; 675; 676; 677; 678; 679; 680; 681; 682; 683; 684; 685; 686; 687; 688; 689; 690; 691; 692; 693; 694; 695; 696; 697; 698; 699; 700; 701; 702; 703; 704; 705; 706; 707; 708; 709; 710; 711; 712; 713; 714; 715; 716; 717; 718; 719; 720; 721; 722; 723; 724; 725; 726; 727; 728; 729; 730; 731; 732; 733; 734; 735; 736; 737; 738; 739; 740; 741; 742; 743; 744; 745; 746; 747; 748; 749; 750; 751; 752; 753; 754; 755; 756; 757; 758; 759; 760; 761; 762; 763; 764; 765; 766; 767; 768; 769; 770; 771; 772; 773; 774; 775; 776; 777; 778; 779; 780; 781; 782; 783; 784; 785; 786; 787; 788; 789; 790; 791; 792; 793; 794; 795; 796; 797; 798; 799; 800; 801; 802; 803; 804; 805; 806; 807; 808; 809; 810; 811; 812; 813; 814; 815; 816; 817; 818; 819; 820; 821; 822; 823; 824; 825; 826; 827; 828; 829; 830; 831; 832; 833; 834; 835; 836; 837; 838; 839; 840; 841; 842; 843; 844; 845; 846; 847; 848; 849; 850; 851; 852; 853; 854; 855; 856; 857; 858; 859; 860; 861; 862; 863; 864; 865; 866; 867; 868; 869; 870; 871; 872; 873; 874; 875; 876; 877; 878; 879; 880; 881; 882; 883; 884; 885; 886; 887; 888; 889; 890; 891; 892; 893; 894; 895; 896; 897; 898; 899; 900; 901; 902; 903; 904; 905; 906; 907; 908; 909; 910; 911; 912; 913; 914; 915; 916; 917; 918; 919; 920; 921; 922; 923; 924; 925; 926; 927; 928; 929; 930; 931; 932; 933; 934; 935; 936; 937; 938; 939; 940; 941; 942; 943; 944; 945; 946; 947; 948; 949; 950; 951; 952; 953; 954; 955; 956; 957; 958; 959; 960; 961; 962; 963; 964; 965; 966; 967; 968; 969; 970; 971; 972; 973; 974; 975; 976; 977; 978; 979; 980; 981; 982; 983; 984; 985; 986; 987; 988; 989; 990; 991; 992; 993; 994; 995; 996; 997; 998; 999; 1000.

Arbeiter-Bildungsschule. Inlettr. 10. v. 2 Tr. Mittwoch: Nationalökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie; Dr. Contr. Schmidt). Donnerstag: Geschichte (Die vorgeschichtliche Zeit und die ersten geschichtlichen Überlieferungen; Dr. Georg Juppeler). Freitag: Geschichte (Die sozialpolitische Gesetzgebung, Strafrecht, gemeinrechtliches Kontrahentenrecht, Ehe, Erbschaft, Grundbesitz, öffentliches Recht; Rechtsanwalt Wolfgang Hein). Die Bibliothek ist von 9—9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatlich 2 M., Ausweis (10 Abende) 1 M. pro Jahr. Teilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Schul-, Kranken-, 402; Mehl-, 404; 41; Schiller-, 404; 405; 406; 407; 408; 409; 410; 411; 412; 413; 414; 415; 416; 417; 418; 419; 420; 421; 422; 423; 424; 425; 426; 427; 428; 429; 430; 431; 432; 433; 434; 435; 436; 437; 438; 439; 440; 441; 442; 443; 444; 445; 446; 447; 448; 449; 450; 451; 452; 453; 454; 455; 456; 457; 458; 459; 460; 461; 462; 463; 464; 465; 466; 467; 468; 469; 470; 471; 472; 473; 474; 475; 476; 477; 478; 479; 480; 481; 482; 483; 484; 485; 486; 487; 488; 489; 490; 491; 492; 493; 494; 495; 496; 497; 498; 499; 500; 501; 502; 503; 504; 505; 506; 507; 508; 509; 510; 511; 512; 513; 514; 515; 516; 517; 518; 519; 520; 521; 522; 523; 524; 525; 526; 527; 528; 529; 530; 531; 532; 533; 534; 535; 536; 537; 538; 539; 540; 541; 542; 543; 544; 545; 546; 547; 548; 549; 550; 551; 552; 553; 554; 555; 556; 557; 558; 559; 560; 561; 562; 563; 564; 565; 566; 567; 568; 569; 570; 571; 572; 573; 574; 575; 576; 577; 578; 579; 580; 581; 582; 583; 584; 585; 586; 587; 588; 589; 590; 591; 592; 593; 594; 595; 596; 597; 598; 599; 600; 601; 602; 603; 604; 605; 606; 607; 608; 609; 610; 611; 612; 613; 614; 615; 616; 617; 618; 619; 620; 621; 622; 623; 624; 625; 626; 627; 628; 629; 630; 631; 632; 633; 634; 635; 636; 637; 638; 639; 640; 641; 642; 643; 644; 645; 646; 647; 648; 649; 650; 651; 652; 653; 654; 655; 656; 657; 658; 659; 660; 661; 662; 663; 664; 665; 666; 667; 668; 669; 670; 671; 672; 673; 674; 675; 676; 677; 678; 679; 680; 681; 682; 683; 684; 685; 686; 687; 688; 689; 690; 691; 692; 693; 694; 695; 696; 697; 698; 699; 700; 701; 702; 703; 704; 705; 706; 707; 708; 709; 710; 711; 712; 713; 714; 715; 716; 717; 718; 719; 720; 721; 722; 723; 724; 725; 726; 727; 728; 729; 730; 731; 732; 733; 734; 735; 736; 737; 738; 739; 740; 741; 742; 743; 744; 745; 746; 747; 748; 749; 750; 751; 752; 753; 754; 755; 756; 757; 758; 759; 760; 761; 762; 763; 764; 765; 766; 767; 768; 769; 770; 771; 772; 773; 774; 775; 776; 777; 778; 779; 780; 781; 782; 783; 784; 785; 786; 787; 788; 789; 790; 791; 792; 793; 794; 795; 796; 797; 798; 799; 800; 801; 802; 803; 804; 805; 806; 807; 808; 809; 810; 811; 812; 813; 814; 815; 816; 817; 818; 819; 820; 821; 822; 823; 824; 825; 826; 827; 828; 829; 830; 831; 832; 833; 834; 835; 836; 837; 838; 839; 840; 841; 842; 843; 844; 845; 846; 847; 848; 849; 850; 851; 852; 853; 854; 855; 856; 857; 858; 859; 860; 861; 862; 863; 864; 865; 866; 867; 868; 869; 870; 871; 872; 873; 874; 875; 876; 877; 878; 879; 880; 881; 882; 883; 884; 885; 886; 887; 888; 889; 890; 891; 892; 893; 894; 895; 896; 897; 898; 899; 900; 901; 902; 903; 904; 905; 906; 907; 908; 909; 910; 911; 912; 913; 914; 915; 916; 917; 918; 919; 920; 921; 922; 923; 924; 925; 926; 927; 928; 929; 930; 931; 932; 933; 934; 935; 936; 937; 938; 939; 940; 941; 942; 943; 944; 945; 946; 947; 948; 949; 950; 951; 952; 953; 954; 955; 956; 957; 958; 959; 960; 961; 962; 963; 964; 965; 966; 967; 968; 969; 970; 971; 972; 973; 974; 975; 976; 977; 978; 979; 980; 981; 982; 983; 984; 985; 986; 987; 988; 989; 990; 991; 992; 993; 994; 995; 996; 997; 998; 999; 1000.

Arbeiter-Bildungsschule. Inlettr. 10. v. 2 Tr. Mittwoch: Nationalökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie; Dr. Contr. Schmidt). Donnerstag: Geschichte (Die vorgeschichtliche Zeit und die ersten geschichtlichen Überlieferungen; Dr. Georg Juppeler). Freitag: Geschichte (Die sozialpolitische Gesetzgebung, Strafrecht, gemeinrechtliches Kontrahentenrecht, Ehe, Erbschaft, Grundbesitz, öffentliches Recht; Rechtsanwalt Wolfgang Hein). Die Bibliothek ist von 9—9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatlich 2 M., Ausweis (10 Abende) 1 M. pro Jahr. Teilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Schul-, Kranken-, 402; Mehl-, 404; 41; Schiller-, 404; 405; 406; 407; 408; 409; 410; 411; 412; 413; 414; 415; 416; 417; 418; 419; 420; 421; 422; 423; 424; 425; 426; 427; 428; 429; 430; 431; 432; 433; 434; 435; 436; 437; 438; 439; 440; 441; 442; 443; 444; 445; 446; 447; 448; 449; 450; 451; 452; 453; 454; 455; 456; 457; 458; 459; 460; 461; 462; 463; 464; 465; 466; 467; 468; 469; 470; 471; 472; 473; 474; 475; 476; 477; 478; 479; 480; 481; 482; 483; 484; 485; 486; 487; 488; 489; 490; 491; 492; 493; 494; 495; 496; 497; 498; 499; 500; 501; 502; 503; 504; 505; 506; 507; 508; 509; 510; 511; 512; 513; 514; 515; 516; 517; 518; 519; 520; 521; 522; 523; 524; 525; 526; 527; 528; 529; 530; 531; 532; 533; 534; 535; 536; 537; 538; 539; 540; 541; 542; 543; 544; 545; 546; 547; 548; 549; 550; 551; 552; 553; 554; 555; 556; 557; 558; 559; 560; 561; 562; 563; 564; 565; 566; 567; 568; 569; 570; 571; 572; 573; 574; 575; 576; 577; 578; 579; 580; 581; 582; 583; 584; 585; 586; 587; 588; 589; 590; 591; 592; 593; 594; 595; 596; 597; 598; 599; 600; 601; 602; 603; 604; 605; 606; 607; 608; 609; 610; 611; 612; 613; 614; 615; 616; 617; 618; 619; 620; 621; 622; 623; 624; 625; 626; 627; 628; 629; 630; 631; 632; 633; 634; 635; 636; 637; 638; 639; 640; 641; 642; 643; 644; 645; 646; 647; 648; 649; 650; 651; 652; 653; 654; 655; 656; 657; 658; 659; 660; 661; 662; 663; 664; 665; 666; 667; 668; 669; 670; 671; 672; 673; 674; 675; 676; 677; 678; 679; 680; 681; 682; 683; 684; 685; 686; 687; 688; 689; 690; 691; 692; 693; 694; 695; 696; 697; 698; 699; 700; 701; 702; 703; 704; 705; 706; 707; 708; 709; 710; 711; 712; 713; 714; 715; 716; 717; 718; 719; 720; 721; 722; 723; 724; 725; 726; 727; 728; 729; 730; 731; 732; 733; 734; 735; 736; 737; 738; 739; 740; 741; 742; 743; 744; 745; 746; 747; 748; 749; 750; 751; 752; 753; 754; 755; 756; 757; 758; 759; 760; 761; 762; 763; 764; 765; 766; 767; 768; 769; 770; 771; 772; 773; 774; 775; 776; 777; 778; 779; 780; 781; 782; 783; 784; 785; 786; 787; 788; 789; 790; 791; 792; 793; 794; 795; 796; 797; 798; 799; 800; 801; 802; 803; 804; 805; 806; 807; 808; 809; 810; 811; 812; 813; 814; 815; 816; 817; 818; 819; 820; 821; 822; 823; 824; 825; 826; 827; 828; 829; 830; 831; 832; 833; 834; 835; 836; 837; 838; 839; 840; 841; 842; 843; 844; 845; 846; 847; 848; 849; 850; 851; 852; 853; 854; 855; 856; 857; 858; 859; 860; 861; 862; 863; 864; 865; 866; 867; 868; 869; 870; 871; 872; 873; 874; 875; 876; 877; 878; 879; 880; 881; 882; 883; 884; 885; 886; 887; 888; 889; 890; 891; 892; 893; 894; 895; 896; 897; 898; 899; 900; 901; 90

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 21. Oktober.
Oberhaus. Hünkel und Gretel. Die Puppenfee. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Goldfische. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Agnes Jordan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Faust, 1. Theil. Anfang 7 Uhr.
Goethe. Ein Sommernachtstraum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Peking. Hans Gudelein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Übermüthig. Vorher: Dieb im Spiel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Enderburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Madame Bonbard. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Madame Favart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der große Mohrtäter. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Hotel Tohu-Bohu. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Die Geisterglocke. Anfang 8 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Das Reigen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Das Liebesdrama einer Sängerin. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neu-Palast. Spezialitäten.
Passage. Panoptikum. Indisches Dorf.

Urania

Tanzenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse No. 57/62:
Tätlich (ausser Sonntags und Mittwoch) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Näheres die Tagesanschlüsse!

Passage-Panoptikum.
Nur noch kurze Zeit!
Indisches Dorf
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt
Moung Toon.

Castan's Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Circus Busch

(Bahnhof-Börse).
Donnerstag, den 21. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr.
Gala-Abend.
Die vorzüglichsten Freiheitsdresuren v. Dir. Busch, Goldbr. ung. Dengl, ger. u. Sign. Corradini. Riechen aus dem Busch, ein Fufsenpfeifen.
Zum 1. Male: Die Flache Fahrschule, ohne Sattel u. Jaum ger. v. Sign. Corradini. Vor einem Genesentium, gr. Diversitäten. Aufsteigen der Hölle. Hrotaven. Freres Borghetti. Die egypt. musikal. Clownd. Gebr. Price.
Morgen: Gr. Fest-Vorstellung.
Sonntag: Nachmittags 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. ein Kind unter 10 Jahren frei; weitere Kinder halbes auf allen Plätzen halbe Preise.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Die Reizenburg.
Bilder aus dem Berliner Volksleben von G. F. v.
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. — Entree: Sonntag 40 Pf., Wochentags 20 Pf.

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuserstr. 4a. Dir. G. Pierry.
Kritischer Leiter Jos. Schinger.
Scharfsichtiger Erfolg. Reiziger Beifall.
Sportmadel.
Neu! Gucke auf Posten. Neu! Vorgängliche neue Spezialitäten.
16 Mann hartes Orchester.
Anf. d. Konz. Woche 7 Uhr. Vorh. 8 Uhr. Sonntag 5 Uhr. do. 6 Uhr.
Entree: Woche 80 Pf., Sonntag 50 Pf. Woche. Pass-partouts gültig.
Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag statt.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
u. a.: „Charivari.“
Sensationalste Novitäten von:
Müller Lipart.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Woche 8 Uhr.
Am Sonnabend werden die Gesammträume des Concerthaus zu Festlichkeiten vergeben.
Alcazar
Variété-Theater I. Rang.
Dresdenerstr. 62/63 (City-Passage).
Kannenhofstr. 42/43.
Direktion Richard v. Biller.
Vornehmster Familien-Ausgang.
Neu!
Der Herzführer.
Große Kostümmings-Operette in 1 Akt von Leop. Op. Musik von Holländer.
Vorher:
Tante Mollig. Voffe in 1 Akt.
Aufstehen sammt Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochentags 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Dresdener Platz 50 Pf.

Neue Welt
S. Hasenhalde 108.
Zuhaber H. F. F. F. F.
Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Empfehle meine beiden Säle (mit Theaterbühne) zu Winterfestlichkeiten jeder Art. Einige Sonnabende sind noch frei. Vorstellungen für Sommerfeste werden schon recht entgegengenommen. 32172

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75.
Juh. Marlin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.
F. Rautenberg's Festsäle,
Oranienstr. 180.
Sonntag, 28. November, sowie Sonnabend und Sonntage im Dezember noch an Gesellschaften zu vergeben.

Jacob Lenz,
Alte Jakobstr. 69.
(vis-à-vis Feuerstein's Festsäle) empfiehlt sein Weich- u. Barisch-Vier-Pokal nach Vereinsnummer.

27. November
sollt gratis zu vergeben. 33240
Nieft's Festsäle,
Weberstr. 17.

Für 10 Mark
lieferer Stoff zu einem R. Herren-Winterpaletot, für 5 M. lieferer Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8-10 feinen, für 12 M. guten Raummantel oder Cheviot. Welche zu Knabenanzügen sehr groß 2-3 M.

Man überzeuge sich im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Johannisbeerwein
1/10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkelterer.
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Aussohnk errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Kranken- u. Begräbniskasse

der Buchbinder und verw. Berufsgenossen zu Berlin
(R. H. No. 24).
Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“,
Dresdenerstr. 45:
Ausserordentliche General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Anhörung der Kaffe. 2. Festsetzung der im § 23 des Statuts vorgesehene Bestimmungen.
Die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder ist erforderlich. 28/2
Dr. Brendenreich, Vorsitzender, Wismanstr. 18.
Bruno Gröblicher, Kassier, Brückstr. 10, 2 Tr.

Künstliche Zähne.
Dr. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Teilzahlung pr. Woche 1 M.

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Richter
Spezialarzt f. Haut u. Gharleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Bahn-Atelier.
Künstl. Zähne in tabelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mit Cocain. Giordicht, Chloroform und Nachguss unter Leitung eines prof. Arztes. Bei Befestigung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung unlos; Zahnzahlung gestattet. Woche 1 M.
Guckel, Vauhyer Platz 2, Gfasserstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Möbel

verstehen gewesene und neue, stannend billig. Teilzahlung gestattet. Beamtin ohne Anzahlung. 29172

Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.

Hirschfleisch, 25, 30, 40 Pf. Reule und Risten 70 und 80 Pf. Gansen, auch ge- Pfund (platt): Oederbruch. Gänse 60, 55 u. 40 Pf.; Gänselein, Vieren, Leberr. Jung Hühner, Tauben, Enten, Suppenhühner. Wild- u. Geflügelhandlung

A. Rilschl, Dresdenerstr. 61.

Ein
Jeder soll es erfahren!
Durch Einkauf von großen Posten verkaufe ich von heute ab:
Dochelante Winterpaletots v. 9 M. 75 Pf. an bis 35 M.
Hohenzollern- und Pelzerin-Mantel von 5 M. 25 Pf. an bis 30 M.
Raffen-Mantel und Joppen von 6 M. 75 Pf. an bis 27 M.
Docht, Hode- und Jaquet-Anzüge von 12 M. 50 Pf. an.
Herren-Hosen von 2 M. 75 Pf. an. Kleiner-Hosen und Jaquet von 4 M. 75 Pf. an.
Leber- und Arbeits-Hosen zu 2,50 M. Burjchen- und Knaben- Paletots, Herren-Jaquet, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burjchen-Anzüge, Fahrradler, Hüte, Schirme, Sätze, Wälder, Stiefel, Koffer, Operngläser, Revolver, Leuchtbl., Stockfinten, Harmonikas, Weigen, Sitteln, Trommeln, Regulatoren, Uhren, Ketten, Ringe u. f. w. zu enorm billigen Preisen. 32912

Gustav Lucke,
Waarenhaus,
Berlin, Oranienstr. 131.

Möbel
In jedem Stil und jeder Holzart, Anrecht billig, auch auf Teilzahlung. R. Lager- gebrauchter und verstellter gezeigter Möbel. 33221

Schützenstr. 2.

Möbel Teilzahlung.
Neu
J. Kellermann, Jakobstr. 26.
14 Tage auf Probe

verf. ich per Radnahme mit Garantie für Werk u. lebende Ankauf hochfeine Parzer Kanarienvogel, mit Porto u. verpackt à St. 6,50 M., à St. 15 M., 6 St. 25 M., 12 St. 50 M. Was nicht gefüllt, nehme die 14 Tage gegen Umtausch oder zahle den Betrag zurück. Anfrage mit Retourkarte an
L. G. Müller,
Vogelzüchterei, Nordhafen a. S.

Strickwolle-Handverkauf.
Riese in Bephr und Hochwolle zu Fabrikpreisen. Holzmärkte. 60, G. L. 1. Tr.

Für 36 Mark
fertige feinen Winterpaletot u. Rock, für 30 M. H. Anzug nach Wunsch, für 8-12 M. H. Winterhosen nach Wunsch.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Gute G-Kartoffeln à Heiner 2,25 Mark sind zu haben Stralau 14, am Wasser bei 33821
F. Marchot,
Winterpaletots, Remontirhosen (vollständig), Pfandleiste, Reanderstr. 6.
Verkaufe mein Obu, Gemäse und Kolonialwaaren-Geschäft billig wegen Krankheit, Kundst erbeilt
Koher, Admiralsstr. 15, Farbenkeller.

Orts-Krankenkasse

der Sattler.
Am 19. d. M. farb nach langem Leiden das Mitglied
13296
Hermann Sauer.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Budisapostel-Kirchhofes, Schönberg, aus statt.
Der Vorstand.

Nach längerem, schweren Leiden farb am 20. Oktober mein lieber Sohn, der Vorkassier bei der D. V. D.
Max Dunkel.
Die Beerdigung findet am Sonntag, 24. Oktober, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Simon-Kirchhofes aus statt.
Carl Dunkel.

Bilg! Refers, Angenen, Bilg! Mädchenkleider, Anaben-Anzüge und Paletots sehr preiswerth!
O. Hoffmann, Beteranenstr. 14.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
In der Möbelfabrik von
Eberhardt, Michaelbrüde 1,
Komptoir Holzmarktstr. 21, haben 65 Tischler, 5 Drechsler und 25 Polierer Differenzen wegen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

In Spandau im Baugeschäft von **Gebrüder Reineke,** Diebsdorferstr. 12, sind unter den Tischlern gleichfalls Differenzen ausgedrochen. Zuzug ist vorläufig fernzuhalten.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
In meiner Fabrik haben die Tischler, Drechsler und Polierer die Arbeit niedergelegt, weil ich ihrem Ansuchen, Arbeitskräfte nach ihrem Verlangen anzunehmen und zu entlassen, nicht entsprochen habe.

In meiner Fabrik verdienen die Tischlergehilfen durchschnittlich 24-33 M. und tüchtige Arbeitskräfte bis 45 M. wöchentlich.
E. Eberhardt, Möbelfabrik,
Holzmarktstr. 21, Berlin O.

Zu obiger Erklärung
des Herrn Eberhardt
haben wir zu erwidern: Die Entlassung von Kollegen, die für geordnete Zustände in der Fabrik eingetreten sind, hat neben der rücksichtslosen Behandlung der Arbeiter seitens des Werkführers auf den Knopf zu den Differenzen gegeben.

Die Arbeitseinstellung ist jedoch erfolgt, weil uns Herr Eberhardt, nachdem wir ihm unsere Wünsche in bezug auf Abstellung verschiedener Mißstände, so das Warten auf das Holz von der Maschine u., vorgetragen, kurzer Hand abgewiesen hat.

Was die von Herrn Eberhardt angezeigten Löhne anbelangt, so existieren dieselben nur in seiner Phantasie. In den Werkstellen 1 und 2 Treppen schwanken die Löhne zwischen 15-27 M., und in der Werkstat 3 Treppen zwischen 15-24 M. In der ganzen Fabrik sind nur 2 Kollegen in der Lage, bis 36 M. zu verdienen, dieselben sind jedoch auf die von ihnen verfertigten Artikel seit Jahren eingearbeitet.

Der Arbeiter-Ausschuss
der Fabrik.
Für meine Werkstatt in Partinien-selbe (Neubau Ludwig Löwe) werden sofort tüchtige Schlosser auf eiserne Fenster verlangt.
13015
Ed. Pals.

Gesucht
3-4 tüchtige Tischler, Spezialität in engl. Sack-Damen- und Herren-Taschen, bei hohem Lohn dauernde Stellung, sofortiger Eintritt. 33781
Strabel & Luidl,
Reifenstr. 10, 2 Tr. 13345

Tüchtige Klempner auf Blech-entlastungen verlangt bei hohem Lohn
O. F. Schaefer Nachf.,
13285 Dresdenerstr. 97.
Goldelston.
Tüchtige Bergarbeiterinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpenickerstr. 109a. 13326

Tüchtige
Schreiner gesucht,
die schon in größeren Sägewerken gearbeitet haben und kleinere Möbel herstellen können, ebenso
Holzdrechsler gesucht.
Christliche Offerten mit Lohn-anprüden auf A. 8321 an
Kudolf Mosse, Köln, erbeten.
Diskretion zugesichert. Reise vergütet.

Arbignmacher verl. Ad. Göpfert.
Marktstr. 44 II

Annoncen-Acquisiteur
bei hoh. Rabatt gef. **Joh. Sassenbach,** Innalbenstr. 118.
Geübte Beleggerinnen a. Goldbleichen sucht Wertmeister, Brunnenstr. 194

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: Madame Bonbard.
Freitag, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Kyrië-Elise.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Kyrië-Elise.

Luisen-Theater
34. Reichenergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Der große Wohlthäter.
Vollständl. mit Gesang in 6 Bildern von G. Witten. Musik von H. Bial.
Morgen, Freitag:
Kabale und Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel von Fr. v. Schiller.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Volks-Vorstellung unter Regie von **Julius Türk:**
Maria Stuart.
Billet à 60 Pf. zu der Sonntag-Nachmittags-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion **Richard Schultz.**
Donnerstag, den 21. Oktober 1897:
Emil Thomas a. G.
Sum 48. Male:
Berliner Fahrten.
Beste Kostümmingsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. I. Musik von Jul. Cendoböcker.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fahrten.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion **Richard Schultz.**
Donnerstag, den 21. Oktober 1897:
Emil Thomas a. G.
Sum 48. Male:
Berliner Fahrten.
Beste Kostümmingsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. I. Musik von Jul. Cendoböcker.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fahrten.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schreiben hilft nicht, die Erfolge beweisen!
Reichthum
an künstlerischer Thätigkeit besitzt das
L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Direktion
Gebrüder Herrfeld
in
Kaufmann's Variété.
Heute zum 46. Male die einzig in ihrer Art dastehenden **Zug-u. Kassenstücke**
Ein Abend im Wintergarten u. Im Atelier.
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten. Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Thalia-Theater.
Donnerstag, den 21. Oktober 1897.
Sum 6. Male:
Hôtel Tohu-Bohu.
(L'Auberge à Tohu-Bohu).
Bauville in 3 Akten von Maurice Ordonneau. Deutsch von Viktor Rogez. Musik von Viktor Rogez.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Ostend-Theater.
Gr. Franziskanerstr. 132. Dir. G. Weth.
Novität!
Die Geisterglocke.
Drama in 4 Akten von G. Matthiad. Musik von G. Schiller.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Maxims-Bühne. Am Altar.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gluck.
Erna Koseck.
Miss
Marie Halton,
amerikanische Operetten-Diva.
Mr. Rodo Leo Rapoli.
Dagmar Hansen.
Neun Heinzelmännchen.
Flip, Flap, Flop!
Große Pantomime, angelehnt von der **Joseph Pholtes-Trope.**
Kinetograph
etc. etc. etc.
Kasseneröffnung. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Die größte Sensation dieser Saison!
Das Wunder??
Das Kammernde Räthsel?
Ist an de sibel?
ferner das auf der Höhe der Zeit stehende Programm mit 24 Novitäten-Nummern.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Parterre-Zaaf:
Freitag, den 22. Oktober:
Militär-Graf-Konzert.
Kapelle des II. Garde-Regiments.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Brockhaus', Meyer's
Verlag, Brechm's Theaterleben, Kaffler, Weltgeschichten und andere Werke jeder Wissenschaft bezieht und kauft Antiquariat Kochstr. 66. 2/12

Uhren- und Goldwaaren-Fabrik
Silber- und Alfenidwaaren-Lager
von **Reinhold Wankel,**
Brunnenstr. 163,
zwischen Anklamer- und Invaliden-Strasse.
Brillanten und Farbsteine.
Ringe, Armbänder, Brosche, Ohringe.
Ketten in Gold (nach Gewicht) Golddouble u. Silber.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.

Hütet Euch
vor gewissenlosen Kaufleuten, die Euch sagen: „Dies ist so gut wie“ oder „dasselbe wie“ **Karol Well's Seifen-Extract.** Es ist falsch! — **Karol Well's Seifen-Extract,** die beste trockene Seife in Pulverform, ist nur echt, wenn in hellgrünem Papier gepackt, mit Schutzmarke Waschfuss, und darf nicht verwechselt werden mit geringwerthigen Seifenpulvern, welche die Wäsche ruiniren.
Das Vorzüglichste:
Karol Well's „Karola“,
Lieblingsseife der Damenwelt.

Uhren- und Goldwaaren-Fabrik
Silber- und Alfenidwaaren-Lager
von **Reinhold Wankel,**
Brunnenstr. 163,
zwischen Anklamer- und Invaliden-Strasse.
Brillanten und Farbsteine.
Ringe, Armbänder, Brosche, Ohringe.
Ketten in Gold (nach Gewicht) Golddouble u. Silber.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.

Uhren- und Goldwaaren-Fabrik
Silber- und Alfenidwaaren-Lager
von **Reinhold Wankel,**
Brunnenstr. 163